Praktische Wege zur Sicherung des Arbeitseinsatzes in der Landwirtschaft des deutschen Ostens

Dissertation

zur

Erlangung der Würde eines

Doktors der Staatswissenschaften (rer. pol.)

bei der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität

zu Breslau

vorgelegt von

Friedrich Carl v. Hellermann

Referendar

1939

Druck: Triltsch & Huther, Berlin O 17

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Für Ewald von Hellermann-Klannin

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41542706_0004

Gliederung

Seite

Vorwort 7

Einleitung: Die Abwanderung vom Lande und ihre Entwicklung zur Landflucht als Problem der Volkswirtschaft 9

I. Hauptteil: Die Lenkung des Arbeitseinsatzes als Mittel zur Sicherstellung der notwendigen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

A. Der Umfang des Arbeitermangels auf dem Lande

1. Landflucht und Wirtschaftskrisen in der Nachkriegszeit . . 16
2. Die Zuspitzung des Problems im Zuge des deutschen Wirtschaftsaufschwunges seit 1933 19

B. Die Gegenmaßnahmen

1. Die Siedlung in sozialpolitischer und ökonomischer Beziehung 26
2. Die Lohngestaltung. Barlohn, Deputat und Leistungslöhne 30
3. Der Heuerlingsvertrag 36
4. Der Landarbeiterwohnungsbau 37
5. Landwirtschaftliche Berufserziehung und Facharbeiteraufstieg 39
6. Beschaffung zusätzlicher Arbeitskräfte
   A. Einheimische Hilfskräfte
      1. Einsatz von Wehrmacht, Arbeitsdienst und Freiwilligenformationen als Ausgleich der Arbeitsbedarfsspitzen . 42
      2. Umschulung der städtischen Jugend als Dauerarbeitskräfte 43
   B. Die ausländischen Wanderarbeiter
7. Ausgestaltung des Dorflebens als Aufgabe der ländlichen Bevölkerungspolitik 48

II. Hauptteil. Die Umgestaltung der landwirtschaftlichen Arbeit als Voraussetzung für eine dauerhafte Sicherung des Arbeitseinsatzes in der Landwirtschaft

A. Die Mechanisierung der Landarbeit

1. Die Entwicklung des Maschineneinsatzes 51
2. Der Schlepper 56
3. Drillmaschinen 58
4. Kartoffelrodemaschinen und Melkmaschinen 59
5. Luftbereifte Ackerwagen 60
6. Der genossenschaftliche Zusammenschluß 61
7. Mechanisierung und Kapitalbedarf 64
8. Maschinenringe 66

Seite

B. Elektrifizierung des Haushaltes und der Wirtschaft
1. Die vorhandenen technischen und natürlichen Energiemengen 69
2. Die Tarifpolitik der Elektrizitätswerke 72
3. Erfahrungen in den Versuchsdörfern des R.K.T.L. 74
4. Genossenschaftliche Einrichtungen 78
5. Steigerung der Stromabnahme in Verbindung mit einer Tarifsenkung als Voraussetzung der Elektrifizierung . . . 80

C. Die Mechanisierung der Landarbeit und das Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs 83

Schluß: Welche Voraussetzungen bietet eine mechanisierte Landwirtschaft für Wirtschaft und Bevölkerungspolitik? 90

Vorwort

Der Übergang vom Agrarstaat zum Industriestaat ruft stets Tendenzen einer grundlegenden Umschichtung der Bevölkerungsstruktur hervor. Die landwirtschaftlichen Provinzen des deutschen Reiches hatten, gemessen an dem Stand der Technik im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts, das Höchstmaß an Fassungsvermögen für die Bevölkerung erreicht: soweit nicht Städte und Industriezentren, welche in die landwirtschaftlichen Gebiete eingelagert waren, den Menschen Arbeitsmöglichkeiten gaben, wanderten diese ab, und bald hatten die Ostprovinzen Deutschlands Wanderungsverluste zu verzeichnen, als deren Folge sich an den Grenzen ein wachsender Menschenmangel ergab. Welche Beweggründe diese Abwanderung unmittelbar veranlaßten und über das Maß einer gesunden Berufsgliederung der Bevölkerung hinausgehen ließen, soll in der vorliegenden Arbeit untersucht werden. Daran anschließend soll der Versuch unternommen werden, den Möglichkeiten einer planvollen Sicherung des Arbeitseinsatzes in der Landwirtschaft des deutschen Ostens nachzugehen und praktische Wege hierzu anzudeuten. Daß die Wege zur Lösung des Problems nur erste Ansätze sein können, liegt auf der Hand; in den letzten Jahren gingen starke Wandlungen innerhalb der Volkswirtschaft vor sich, und erst in den letzten beiden Jahren wurde insbesondere die Problematik des Arbeitsmangels zu einer solchen des Arbeitermangels.

Andrerseits liegen in den nachstehend mitgeteilten Untersuchungen, z. B. des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft über die Möglichkeit eines vermehrten Maschineneinsatzes, greifbare und gründliche Forschungsarbeiten als Ergebnis vor, die die Probleme nicht als praktisch unlösbar erscheinen lassen.

Auf Grund der Erfahrung und vielfältiger Beobachtung in der Praxis erschien es vor allem wichtig, nicht die Lohnfrage in den Vordergrund zu stellen: abgesehen davon, daß die Landflucht materiell gesehen, nicht auf diesem Wege zu beseitigen sein dürfte, da das Kontingent der Abwandernden keineswegs nur aus Lohn-

empfängern besteht, liegt m. E. hier auch nicht der Kernpunkt der Fragestellung. Vielmehr muß die Landwirtschaft im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft wieder wettbewerbsfähig werden, um damit die Menschen bei der landwirtschaftlichen Arbeit und Betriebsführung zu halten, und zwar auf einem Lebensstandard, der den Bedingungen anderer Zweige unserer Wirtschaft nicht allzu fern liegt. Ein Weg dazu soll in der vorliegenden Untersuchung aufzuzeigen versucht werden.

Eine Subventionspolitik dagegen, wie sie gelegentlich aus landwirtschaftlichen Kreisen als Bremse gegen die Landflucht vorgeschlagen wird, und zwar in Gestalt von Lohnerhöhungen und künstlich gesteigerten Preisen für landwirtschaftliche Produkte, kann auf die Dauer weder dem Einzelnen noch der Gesamtheit nützen. Es kann nicht Aufgabe einer planvoll gelenkten Wirtschaft sein, durch eine derartige Preispolitik bestehende Wirtschaftsformen, besonders in den Betrieben geringerer Größenklassen, künstlich am Leben zu erhalten, ohne daß auch bei ihnen eine echte privatwirtschaftliche Rentabilität gewährleistet ist.

Für die vorliegende Untersuchung bedarf neben dem in der Einleitung angeführten Schrifttum die Schriftenreihe des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft besonderer Erwähnung. Aus den Jahresberichten sowohl als auch aus den Einzelschriften wurden die praktischen Unterlagen für den hier unternommenen Versuch einer Lösung des bestehenden Landarbeitproblems gewonnen.

Neben der Reichsarbeitsgemeinschaft zur Raumforschung, die die Durchführung der Arbeit ermöglichte, ist ihr Zustandekommen besonders Herrn Prof. Dr. G. Schmölders als Leiter der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an der Universität Breslau und der Förderung durch zahlreiche weitere amtliche und private Stellen zu danken.

Breslau, Februar 1939.

F. C. v. Hellermann
Universitätsassistent

Einleitung

Die Abwanderung vom Lande und ihre Entwicklung zur Landflucht als Problem der Volkswirtschaft

Im Rahmen dieser Arbeit muß einer Untersuchung über die Gründe der Bevölkerungsbewegung in den ostdeutschen Provinzen, welche seit der Jahrhundertwende unter dem Begriff der Landflucht zusammengefaßt wurde, vorausgeschickt werden, daß wesentlich neue Gesichtspunkte sich in den letzten Jahren nicht mehr ergeben haben. Blieben auch die Zahlen, in denen sich die Wanderungsverluste der Provinzen Ostpreußen, Grenzmark, Pommern, Brandenburg und Schlesien auswiesen, nicht die gleichen, stieg vielmehr die Bevölkerungsabnahme dieser Bezirke bis zur Gegenwart fast gleichbleibend an, so ergibt sich doch bei einer Betrachtung der Wirklichkeit ebenso wie bei der Durchsicht des Schrifttums, daß die Ursachen der Landflucht sich seit den achtziger Jahren nicht wesentlich verändert haben. Die Gründe dafür wurden in der umfangreichen Literatur ausführlich dargelegt und in dem Meinungsstreit, der sich bald anschloß, vielfacher Kritik unterzogen. Je nach dem Standpunkte des Beschauers glaubte man unter den mannigfachen Ursachen die eine oder die andere herausnehmen und in den Mittelpunkt der Betrachtungen stellen zu sollen. So kann es sich hier nur mehr darum handeln, zu Beginn der Untersuchung über neue Wege des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes noch einmal einleitend die Gründe anzugeben, welche den Mangel an Arbeitskräften hervorriefen, wie wir ihn heute sehen, und gleichzeitig die Stellungnahme aufzuzeigen, die der Vielzahl der Gründe, wie die Wirklichkeit sie bot, von einer Vielzahl von Autoren widerfuhr. Im wirtschaftlichen Leben ist häufig nicht *ein* Faktor allein von Ausschlag für bestimmte Wirkungen: auch bei dem Versuch, die Ursachen der Landflucht zu ermitteln, ist dies festzustellen. Vielmehr wirkte eine Reihe von Ursachen, und es gibt kaum ein Lebensgebiet des Landmenschen und insbesondere des Landarbeiters,

in welchem sich nicht der eine oder der andre Keim zu dem Kranksein des gesellschaftlichen Organismus fände, wie Sering s. Zt. das Problem der Abwanderung vom Lande treffend kennzeichnete. Jede dieser Ursachen wiederum zeigt ihren eigenen Grad von Wirksamkeit, in manchen Fällen baut sich die eine auf der anderen auf, und der Kausalzusammenhang, der sich zwischen vielen Einzelgründen für die Abwanderung ergibt, läßt das Herauslösen der entscheidenden Tatbestände, bei welchen eine Heilung des bestehenden Zustandes einsetzen könnte, nur noch schwieriger erscheinen.

Charakteristisch für die Betrachtungsweise vor allem der älteren Soziologen und Wirtschaftler ist das Hervorheben jeweils *eines* bestimmten Faktors innerhalb der ländlichen Verhältnisse, in welchem sie den Anlaß zur der Abwanderung aus den ostdeutschen Provinzen sehen. Eine weitere Kennzeichnung findet sich darin, daß zunächst von einer „Landarbeiterfrage" gesprochen wurde, dieser Stand also fast ausschließlich in den Kreis der Betrachtungen gezogen wurde, während sich zeigen wird, daß die *gesamte* Berufsstruktur des Landes von diesem Drang zur Abwanderung erfaßt ist. Unter dieser ersten Gruppe finden wir zunächst v. d. Goltz, der den älteren Wanderungen sein Augenmerk widmet. In seinen Schriften[1]) legt er dar, daß die Landflucht in erster Linie ein Problem des Nordostens und weiterhin, daß in diesen preußischen Gebieten die Grundbesitzverteilung von ausschlaggebender Bedeutung sei.[2]) Der von ihm ausgesprochene Satz, daß die Auswanderung mit dem Umfang des Großgrundbesitzes parallel und mit dem Umfang des bäuerlichen Besitzes in entgegengesetzter Richtung verlaufe[3]), wurde späterhin als das „Goltz'sche Gesetz" bezeichnet. Im Einzelnen führt er als Folgen eines überwiegenden Großgrundbesitzes in Beziehung auf die besitzlose Landbevölkerung, vor allem also die Landarbeiter, an, daß neben geringer Entlohnung und unzureichenden Wohnungsverhältnissen die fehlende Möglichkeit daran Schuld trage, sozial aufzusteigen oder zu Eigenbesitz zu gelangen.[4]) Schließlich bezeichnet er die Einführung der Dreschmaschine als unheilvoll für die Arbeitsverhältnisse, da sie die Beschäftigungsmöglichkeiten der Landarbeiter während der Wintermonate vermindere, und schlägt

[1]) v. d. Goltz, Die ländliche Arbeiterfrage u. ihre Lösung, Danzig 1874. v. d. Goltz, Die ländl. Arbeiterklasse u. der preußische Staat, Jena 1893.

[2]) a.a.O. S. 145.

[3]) a.a.O. S. 142.

[4]) a.a.O. S. 143 ff.

als eines der Mittel zur Behebung der Landflucht die Einschränkung in der Anwendung der Dampfdreschmaschine vor.[5])

Max Sering erblickt ebenfalls die Ursache der Massenflucht vom Lande, insbesondere im Osten, in der Grundbesitzverteilung; ebenso wie v. d. Goltz kommt er zu dem Ergebnis, daß der durch die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung geschaffene „gesellschaftliche Zustand, welcher die große Masse der Bevölkerung von der Teilnahme am Grundeigentum gänzlich" ausschließe[6]), notwendig den Zug der östlichen Ab- und Auswanderung im Gefolge haben müsse. Seiner Meinung war das Bestreben der Landarbeiter, sozial aufzusteigen, von entscheidender Bedeutung für ihren Entschluß, abzuwandern.[7]) Als Maßnahme gegen diese Bevölkerungsbewegung forderte auf seine Initiative das Landesökonomiekollegium von der Regierung Schritte zur Vermehrung des Mittel- und Kleinbesitzes.[8])

Diesen Ausführungen schließt sich in neuerer Zeit Burgdörfer an. Freilich geht er nicht so sehr von einer allgemein volkswirtschaftlichen, als vielmehr von einer rein biologischen Betrachtung aus. In Ansehung der Tatsache, daß die Deutschen im Osten nicht allein infolge ihrer geringeren Geburtenstärke, sondern auch im Zuge der durch den dort überwiegenden Großgrundbesitz begünstigten Landflucht in den Grenzgebieten zurückgedrängt würden, forderte er, an Stelle der großen Güter müsse ein Grenzgürtel in Gestalt einer „bodenständigen, schollenfesten, geburtenfreudigen Bauernbevölkerung"[9]) geschaffen werden.

Auf die Theorie Oppenheimers, der das „Goltz'sche Gesetz" formulierte und mit seiner Lehre über den Zusammenhang zwischen Landflucht und Industriekapitalismus in den Streit der Meimungen eingriff, soll nicht näher eingegangen werden. Im Rahmen dieser Untersuchung mag der Hinweis auf die gründliche Auseinandersetzung genügen, welche Quante der Oppenheimerschen Theorie widmet.[10])

---

[5]) a.a.O. S. 145.

[6]) Sering, Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland, Leipzig 1893, S. 9.

[7]) a.a.O. S. 14 f.

[8]) Verhandlung d. Königl. Landes Ök. Kollegiums v. 9.—12. 2. 1910. Landwirtschaftl. Jahrbücher, 39. Bd. Ergänzungsband IV, Berlin 1910, S. 639.

[9]) Burgdörfer, Der Geburtenrückgang u. seine Bekämpfung, Berlin 1929, S. 160.

[10]) Quante, Die Flucht aus der Landwirtschaft, Berlin 1933.

Auch Broesikes Ausführungen zu dem Problem der Binnenwanderungen können hier nur kurz angeführt werden; wichtig ist seine Unterscheidung zwischen ländlicher und landwirtschaftlicher Bevölkerung, weiterhin, daß er als erster einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Landflucht und den landwirtschaftlichen Betriebsgrößenklassen verneinte.[11]) Er wies nach, daß nicht die ländlichen Bezirke als solche notwendig eine starke Abwanderung aufweisen müssen, sondern nur diejenigen, in welchen eine überwiegend Landwirtschaft treibende Bevölkerung vorhanden sei.[12]) Denn in diesem Falle fehle es an Erwerbsgelegenheit für den Bevölkerungsüberschuß. Wie festgestellt wurde, hat der wachsende Saisoncharakter der landwirtschaftlichen Arbeit vielfach sogar einen erheblichen Mangel an Dauerbeschäftigung zur Folge, so daß bald eine Wanderung zwecks Aufsuchens sicherer Arbeitsplätze einsetzt.

In seiner Untersuchung über „Die Bevölkerung von Ostpreußen" spricht Hesse eine ähnliche Ansicht aus. Er weist an Hand der Zahlenreihen — einer Aufstellung der ostpreußischen Kreise nach der Höhe der Abwanderung und einer zweiten nach dem Anteil der Betriebe von über 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche — überzeugend nach, daß kein Zusammenhang zwischen diesen beiden Zahlenreihen zu finden sei.[13]) Gleichfalls heißt es in seinem „Grundriß der Politischen Ökonomie", „daß mit der Zunahme des größeren Besitzes nicht so sehr die Abwanderung steigt als die Seßhaftigkeit sinkt, und beide Erscheinungsreihen sich nicht decken, weil der Anteil der Ortsgebürtigen nicht nur durch deren Abwanderung nach anderen Gebieten, sondern auch durch die Zuwanderung aus anderen Bezirken bedingt wird".[14]) Von Bedeutung erscheint hier, daß Hesse im Gegensatz zur damals herrschenden Meinung in der Aufsiedlung der Ostprovinzen mit Rücksicht auf deren natürliche Beschaffenheit nicht das Allheilmittel gegen die Landflucht sieht, vielmehr die Grenzen dieser Möglichkeiten klarlegt und schon damals eine verstärkte Schaffung gewerblicher Arbeitsgelegenheiten als Ausgleich für den Überschuß der rein landwirtschaftlichen Bevölkerung empfiehlt[15]) (vgl. auch den Erich-Koch-Plan 1933).

Während zunächst die Landflucht ausschließlich als ein geogra-

---

[11]) Broesike, Die Binnenwanderungen im preuß. Staate, 1907, S. 47.
[12]) a.a.O. S. 157.
[13]) Hesse, Die Bevölkerung von Ostpreußen, Jena 1916.
[14]) Hesse, Pol. Ökonomie, Jena 1936. S. 240.
[15]) Hesse, Die Bevölkerung v. Ostpreußen, a.a.O. S. 137 ff.

phisch nachweisbarer Ortswechsel aufgefaßt wurde, ging Hainisch[16]) davon aus, daß nicht der Ortswechsel das Entscheidende sei, sondern der Berufswechsel.[17]) Dieser gegenüber der bisher angenommenen Betrachtungsweise enger umrissene Standpunkt ermöglicht eine wesentlich genauere Beobachtung; allerdings sieht auch Hainisch in der Frage der Landflucht in erster Linie eine Frage der Landarbeiter. Nicht der Wunsch der Landbevölkerung, sozial aufzusteigen, wie es z. B. v. d. Goltz und Sering annehmen, ist seiner Meinung nach die Ursache der Abwanderung, sondern das Streben nach Verbesserung der wirtschaftlichen Lage.[18]) Abschließend kommt er zu dem Ergebnis, daß eine umfassende Agrarreform mit veränderter Preisgestaltung für landwirtschaftliche Produkte und eine durchgreifende Lohnerhöhung das Allheilmittel zur Behebung der Landflucht sei.[19]) Diese Ansicht fand einen großen Widerhall, naturgemäß auch in den Kreisen der Landwirte. Doch vermag ein solcher Weg den tatsächlichen Verhältnissen kaum gerecht zu werden.

In der außerordentlich gründlichen Untersuchung von Quante „Die Flucht aus der Landwirtschaft"[20]) ist es besonders seine Kritik der „Differenzmethode", welche uns einer objektiv richtigen Erfassung der Wanderungsbewegungen der letzten Jahrzehnte und damit auch einer Erklärung über die Gründe der Menschenverluste im deutschen Osten näher bringt.[21]) Begrifflich schließt er sich Hainisch und seiner Definition der „beruflichen Landflucht" an. Weiterhin kommt er unter gleichzeitiger Ablehnung des Goltzschen Gesetzes zu dem Ergebnis, nicht die Grundbesitzverteilung sei ausschlaggebend für eine Abwanderung; seiner Ansicht nach besteht vielmehr ein Entsprechungsverhältnis zwischen gewerblichen Beschäftigungsmöglichkeiten und ländlicher Abwanderung.[22]) Seine zahlenmäßige Beweisführung, je größer die gewerbliche Zuwanderung und je größer der Anteil der gewerblichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung sei, desto niedriger werde die Nettoabwanderungsziffer, stimmt mit den Beobachtungen der Wirklichkeit durchaus überein. Grundsätzlich bemerkt er, daß die Siedlungsbewegung mit ihrem Ziel, die

16) Hainisch, Die Landflucht, ihr Wesen u. ihre Bekämpfung im Rahmen einer Agrarreform, Jena 1924.

17) a.a.O. s. Vorrede S. III.

18) a.a.O. S. 37 u. 39 f.

19) a.a.O. S. 303 und S. 316.

20) Erschienen Berlin 1933.

21) a.a.O. S. 128.

22) a.a.O. S. 214.

landwirtschaftliche Bevölkerung in den Grenzgebieten zu halten, keiner Rechtfertigung bedürfe, daß aber andererseits die Fortschritte der landwirtschaftlichen Technik zu einer Abnahme der in der Landwirtschaft Beschäftigten beitragen müßten.[23])

Rogmann faßt in seiner Dissertation über „Die Bevölkerungsentwicklung im preußischen Osten"[24]) alle von den einzelnen Autoren angegebenen Gründe zusammen und kommt abschließend zu dem Ergebnis, daß nicht Einzelfaktoren für die Landflucht maßgeblich gewesen seien, sondern daß die Abwanderung vom Lande in dem heutigen Umfange durch eine Reihe von Ursachen veranlaßt worden sei. So zählt er auf:[25]) die Begrenztheit der verfügbaren Arbeitsplätze, geringe Entlohnung, erschwerte Arbeitsbedingungen, schlechte Wohnverhältnisse, geringe soziale Geltung und Mangel an Aufstiegsmöglichkeiten, Sorge um die Zukunft des zahlreichen Nachwuchses, Eintönigkeit der Arbeit und der engeren Umwelt, Einfluß der Verstädterung des Lebens mit ihren höheren Ansprüchen, die Wirtschaftslage der industriellen und städtischen Zuwanderungsgebiete, die Konkurrenz ausländischer Wanderarbeiter in der Vergangenheit u. a. m. Ferner müssen die psychologischen Faktoren gewertet werden, wie Hesse mit Recht bemerkt.[26]) Zusammenfassend kommt Rogmann zu dem Ergebnis, die agrarische Struktur und der Mangel an Industrien seien die Hauptursache der Wanderungsbewegung im Osten.[27]) Deshalb seien, so fährt er fort, Siedlung und Industrialisierung die entscheidenden Mittel, um die Ostwestwanderung abzustoppen und für die Zukunft eine günstigere Bevölkerungsentwicklung des Ostens zu ermöglichen.[28])

Nach diesem Überblick über die Lehrmeinungen ergeben sich für die vorliegende Untersuchung als Ausgangspunkt folgende Überlegungen:

1. Die Grenzen der landwirtschaftlichen Produktion bedingen eine gewisse Beschränkung der Arbeitsmöglichkeiten für den Nachwuchs der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Daher ist ein Teil des Nachwuchses gezwungen, in andere Bezirke mit anderen Berufsmöglichkeiten abzuwandern.

---

[23]) a.a.O. S. 311 u. S. 337.
[24]) Erschienen Breslau 1936.
[25]) a.a.O. S. 191.
[26]) Hesse, a.a.O. S. 137 ff.
[27]) Rogmann, a.a.O. S. 191.
[28]) a.a.O. S. 199.

2. Diese beschränkte Ertragsfähigkeit des landwirtschaftlich genutzten Bodens bedingt zugleich auch ein Zurückbleiben des Landbewohners, insbesondere des Landarbeiters, hinter den Lebensbedingungen der in Handel und Gewerbe beschäftigten Menschen und bildet so die Grundursache für die Erscheinungen der Landflucht.

3. Betrachten wir die Verwendung technischer Kräfte im Handwerk und Industrie im Gegensatz zu der heute noch mit einem hohen Prozentsatz menschlicher und tierischer Energien bewältigten Landarbeit, gehen wir weiterhin den daraus erwachsenen Divergenzen der Arbeitserträge nach, so erscheint es geboten, angesichts des Arbeitermangels gerade auch die Einsatzmöglichkeiten der Technik in Landwirtschaft einer besonders eingehenden Prüfung zu unterziehen.

I. Hauptteil

Die Lenkung des Arbeitseinsatzes als Mittel zur Sicherstellung der notwendigen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

A. Der Umfang des Arbeitermangels auf dem Lande

1. Landflucht und Wirtschaftskrisen in der Nachkriegszeit

Bevor wir die Lenkung des Arbeitseinsatzes als Mittel zur Sicherstellung der notwendigen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte untersuchen, erscheint es geboten, den Grad des im deutschen Osten vorhandenen Menschenmangels, insbesondere aber den Arbeitsbedarf der schlesischen Landwirtschaft zu untersuchen.

Der Aufruf zur Erzeugungsschlacht hatte zum Ziel, Deutschland soweit als möglich unabhängig von der Einfuhr von Nahrungsmitteln zu machen. Als Folge ergab sich eine Intensivierung der Betriebe in einem vorher nicht gekannten Ausmaß. Waren auch durch die Entschuldung und durch die Marktordnung des Reichsnährstandes die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Steigerung der Erzeugung und Mobilisierung der in den vergangenen Krisenjahren nicht ausgeschöpften Kräfte gegeben, so ergab sich doch aus dem im Rahmen des Vierjahresplanes in der gesamten Volkswirtschaft plötzlich angestiegenen Bedarf an Menschen ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft.

Inflation und Weltwirtschaftskrisis hatten eine Schrumpfung der Lebenshaltung des Industriearbeiters, in den Jahren 1929—33 in vielen Fällen Arbeitslosigkeit und Verelendung weiter städtischer Kreise im Gefolge. Dennoch blieb der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern in der Nachkriegszeit konstant. Der Industriearbeiter und Angestellte verließ, zumal wenn er eine Familie hatte, nur

ungern die Gegend seines alten Arbeitsplatzes. Es hielt ihn neben der vagen Hoffnung, vielleicht doch noch durch Zufall eine Beschäftigung zu erhalten, das Leben in der Stadt mit seinen vermeintlichen Annehmlichkeiten. Außerdem bestand innerhalb der Arbeiterschaft die Überzeugung, daß der Staat in jedem Fall für den Unterhalt zu sorgen habe, falls es nicht möglich sei, eine passende Arbeitsgelegenheit durch das Arbeitsamt zu erhalten.

Auf dem Lande dagegen stieg nach ausreichendem Angebot an Menschen in den ersten Nachkriegsjahren und der Inflation der Mangel an Arbeitskräften wieder an. Wurden zunächst seitens der Betriebsführer nur Klagen über die geringe Eignung der sich Verdingenden laut, so fehlte es bereits im Jahre 1929 offensichtlich vor allem an Jugendlichen, an Knechten und Mägden, an Viehpflegern auf den Bauernhöfen, an Deputanten und Hofgängern in den Großbetrieben.[29]) An verheirateten ständigen Arbeitskräften blieb zwar ein Überangebot bestehen, doch waren diese in der herrschenden Krise, ökonomisch gesehen, für die Privatwirtschaft zu teuer, da die Familienväter allein zur Arbeit gingen, während die Frauen den größten Teil des Jahres zu Hause blieben und Hofgänger nicht gestellt werden konnten.

Aufschlußreich für die Wanderungsbewegung in der Nachkriegszeit ist eine für das Jahr 1929 von der Landwirtschaftskammer von Pommern aufgestellte Abwanderungstabelle,[30]) nach der in diesem Jahre aus Pommern abwanderten:

	Männer	Frauen	zusammen	%
Deputanten	1 112	17	1 129	12
Hofgänger	396	352	748	8
Freiarbeiter	2 844	608	3 425	36,8
Knechte	757	—	757	8,1
Melker	391	5	396	4,2
Gutshandwerker	362	—	362	3,9
Hofmeister, Statthalter	94	—	94	1
Diener, Chauffeure	119	—	119	1,3
Schäfer, Gärtner	152	—	152	1,6
Dienstmädchen	—	2 172	2 172	23,1
	6 227	3 154	9 381	100

Daraus ergibt sich, daß die Abwanderung der landwirtschaftlichen Lohnempfänger aus allen Berufen, auch aus den besser bezahlten Stellungen erfolgte.

[29]) Böker-v. Bülow, Die Landflucht in Deutschland, Genf 1933, S. 46.
[30]) Böker-v. Bülow, a.a.O. S. 48.

In der gleichen Erhebung werden folgende Wanderungsziele festgestellt:

Wanderungsziel	Männer	Frauen	zusammen	%
Land außerh. Pom.	598	124	722	7,7
Westd. Städte	284	55	339	3,6
Sonstige Städte	648	278	926	9,9
Ausland	15	10	25	0,3
Berlin	1 621	1 070	2 691	28,7
Stettin	670	343	1 013	10,8
Gr. pom. Städte	905	487	1 392	14,8
Kleine pom. Städte	1 459	735	2 194	23,4
Badeorte	27	52	79	0,8
Hauptabgewanderte zus.	6 227	3 154	9 381	100

Hieraus ergibt sich, daß mangels gewerblicher Beschäftigungsmöglichkeiten in der rein landwirtschaftlichen Provinz Pommern, die Abwanderung in die Großstädte erfolgt. Die relativ hohe Zahl der Kleinstädte als Wanderungsziel darf darüber nicht hinwegtäuschen. Beobachtungen der Praxis haben ergeben, daß dies in der Regel nur die erste Wanderungsetappe ist, und tatsächlich sind die Arbeitsmöglichkeiten dieser außerdem stark mit den Konjunkturschwankungen der umliegenden Agrargebiete verknüpften Kleinstädte viel zu gering, um die vom flachen Lande Abwandernden dort dauernd festhalten zu können.

Gelegentlich wurde während der Depression in der gewerblichen Wirtschaft versucht, Arbeitslose auf dem Lande einzusetzen, doch ohne viel Erfolg. Die städtischen Unterstützungsempfänger hatten häufig viele Monate nicht mehr gearbeitet, waren schlecht gekleidet und unterernährt. Politische Agitation lähmte ihren Arbeitswillen, auch konnten sie in den meisten Fällen nicht mehr verdienen, als ihnen in der Stadt durch die Unterstützung ohnehin gewährleistet wurde, und vor allem kam hier wieder die alte Abneigung gegen die Landarbeit und eine als Zwang empfundene Überführung aus dem städtischen Leben als retardierendes Moment für den Erfolg dieser Maßnahmen zum Vorschein. Dagegen konnte der Betrieb in seinem Arbeitstempo in den Erntezeiten auf diese Gegebenheiten nur wenig Rücksicht nehmen. Hinzu kommt: Landarbeit ist gelernte Arbeit und bietet im Anfang große Schwierigkeiten, welche nur durch gesunde Körperkraft und guten Willen überwunden werden können. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umschulung der in der Stadt frei gewordenen Arbeitskräfte waren damals also nicht gegeben. Die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen war weiterhin dadurch ver-

mindert, daß der Weltkrieg in die Bevölkerung große Lücken gerissen hatte, welche sich erst allmählich schließen konnten. Außerdem rückten die knappen Kriegsgeburtsjahrgänge nun in die Arbeitsplätze auf und boten nicht genügenden Nachschub. Die Frage der Wanderarbeiter blieb in diesen Jahren ohne praktische Bedeutung. Das Kontingent wurde nach und nach reduziert, auch von den Betrieben nicht mehr voll ausgenutzt, bis endlich in der Weltwirtschaftskrise der Einsatz dieser ausländischen Hilfskräfte ganz aufhörte und erst nach Beendigung des ersten Vierjahresplans wieder in vollem Umfange aktuell werden sollte.

2. Die Zuspitzung des Problems im Zuge des deutschen Wirtschaftsaufschwunges seit 1933.

Nach der nationalen Revolution wurde die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch die Regierung als vordringlichstes Problem in Angriff genommen. Daß durch die Ankurbelung der Produktion mit Hilfe von Staatsaufträgen, großzügiger Kreditgewährung und steuerlichen Erleichterungen in den folgenden fünf Jahren der Wirtschaftskörper wieder völlig belebt und die Arbeitslosigkeit gänzlich beseitigt werden konnte, zeigt deutlich die Beschäftigungsstatistik. Ihren Höchststand hatte die Beschäftigtenziffer in der Nachkriegszeit im Jahre 1929 erreicht: die Zahl von 20,5 Millionen, welche im Zuge der damaligen Scheinkonjunktur zur Arbeit herangezogen worden waren, wurde in den Sommermonaten 1938 wieder erreicht, nunmehr auf gesünderer und von den zufälligen Schwankungen der Weltmärkte sowie politischen Verpflichtungen unabhängiger Grundlage. Da die Ausweitung der nationalen Produktion mehr Arbeitskräfte in Anspruch nahm, als infolge der geringeren Geburtsjahrgänge zur Verfügung standen, die Gesamtzahl der vorhandenen Arbeiter und Angestellten also nicht dem tatsächlichen Bedarf entsprach, war es wie meist in den Zeiten auftretenden Arbeitermangels die Landwirtschaft, welche durch eine Abwanderung des Nachwuchses in Richtung von Plätzen, an denen höhere Löhne und Lebensbedingungen gesichert schienen, das Fehlen von Arbeitskräften in erster Linie zu tragen hatte. Die Tatsache, daß trotz des Arbeits- und Wehrdienstes etwa die gleiche Beschäftigtenziffer erreicht wurde wie im Jahre 1929, zeigt, daß bereits in beträchtlichem Umfange auf vorhandene Reserven zurückgegriffen worden war. So blieb

auch nach der nationalen Revolution der Arbeitermangel in der Landwirtschaft konstant.

Gleichzeitig trug das Verlassen des Dorfes zur Erfüllung der Arbeits- und Wehrpflicht insofern zur Verstärkung der Abwanderung bei, als die Entlassenen häufig nicht mehr an ihre alten Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zurückkehrten. Der geringe Wanderungsgewinn, den z. B. Ostpreußen im Jahre 1930 nach langer Zeit zu verzeichnen hatte, wurde durch diese Entwicklung wieder aufgehoben und der Versuch, schulentlassenen Nachwuchs aus der Stadt umzuschulen und in der Landwirtschaft einzusetzen, hatte trotz wertvoller Aufbauarbeit im Einzelnen doch im Ganzen gesehen nur einen geringen Erfolg.

Nur die schwersten Wirtschaftskrisen hatten die Menschen für kurze Zeit aus den Städten zurückgestaut. Als jedoch dieser Druck nachließ, blieb die Landwirtschaft, stärker denn je gebunden durch die Differenz zwischen organischer und mechanischer Produktion und den Gegensatz zwischen den Lebensbedingungen in Stadt und Land, ohne ausreichende Versorgung mit Menschen zurück.

Nach alledem läßt sich bei dem Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande nicht von einer durch die Konjunktur der Industrie veranlaßten Kurve auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt, sondern vielmehr von einer strukturellen Wandlung des gesamten ländlichen Organismus sprechen. Gerade in Schlesien zeigen die Ziffernreihen der Statistik, daß sich je länger, desto mehr eine Menschenlücke auftut, die zu schließen immer schwerer wird. Zugrunde liegt das vom Arbeitsamt Breslau zur Verfügung gestellte Zahlenmaterial. Zwar muß einleitend bemerkt werden, daß keineswegs alle vermittelten oder zu vermittelnden Stellen in den Listen des Arbeitsamts registriert werden können. Vielmehr steigen mit der Knappheit der Arbeitskräfte auch die Fälle, in denen diese in Voraussicht eines auftretenden Bedarfs z. B. im Herbst bereits für die Ernte des kommenden Jahres engagiert werden und zwar durch die Betriebsinhaber oder durch Agenten, ohne daß diese Anwerbung in den Statistiken der Arbeitsämter ihren Niederschlag finden. Sind die angegebenen Zahlen aber auch keine absoluten Größen, so ist doch aus den zur Verfügung gestellten Meldungen der vergangenen Jahre die Entwicklung deutlich sichtbar.

Absolut stieg die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. Schlesien blieb etwas hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. Aus den Zahlen der von der Arbeitslosenversicherung Befreiten in Land-

und Forstwirtschaft ergibt sich für den Arbeitseinsatz folgendes Bild:[31])

	Schlesien	Reich
1932	151 147	1 524 831
1933	161 064	1 662 178
1934	225 856	2 130 230
1935	227 670	2 139 906
1936	231 553	2 157 572
1937	234 668	1 143 740

Daß trotz des Ansteigens der Beschäftigtenziffer in der Landwirtschaft ein immer größerer Mangel an Arbeitskräften zu bemerken war, ist aus den Monatsmeldungen der Arbeitsämter ersichtlich. Als besonders charakteristisch wurden bei den Meldungen der Männer die Arbeitsgesuche und Stellengesuche der Berufsgruppe Land- und Fostwirtschaft für den 31. Oktober herausgegriffen, da in diesem Monat erfahrungsgemäß infolge der Hackfruchternte die größte Nachfrage entfaltet wird.

Monat	Arbeitsuchende	Offene Stellen
31. Oktober 1933	9 706	607
31. Oktober 1934	7 470	691
31. Oktober 1935	5 813	1 150
31. Oktober 1936	1 466	1 759
31. Oktober 1937	441	2 522
31. Oktober 1938	228	3 866

Das Verhältnis der vorhandenen offenen Stellen zur Zahl der Arbeitsuchenden der Berufsgruppe Land- und Forstwirtschaft betrug im Jahresdurchschnitt nach den Meldungen des Landesarbeitsamtes Schlesien für die Männer:

Jahresdurchschnitt	Arbeitsgesuche	Offene Stellen	%
1933	13 738	1 965	14,3
1934	12 660	2 635	23,9
1935	8 839	3 044	33,4
1936	5 326	3 909	73,4
1937	2 430	2 887	120,0
1938	1 199	3 921	326,7

Die Prozentzahlen zeigen also, daß in den letzten Jahren die Nachfrage nach Arbeitskräften für die männlichen Arbeiter nicht mehr befriedigt werden konnte.

Ein noch stärkerer Bedarf ist in bezug auf die weiblichen Arbeitskräfte vorhanden. Hier wurde der Monat März aus den Mel-

[31]) Statistische Sonderbeilage zum Reichsarbeitsblatt 1934, Nr. 7 und 1937, Nr. 7.

dungen herausgegriffen. Denn zu diesem Termin findet der häufigste Wechsel des Personals statt, außerdem pflegen in dieser Zeit schon die Gruppen der Ernte- und Wanderarbeiter zusammengestellt zu werden, an welchen das weibliche Kontingent den größten Anteil hat. Radetzky gibt z. B. an, daß in Oberschlesien im Jahre 1928 bereits Ende März 77,2 % aller Wanderarbeiter abgewandert waren.[32]) Der 31. März zeigt in dem Verhältnis der vorhandenen weiblichen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zu den offenen Stellen folgendes Bild:

Monat	Arbeitgesuche	Offene Stellen
31. März 1933	27 774	976
31. März 1934	5 134	1 621
31. März 1935	3 033	2 060
31. März 1936	2 331	2 389
31. März 1937	1 146	3 061
31. März 1938	556	4 385

Der Durchschnitt der Jahre ergibt bei den weiblichen Arbeitskräften folgende Zahlen:

Durchschnitt	Arbeitsgesuche	Offene Stellen	%
1933	9 364	1 385	14,8
1934	3 218	1 518	48,5
1935	1 779	1 485	83,5
1936	1 221	1 934	158,5
1937	641	1 654	258,0
1938	470	2 403	511,0

Das Gesamtbild verschiebt sich etwas durch die Tatsache, daß sich früher mehr Mitglieder der Berufsgruppe I, Land- und Forstwirtschaft, als arbeitslos während der Wintermonate auf den Ämtern zu melden pflegten, insbesondere die Wanderarbeiter, welche während dieser Jahreszeit wieder nach Schlesien in ihre alte Heimat zurückkehrten. Nach dem Gesetz über Änderungen der Arbeitslosenhilfe vom 22. 9. 1933[33]) fiel aber die Versicherungspflicht für die in Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten fort, es brauchte also angesichts des Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitskräften keine Arbeitslosenversicherung mehr gezahlt zu werden. Entfiel demgemäß insbesondere für die Wanderarbeiter, die Möglichkeit, während ihrer Beschäftigungslosigkeit in den Wintermonaten eine Unterstützung zu erhalten, so nahm auch das Interesse dieser voll einsatzfähigen und frei verfügbaren Arbeitskräfte ab, sich in die Listen der Arbeits-

[32]) Radetzky, Die inländischen landwirtschaftlichen Wanderarbeiter Deutschlands, Breslau 1935, S. 83.

[33]) R.G.Bl. 1933 I Nr. 104.

ämter eintragen zu lassen. Im Frühjahr 1938 mußte sogar eine Verordnung erlassen werden, daß sich die schulentlassenen Jugendlichen beim zuständigen Arbeitsamt zu melden hätten. Das Ziel war, die noch vorhandenen Reserven zu erfassen und gegebenenfalls einzusetzen. Vielfach bewirkt nämlich der im Gegensatz zu den Zeiten der Arbeitslosigkeit oder Kurzbeschäftigung auskömmliche Verdienst der Eltern, daß besonders der weibliche Teil der schulentlassenen Jugend sich unbeschäftigt zu Hause aufhält, obwohl diese Kräfte in der Volkswirtschaft notwendig gebraucht werden.

Wenn sich auf Grund dieser Zahlenbeispiele ergibt, daß Schlesien, früher eine der bevölkerungsmäßig aktivsten Provinzen Deutschlands, heute außerstande ist, den eigenen Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften zu decken, so entsteht die Frage nach dem Verbleib des landwirtschaftlichen Nachwuchses. Als Beispiel wurde der Landkreis Neiße herausgegriffen, in welchem von den zuständigen Stellen in Schulen und Berufsschulen über diese Frage eingehende Untersuchungen angestellt worden sind. Den folgenden Ausführungen liegt der vom Landesarbeitsamt zur Verfügung gestellte Bericht von H. Beutler zugrunde, „Wo bleibt der landwirtschaftliche Nachwuchs?"

Der Bezirk des Arbeitsamtes Neiße gehört zu den Gebieten, welche trotz einer überwiegend landwirtschaftlichen Struktur der Bevölkerung einen starken Mangel an landwirtschaftlichem Nachwuchs aufweisen. Aus den Lebensläufen von insgesamt 1499 männlichen landwirtschaftlichen Berufsschülern wurde das Material zur Beantwortung der Nachwuchsfrage gewonnen. Da die Berufsschule obligatorisch ist, so kann angenommen werden, daß alle, welche sich z. Zt. des Berichts im Januar 1937 in den Kreisen Grottkau und Neiße befanden, erfaßt worden sind. Festgestellt wurde: Von den in den Jahren 1933 bis 1936 aus der Schule entlassenen männlichen Jugendlichen, insgesamt 4123, befanden sich im Januar 1937 in den Dörfern nur noch 1499, also 36,3 %. Ein Teil der Abgewanderten wird, wie die untersuchenden Stellen annehmen, nach Abschluß einer in der Stadt vollzogenen Berufsausbildung bzw. nach Ableistung des Wehrdienstes wieder auf das Land zurückkehren, doch glaubt man mit einer mindestens 50 %igen Abwanderung der schulentlassenen Jugend rechnen zu müssen. Die auf dem Lande Verbleibenden gehören folgenden Berufsständen an: Erbhofbauern (31,5 %), Arbeiter (21,9 %), kleine Landwirte (16 %), Landarbeiter (14,2 %), Handwerker (13 %).

Daß jedoch auch innerhalb dieses Kontingents nicht bei allen ein Verbleiben auf dem Lande und in landwirtschaftlicher Tätigkeit als sicher angesehen werden darf, zeigt die Aufstellung über die Berufswünsche. Von denjenigen, welche einen festen Wunsch nicht angaben, sind die meisten Landwirts- und Bauernsöhne, die vorläufig in dem Betrieb des Vaters tätig sind. Sie wollen sich auf Landwirtschaft noch nicht festlegen, wagen aber andererseits auch noch nicht, einen Berufswunsch zu nennen.

Die 1388 Jugendlichen, die ihren Berufswunsch angegeben haben, verteilen sich wie folgt:

Berufswunsch	Zahl der Berufsschüler	%
Landwirtschaft	788	56,6
Handwerk	407	29,3
Wehrmacht	169	12,1
Kaufm. Lehre	7	0,5
Arbeiter	15	1
Verschiedene	2	0,1
Zusammen	1388	100

Die 56,6 %, welche die Landwirtschaft als Berufswunsch angeben, umfassen aber die erbberechtigten Söhne, so daß nach den Berechnungen von der Gesamtzahl der Schulentlassenen der Jahrgänge 1933 bis 1936 nicht mehr als 13,3 % für die Landarbeit in Frage kommen. Die übrigen wechseln in andere Berufe und gehen in den meisten Fällen dem Lande verloren, denn wie Beutler bemerkt: „Im allgemeinen erscheint dem Bauern die landwirtschaftliche Arbeit als Beruf wenig verlockend. Wenn er seinem Sohn nicht einen Hof vererben kann, so erscheint ihm jeder andere Beruf besser für den Jungen. ‚Besser' soll es der Junge auf alle Fälle haben. Selbst Handwerkszweige, deren berufliche Aussichten für den Nachwuchs objektiv sehr fragwürdig sind, erscheinen ihm oft ‚besser' als die landwirtschaftliche Arbeit. Zur Landwirtschaft kommt der Junge nach seiner Meinung immer noch zurecht. Die Söhne teilen in dieser Hinsicht die Meinung der Väter."[34]) In den kleinbäuer-

[34]) Beutler, a.a.O. S. 8.

Vgl. auch R. Seiler: Die Gesindefrage in Franken, Raumforschung und Raumordnung, 2. Jahrg., Heft 6: „Auf der anderen Seite sind immer weniger Burschen bereit, den Hof des Vaters zu übernehmen, weil sie dann selbst die große Anstrengung des Bauernberufes, die durch das Vieh hervorgerufene Fesselung an den Bauernhof, die ungeregelte und ungemessene Arbeitszeit, die Eintönigkeit und Einsamkeit bei der Arbeitsleistung, den dauernden Man-

lichen Betrieben tritt dieser Zug weniger stark in Erscheinung, da die Jugend nach ihrer Schulentlassung in der väterlichen Wirtschaft als Arbeitskraft dringend gebraucht wird und an ein Ausweichen in andere Berufe nur in den seltensten Fällen denken kann. Nach Ableistung des Wehrdienstes kehren sie jedoch meistens nur aus dem Grunde in ihr Dorf zurück, weil sie als Ungelernte keine Arbeit bekommen konnten.

Hatte man vom Arbeitsdienst erwartet, daß er die Jugendlichen an das Land fesseln würde, so trat das Gegenteil ein: „Die Jugendlichen vom Lande glauben nach Ableistung des Arbeitsdienstes ein besonderes Anrecht auf Arbeit in der Stadt zu haben. Wenn den ausscheidenden Soldaten und Arbeitsmännern nahegelegt wurde, einen ländlichen Beruf zu ergreifen, haben ganze Arbeitsdienstlager geschlossen mit Nein geantwortet. Es kostete die Arbeitsämter größte Mühe, wenigstens diejenigen Arbeitsdienstmänner und Soldaten wieder in die Landwirtschaft zu vermitteln, die von dort herstammten, von den anderen ganz zu schweigen.“[35])

Aus all dem ergibt sich, daß die negative Auslese, welcher das Land seit den letzten 50 Jahren unterliegt, weiter fortgesetzt wird. Im allgemeinen herrscht eine Grundstimmung vor, die höchst gefährlich erscheinen muß: „Im Bewußtsein des Landvolks ist die Landarbeit zum beruflichen Rückzugsgelände geworden, auf dem der Nachwuchs aus betriebswirtschaftlichen Gründen zurückgehalten wird oder auf das er sich zurückzieht, weil er keinen anderen Ausweg findet.“[36]) Das Ergebnis ist, daß in dem untersuchten Bezirk der landwirtschaftliche Nachwuchs hinter dem angesichts der Intensivierung durch die Erzeugungsschlacht niedrig angesetzten Soll von 30 % der Jugendlichen mit einer Ist-Stärke von 11 % der beschäftigten Landarbeiter um 19 % zurückbleibt. Demnach zeigt das Beispiel eines einzelnen Landkreises, wie weit die Gefahren vorgeschritten sind.

---

gel an Bargeld, den Ärger mit fremdem, unbotmäßigem und den Umständen entsprechend unzufriedenem Gesinde und heute auch eine weniger begabte, weniger unternehmungslustige, weniger fröhliche und weniger schöne Frau in Kauf nehmen müssen.“ Diese Erscheinungen der Landmüdigkeit beschränken sich also nicht auf den stark mit Großbetrieben durchsetzten Osten, sondern zeigen sich auch in rein bäuerlichen Gebieten wie Franken.

35) Griffion-Stierling, Die Landflucht u. der Einsatz von Stadtjugend in der Landwirtschaft, Berlin 1937, S. 20.

36) Beutler, a.a.O. S. 30.

B. Die Gegenmaßnahmen

1. Die Siedlung in sozialpolitischer und ökonomischer Beziehung

Die Siedlung ist eine Forderung aller Agrarreformer, welche sich in den letzten Jahrzehnten mit der Frage der Landflucht und den Mitteln zu ihrer Behebung beschäftigten. Es bestand die Meinung, daß durch Aufsiedlung von Großbetrieben in weitem Umfange und durch Ansetzung von Landarbeitern und nachgeborenen Bauernsöhnen auf Flächen, welche je nach der Beschaffenheit des Bodens verschiedene Größen besitzen, im ganzen jedoch etwa einer Ackernahrung entsprechen, nicht allein eine tiefere Verbundenheit des Menschen zur Scholle und zur Heimat, sondern gleichzeitig auch eine dichtere Bevölkerungsziffer und eine erhöhte Erzeugung zu erreichen seien. Die Stellung des Nationalsozialismus zu diesen Dingen ist im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre und im Rahmen des zweiten Vierjahresplanes in steter lebendiger Anpassung an die sich verändernden Forderungen der Gegenwart einer gewissen Wandlung unterworfen gewesen.

Die Neubildung deutschen Bauerntums bildet einen Teil des nationalsozialistischen Agrarprogramms. „Ein wahrer Volksstaat, der sein Bauerntum nicht zum Eckstein seines Staatsaufbaus macht, kennt die einfachsten Grundkräfte seiner Lebensgesetze nicht und wird selbst schnell an der harten Wirklichkeit politischer Tatsachen zugrunde gehen."[37]) Unzweifelhaft ist der Eigenbesitz geeignet, die Menschen stärker mit dem Boden zu verwurzeln und so auf dem Lande zu halten, als es ein jederzeit aufkündbarer Arbeitsvertrag vermöchte. Der Gedanke, den erworbenen und mit eigenen Kräften ausgebauten Besitz den Kindern hinterlassen zu können, hebt den vorher ungebunden und bindungslosen Arbeiter in einen ländlichen Mittelstand. Er wird so zu einem konservativen und staatserhaltenden Element.

Die nationalsozialistische Agrarsiedlung beruht auf dem Gesetz über die Neubildung deutschen Bauerntums vom 14. Juli 1933. Eine der ersten Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung war das Entschuldungsverfahren durch Landabgabe, nachdem zunächst Umschuldung und Vollstreckungsschutz den Gütermarkt und

[37]) R. W. Darré, Vorwort zu „Nationalsozialistische Agrarpolitik" von W. Willikens, München 1933, S. 4.

damit den Vorrat an Siedlungsland stark eingeschränkt hatten. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, R. W. Darré, präzisierte die Stellung des Nationalsozialismus zu den Großbetrieben folgendermaßen: „Dort wo der einzelne Großgrundbesitzer aus eigener Kraft auf einem gesunden Betrieb wirtschaftet, soll dieser Betrieb auch erhalten bleiben. Auf der anderen Seite muß aber der wirtschaftlich nicht mehr zu haltende Großbesitz einer Wirtschaftsstruktur weichen, die lebensfähig ist. Das bedeutet die weitgehende Wiederauffüllung Ostelbiens mit deutschen Bauern."[38])

Es bestand demnach die Tendenz, nicht allein aus sozialpolitischen Gründen den bäuerlichen Betrieb zu stärken und soviel als möglich Neusiedlungen zu erstellen, sondern es kommt in dieser Äußerung auch die Meinung zum Ausdruck, daß gerade in Ostelbien der bäuerliche und Kleinbetrieb die lebensfähigste Wirtschaftsform darstelle. Damit wurde die seit langem in Wissenschaft und Praxis umstrittene Frage wieder aufgeworfen, welcher Betriebsgröße, volkswirtschaftlich gesehen, der Vorzug zu geben sei. Überblickt man nun die fünf Jahre nationalsozialistischer Agrarpolitik, so ist festzustellen, daß nach heutiger Auffassung, nachdem eine umfassende Landabgabe erfolgt und mit Hilfe des Reiches eine entsprechende Anzahl von Siedlungen errichtet war, nunmehr an den bestehenden Besitz- und Größenverhältnissen der landwirtschaftlichen Betriebe insbesondere des Ostens, welcher als Siedlungsland in erster Linie in Frage kam, nichts Wesentliches mehr geändert werden soll.

Es ist dies eine Folgerung aus der Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte. Denn die schweren wirtschaftlichen Krisen, welchen die deutsche Landwirtschaft seit den Zeiten Caprivis ausgesetzt war, die Stürme des Krieges, der Nachinflationszeit und eine agrarfeindliche Innenpolitik des Marxismus hatten denjenigen Teil der Großbetriebe, der in sich nicht lebensfähig erschien, längst beseitigt. Der frühere Kampf um die Frage „Kleinbetrieb oder Großbetrieb?" ist zugunsten einer gesunden Mischlage entschieden worden. Mit Recht bemerkt Hesse, „. . . daß jede Klasse des landwirtschaftlichen Betriebs Merkmale aufweist, die sie verschieden, je nach dem Gesichtspunkt der Betrachtung, für die gesamte Volkswirtschaft wertvoll erscheinen lassen. Daher wird im allgemeinen das Vorhandensein sämtlicher, also eine Mischung sich als wünschenswert erweisen. Und zwar wird in den verschiedenen Landesteilen, je nach den be-

[38]) Darré, Rede auf dem ostpommerschen Bauerntag in Starkow am 10. 5. 1934, zitiert nach Berliner Börsen-Zeitung Nr. 218 vom 11. 5. 1934.

sonderen natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen bald die eine, bald die andere mehr in den Vordergrund treten müssen."[39])

Neben den sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Fragestellungen, welche eine Siedlung aufwirft, stehen die bevölkerungspolitischen Ziele, welche auf diesem Wege verfolgt werden sollen. Besonders für die Grenzprovinzen sollte, so hieß es seit dem Beginn der Siedlungsbewegung in den 80er Jahren, ein vermehrter Ansatz von Siedlern auch eine dichtere Bevölkerung schaffen. Daß jedoch diese Bestrebungen in den Grenzprovinzen gegenüber der Abwanderung der letzten 50 Jahre erfolglos blieben, zeigen die folgenden Zahlen:[40])

Wanderungsbilanz	in 1000 Personen		in % d. Geburtsüberschuß	
	1841—1910	1910—1925	1881—1910	1910—1925
Ostpreußen	— 629,5	— 111,6	— 52,0	— 50,6
Westpreußen	— 491,8	(— 9,23)	— 43,3	(— 29,1)
Pommern	— 469,6	+ 36,9	— 52,7	+ 30,0
Posen	— 631,2	—	— 50,1	—
O. u. N.Schlesien	— 490,8	— 36,9	— 22,1	— 24,4
Deutsches Reich	— 1771,6	+ 330,3	— 13,2	+ 7,7

Eine entsprechende relative Zunahme haben die Industrieprovinzen des Westens und Berlin zu verzeichnen.[41])

Auch in der neuesten Zeit ist es bis jetzt nicht gelungen, durch eine Ansiedlungspolitik die Ostprovinzen so aufzufüllen, daß der Grenzgürtel mit Hilfe eines gesunden Bauernstandes eine auch nur annähernd so hohe Bevölkerungsziffer aufweist, wie wir sie in den angrenzenden Westgebieten Polens und Litauens finden. Die Gründe dafür sind allerdings anderer Natur als vor dem Kriege. Dort wiesen die Maßnahmen der Regierung vielfach mangelnde Zielstrebigkeit auf. Das Preußische Enteignungsgesetz vom Jahre 1908 hatte gleichzeitig die Zusicherung des Reichskanzlers von Bülow an die maßgebenden konservativen Abgeordneten im Gefolge, daß das Gesetz vorläufig nicht zur Anwendung gelangen würde; es wurde in der Folgezeit tatsächlich auch nur in vier Fällen verwirklicht. Heute dagegen sind vor allem die Wirtschaftsbedingungen dieser Gebiete und eine gewisse Landmüdigkeit der Menschen die Ursachen für das

[39]) Hesse, Politische Ökonomie, 1. Teil, 11. Auflage, Jena 1935, S. 88.

[40]) Zusammengestellt nach Burgdörfer, in Friedrich List-Gesellschaft, Deutsche Agrarpolitik, Berlin 1932, Bd. I, S. 40.

[41]) a.a.O.

bisher noch wenig befriedigende Ergebnis aller dieser Bestrebungen. Die Siedlung vermag nicht, die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Dazu kommt, daß die Errichtung von Siedlungen einen erheblichen Kapitalaufwand beansprucht, ohne daß eine entsprechende Verzinsung zu erwarten wäre. „Zeiten fortschreitender Technik begünstigen die Entwicklung der Großbetriebe."[42]) Auch müssen die Siedlungsgesellschaften nach dem Gesichtspunkt privatwirtschaftlicher Rentabilität arbeiten. Die Siedler wurden nicht auf den besten Betrieben angesetzt, sondern am häufigsten auf solchen, welche sich infolge der Gegebenheiten von Boden und Klima nicht hatten behaupten können. Es bestand die Gefahr, daß auf diesem Wege ein ländliches Proletariat geschaffen wurde, welches sich, zumal in Anbetracht der Unsicherheit der Existenz, schlechter stand als der Landarbeiter, ähnlich also wie in der ersten Zeit nach der Bauernbefreiung, in welcher die landlosen Arbeiter ihre Ansprüche besser befriedigen konnten und ruhiger lebten als die Kleinbesitzer, welche die Reform auf eigene Füße gestellt hatte. Der Geschäftsführer der Reichsumsiedlungsgesellschaft, Ministerialdirektor Lauenstein, berichtet in der Zeitschrift „Neues Bauerntum",[43]) daß, solange Neubauerntum nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen geschaffen werden solle, die Gefahr bestünde, daß die Qualität der fertigen Siedlungen unter der Gewinnkalkulation leide. Die tragbare Tilgungsrente des Neubauern werde bis heute auf der Basis eines Zinssatzes von vier Prozent errechnet, obwohl die Landwirtschaftliche Rente ganz allgemein nicht bei vier, sondern bei zwei bis drei Prozent lege. Er kommt zu dem Ergebnis, daß sich, solle die Neusiedlung eine neue Lebenszelle des Volkes sein, überhaupt nicht privatwirtschaftlich „rentabel" siedeln lasse, weshalb der Staat finanziell das tragen müsse, was der deutsche Boden nun einmal nicht an Barerlös aufzubringen vermöge.

Aus Gründen der Kapitalknappheit und dem Mangel an wirklich geeignetem Siedlungsland kann nur in vorsichtigem Umfange gesiedelt werden. Die heutigen Bodenpreise stehen nicht immer im Einklang mit der Tragbarkeit der Lasten für den Neubauern. Der vorhandene Landvorrat wird in Schlesien vom Reichsnährstand als ausreichend angesehen. Das Ziel ist es Vollbauerndörfer, nicht mehr Klein- und Stadtrandsiedlungen zu schaffen. Die ursprünglich er-

---

[42]) Hesse, Volkswirtschaftspolitik, Jena 1937, S. 81.

[43]) „Drei Jahre Reichsumsiedlungsgesellschaft". Neues Bauerntum, 30. Jahrg. Heft 4.

strebte „Württembergisierung" Ostpreußens erwies sich in Anbetracht der natürlichen Voraussetzungen als nicht in vollem Umfange durchführbar, da nicht allein Boden- und Absatzverhältnisse differieren, sondern auch der Mensch des Westens andre Möglichkeiten besitzt, als die Bewohner der Ostprovinzen.

Angestrebt wird eine Mittellage in der Größe von 80—100 Morgen, welche dem Bauern eine sichere Existenz gewährleisten, ohne daß er gezwungen ist, sich nach einer Nebenbeschäftigung umzusehen. Zwar ist in diesem Falle die Kinderzahl geringer, man rechnet etwa mit einer fünfköpfigen Familie, während der Kleinbauer wesentlich mehr Kinder hat. Nach den Erfahrungen des Reichsnährstandes wandern diese jedoch nach der Schulentlassung bald ab, während sie im anderen Falle eher auf dem Hofe bleiben, da sie dort genug Arbeit finden.

In den Jahren 1923—1935 wurden Neubauernstellen geschaffen: Im Regierungsbezirk Breslau 3744 mit insgesamt 37 076 ha, Regierungsbezirk Liegnitz 2136 mit 20 313 ha und in Oberschlesien 3353 Stellen mit 32 276 ha.[44]) Durchschnittlich zeigen die schlesischen Siedler mit der Zahl von 3,7 Familienangehörigen die höchste Ziffer im Reich, übertroffen nur noch von der Grenzmark mit 3,8 Familienmitgliedern des Neubauern.

Zusammenfassend ist zu sagen: Die Siedlung wird als wertvolles Mittel zur bevölkerungspolitischen Regeneration des deutschen Volkes weiter fortgeführt werden. Jedoch ist sie nicht, wie z. B. noch Aereboe, Goltz, Oppenheimer und Sering meinten, das entscheidende Mittel, die Menschen dem Lande zu erhalten und damit auch die Frage des Arbeitseinsatzes auf weite Sicht hin einer Lösung näher zu bringen.

2. Die Lohngestaltung

Barlohn, Deputat- und Leistungslöhne

Die Abwanderung aus den landwirtschaftlichen Berufen wird häufig mit der Höhe der Entlohnung in Verbindung gebracht. Eine radikale Steigerung der Löhne scheint das Allheilmittel, die Menschen wieder an die Arbeitsplätze zurückzuführen. Abgesehen davon, daß heute eine allgemeine Steigerung der Löhne in der Landwirtschaft im Hinblick auf die volkswirtschaftlichen Wechselwirkungen

[44]) Angaben des Reichsnährstandes, Landesabteilung Schlesien.

nicht möglich ist, ergibt sich bei gründlicherer Betrachtung, daß die Ansatzpunkte zu einer Besserung der Verhältnisse weniger in der Höhe als in der Art der Entlohnung liegen. Werden als Vergleich zu den landwirtschaftlichen Lohnstufen diejenigen des Industriearbeiters herangezogen, so ergeben sich vielfach schiefe Rechnungen. Erst durch das Vorherrschen des Barlohnes in der Industrie ist der verhängnisvolle Vergleich möglich geworden, während die Verhältnisse auf dem Lande völlig wesensverschieden sind und eine andere Betrachtung und Behandlungsweise verlangen.

Grundsätzlich ist die Landwirtschaft auf Grund der Gebundenheit ihrer Produktion („Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs") nicht in der Lage, mit den industriellen Löhnen Schritt zu halten. Mit dem Anwachsen der Städte vermehrte sich auch die Möglichkeit, dort Arbeit zu finden, und erfolgte eine Spezialisierung der Berufe, welche zugleich einen wesentlich höheren Verdienst ermöglichte, während diese Art der Arbeitsteilung sich auf dem Lande nicht durchführen ließ. Nun soll diese Lohndifferenz ein Hauptanlaß zur Abwanderung sein. In einer Erhebung der Landwirtschaftskammer für Pommern wurde angegeben, daß bei 45 v. H. der männlichen und bei 30 v. H. der weiblichen Hauptabgewanderten für deren Abwanderung Gründe angegeben wurden, die zeigen, daß diese hauptsächlich auf mangelhafte Entlohnung zurückzuführen sei.[45]) In der gleichen Untersuchung wird jedoch angeführt,[46]) daß eine Briefumschlags- und Papierausstattungsfabrik bei geringeren Löhnen als in der Landwirtschaft der gleichen Gegend gezahlt wurden, einen starken Zulauf an jüngeren weiblichen Arbeitskräften gehabt habe. So scheint also die Höhe des Lohns nicht von so ausschlaggebender Bedeutung zu sein.

Erforderlich ist, zu untersuchen, in welcher Beziehung der Lohn zu den Anforderungen an die Lebenshaltung steht und wie weit die Möglichkeit von Rücklagen gesichert erscheint. Außerdem muß berücksichtigt werden, daß die Löhne nichts objektiv Feststehendes sind, wenn wir sie mit Rücksicht auf die Landflucht betrachten; bis zu einem gewissen Grade spielt neben der Kaufkraft der Löhne auch die Frage eine Rolle, in welchem Verhältnis sie zu dem Einkommen der übrigen Dorfbewohner stehen. So wird die Entlohnung in einem Dorfe, in dessen Nähe sich z. B. eine Siedlung hochbezahlter Industriearbeiter befindet, niedriger empfunden werden als vielleicht

45) Böker v. Bülow, a.a.O., S. 65.
46) Böker v. Bülow, a.a.O., S. 81.

in der Abgeschlossenheit eines Bezirks, worin sich in überwiegender Zahl Landarbeiter und Kleinbauern mit annähernd gleichen Löhnen bzw. Arbeitserträgen finden lassen.

Wenn als Grund für die Abwanderung aus den landwirtschaftlichen Berufen von vielen Stellen die geringere Verdienstmöglichkeit angegeben wird, dann deshalb, weil diese Erscheinung am stärksten in die Augen springt und eine solche Begründung infolge der politischen Propaganda der Nachkriegszeit noch durchaus geläufig erscheint. Auch der Landbewohner selbst neigt dazu, die geringeren Aufwendungen für seine Lebenshaltung gegenüber den Ausgaben, welche ein Stadthaushalt verlangt, nicht genügend zu bewerten. So neigt insbesondre der Landarbeiter dazu, die Deputatleistungen, wie freie Wohnung, Feuerung, Beleuchtung und Viehweide, da sie ihm selbstverständlich geworden sind, falsch oder gar nicht in Ansatz zu bringen; dieser wesentlichste Bestandteil seiner Entlohnung wird sowohl von ihm selbst als von Außenstehenden meist zu gering eingeschätzt. Allerdings liegt der Grund vielfach darin, daß infolge der von einander abweichenden Verhältnisse, welche fast in jedem Dorf und jedem Betrieb ein anderes Gesicht zeigen, eine exakte Berechnung und der Vergleich mit anderen Lohnkategorien nahezu unmöglich wird.

Lohn und Deputate setzen sich aus den verschiedensten Posten zusammen. Eine pommersche Arbeiterfamilie[47]) hatte z. B. ein Einkommen aus folgenden verschiedenen Quellen:

a) Barverdienst des Mannes.
b) Barverdienst der Frau.
c) Barlohn für den von der Familie zu stellenden Hofgänger, abzüglich des diesem zu zahlenden Lohnes.
d) Evtl. Einnahmen aus den Arbeiten der Kinder.
e) Festes Jahresdeputat (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Heu). Dazu Ährensammeln durch die Kinder.
f) Freie Wohnung, freie Stallung.
g) Einkommen aus Landgewährung (Gartenland, Wiese, Kartoffelacker).
h) Einkommen aus der Viehhaltung (Kuhhaltung, Schafhaltung, Schweinehaltung, Geflügel- und Ziegenhaltung).
i) Lieferung von Brennholz.

[47]) Aufstellung des Gutes Klannin, Krs. Köslin für das Jahr 1932.

Es ist leicht ersichtlich, daß diese verschiedenen, nach den jeweiligen örtlichen Gewohnheiten von einander abweichenden Posten nicht allein schwerer zu berechnen, sondern vielfach überhaupt nicht in Zahlen auszudrücken sind. Es bleibt immer nur der Einzelfall aufzurechnen und zu beurteilen. Die einzelnen Posten schwanken; dazu kommt noch die Frage, wie hoch der Deputant seine eigene Arbeit bzw. die seiner Familie veranschlagen will, die auf die Gewinnung der Erzeugnisse aus Acker und Viehhaltung verwendet werden muß.

Auch ein Vergleich der Arbeitsstunden zwischen Landwirtschaft und Industrie kann zu einer Täuschung führen, denn hier wird der Weg zur Arbeit mit eingerechnet, während in der Stadt nur die reine Arbeitszeit in Anschlag gebracht wird. Allerdings muß der Landarbeiter, will er alle Verdienstmöglichkeiten ausnutzen, ein gut Teil Mühe und Sorgfalt noch außerhalb seiner eigentlichen Arbeitszeit aufwenden. Die Mitarbeit der Familie wird in ungleich stärkerem Maße herangezogen als in anderen Berufen. Die Frau ist es in erster Linie, welche über Ordnung und Wohlstand der kleinen Landwirtschaft entscheidet. Auf ihren Schultern liegt die Sorge für die Aufzucht und Besorgung des Viehs und vielleicht findet sich, wenn auch in versteckter Form, das stärkste Moment der Abwanderung weniger in der Schwere der männlichen Arbeit, als vielmehr in der Tatsache, daß die Arbeiterfrauen je länger je weniger zur Arbeit in der Ernte kommen und sich neben ihren häuslichen Pflichten mit dem Füttern der Schweine, Melken der Kuh usw. abgeben mochten.

Das Deputat als Entlohnung, wie es in Ostdeutschland unerläßlich ist, — Freiarbeiter wandern außerdem leichter ab als die durch ihre Eigenwirtschaft gebundenen Deputanten — erfordert eine intensivere Mitarbeit der Familie. Die Neigung dazu ist erheblich gesunken. Solange der Deputant aber seine Stelle innehat, ist auch seine Frau zur Arbeit in ihrer Wirtschaft gezwungen. Das Einkommen einer Landarbeiterhaushaltung besteht zu kaum zwei Dritteln aus dem Arbeitsverdienst des Mannes, das einer städtischen Haushaltung dagegen zu rd. vier Fünfteln.[48])

Die durch die Familienmitglieder erzielten Einnahmen spielen also, relativ betrachtet, für den Landarbeiter eine wesentlich höhere Rolle als für den Industriearbeiter oder den Angestellten. Dies fällt bei den geringen Barlöhnen besonders ins Gewicht, da die wesentlichsten Eingänge aus den Viehverkäufen resultieren.

[48]) Böker v. Bülow, a.a.O., S. 68.

Aus alledem wird verständlich, daß die allmähliche Umwandlung des Landlohnes in festes Deputat im Laufe des vorigen Jahrhunderts nicht auf den Widerstand der Arbeiterschaft stieß, vielmehr wegen der Entlastung, welche vor allem die Frau des Tagelöhners dadurch erfuhr, lebhaft begrüßt wurde.[49])

Es ist weniger die Industriearbeit, welche die Menschen anzieht, und die Höhe der Löhne, als vielmehr die leichtere Art der Auswertung des Lohnes für die mithelfenden Familienangehörigen, in erster Linie für die Industriearbeiterfrau. Die Differenz der industriellen und landwirtschaftlichen Löhne spielte niemals eine so entscheidende Rolle. Die Abwanderung bewies vielmehr, daß die ganze Stellung des Menschen zur Landarbeit eine grundlegende Wandlung erfahren hatte. Ein Zeichen dafür ist auch die Wirkungslosigkeit der seit 1933 in der Landwirtschaft erfolgten Lohnsteigerung für junge unverheiratete Arbeitskräfte, eine Steigerung, welche manchen Beobachtern sogar die Ansicht nahe zu legen schien, daß das Ansteigen der Lohnkonten das Zeichen sei für den Aufstieg der landwirtschaftlichen Einnahmen.[50]) Die Lohnbewegung der letzten Jahre ergibt folgendes Bild:

Die Ausgaben der deutschen Landwirtschaft für Löhne und Bargehälter betrugen

1932/33	1332	Millionen		
1933/34	1329	„		
1934/35	1419	„	+ 90 Millionen	gegenüber
1935/36	1492	„	+ 73 „	dem Vorjahr
1936/37	1572	„	+ 80 „	

Das Ansteigen der Lohnaufwendungen zeigt den Versuch der Betriebsführer, Lohnwünsche der Gefolgschaft oder des Treuhänders der Arbeit zu erfüllen, ohne daß dem allerdings ein entsprechender Erfolg, d. h. ein Verbleiben der fraglichen Jahrgänge auf dem Lande, gegenüberstünde.

Bei einer exakten Berechnung der verschiedenen Lohnkategorien schneidet der Landarbeiter nicht ungünstig ab. Vor allem aber ist bei einer Bewertung der in der Landwirtschaft erzielten Einkommen in Verbindung mit der Frage der Landflucht zu berücksichtigen, daß es überhaupt nicht die geringe Lohnhöhe oder gar wirtschaft-

---

[49]) Aereboe, a.a.O., S. 157. Hesse, Volkswirtschaftspolitik, S. 43.

[50]) Monatshefte für NS. Sozialpolitik, 5. Jahrg., Heft 3: Zur Landarbeiterfrage.

liche Bedrängnis ist, welche zur Ursache eines Berufswechsels wird. Auch Sering[51]) gibt zu, es seien keineswegs vornehmlich die schlecht gestellten, sondern gerade auch die besser situierten Arbeiter, welche entweder selbst mit ihren Familien in die Stadt übersiedelten, oder doch ihre Söhne und Töchter dorthin schickten.

Erst langsam kann im Zuge der Mechanisierung der deutsche Landarbeiter auf Grund seiner fachlichen Leistung auch einen erhöhten Lohn erhalten. Er wird nicht „sozial aufsteigen". Dieser Wunsch ist auch nicht in dem Maße vorhanden, wie vielfach angenommen wurde. Wenn es die Kinder „besser" haben sollten als er, so wird die Maschine, die die schwerste und schmutzigste Arbeit abnimmt, diesen Weg öffnen. Heute aber besteht neben der Aufgabe, den Landarbeiter seinen Lohn und dessen Vorzüge richtig werten zu lehren, die Frage ob nicht eine andere Art der Entlohnung eine größere Zufriedenheit der Gefolgsschaftsmitglieder erwarten ließe.

Der Deputatlohn muß aus wirtschaftlichen Erwägungen beibehalten werden. Die Lieferungen an Brotgetreide und Futtermitteln bilden die Grundlage des Arbeiterhaushalts. Es wäre m. E. sinnlos, für Haus und Stall Miete, für das Gartenland Pacht zu zahlen und statt der Naturallieferungen einen höheren Barlohn zu erhalten, der zum größeren Teil doch wieder an den Arbeitgeber zurückfließt. Es fragt sich aber, ob nicht eine andere Art des Barlohns einzusetzen wäre. In dieser Richtung sind die verschiedensten Vorschläge gemacht worden, vor allem sollte ein verstärkter Akkord- und Prämienlohn dem Arbeiter mehr Interesse an der gesteigerten Leistung geben. Doch wird eine Lohndifferenzierung bereits in den meisten Betrieben durchgeführt, um bei dem entstandenen Mangel an Arbeitskräften mit dem vorhandenen Menschenmaterial den wachsenden Aufwand von Arbeitsstunden durch die vermehrte Leistung des Einzelnen bewältigen zu können. Andererseits gibt es Verrichtungen, die sich infolge der Eigenart landwirtschaftlicher Arbeit nicht im Akkord ausführen lassen, da hierbei außer der Geschicklichkeit des Ausführenden noch andere variable Faktoren mitwirken; die Ungunst der Witterung, der vorher nicht einzuschätzende Ernteertrag und die Verschiedenheit des Bodens bringen ein Moment der Unsicherheit herein, auf Grund dessen in den meisten Fällen der Zeitlohn angemessener erscheint.[52]) Die Arbeitsleistung kann

[51]) Sering, Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland, Leipzig 1893, S. 32 ff.

[52]) Aereboe, a.a.O., S. 170.

vorher nur abgeschätzt werden. Welcher Schaden aber durch falsche Bemessung in der einen oder der anderen Richtung verursacht werden kann, ist leicht einzusehen, so daß ein Leistungszusatzlohn günstiger erscheint als ein reiner Leistungslohn. Der Prämienlohn ist vorzuziehen, welcher dem Arbeiter einen gewissen Grundlohn sichert, jedoch die individuelle Leistung berücksichtigt.

3. Der Heuerlingsvertrag

Ein Schritt, der Lösung der Landarbeiterfrage näher zu kommen, ist anstatt einer Erhöhung des Barlohns die Steigerung der Anteilswirtschaft. Die allgemeine Tendenz geht dahin, die Landzulage des Arbeiters zu vermehren und ihn damit wieder mehr an die Scholle zu binden. Auf diese Weise soll ihm Gelegenheit gegeben werden, durch eigene Tüchtigkeit eine erhöhte Selbständigkeit zu erarbeiten.

Diese Bestrebungen finden ihren klarsten Ausdruck im Heuerlingsvertrag, welcher, im Westen seit langem üblich, nun auch in der ostdeutschen Landwirtschaft eingeführt werden soll, soweit die betrieblichen Verhältnisse es gestatten. Als Beispiel für Schlesien kann der von der Landesbauernschaft Schlesien zur Verfügung gestellte Mustervertrag auf dem Hofe des Bauern Wangelin in Altkessel, Kreis Grünberg, angeführt werden. Der Vertrag läuft über fünf Jahre. Ziel ist die gemeinsame Bewirtschaftung des Bodens. Ein Pachtzins in Bargeld für Gebäude und Land wird nicht erhoben. Als Gegenwert leistet der Heuerling mit seiner Frau dem Verpächter Arbeitshilfe, und zwar 200 Tage Manneshilfe und 80 Tage Frauenhilfe zu je zehn Stunden. Der Heuerling erhält dafür das Gehöft, 20 Morgen Acker, 1 Morgen Wiese, 1 1/2 Morgen Garten, 1 Morgen Ödland und freie Gespannhilfe. Für die 200 Tagewerke erhält er 0,25 RM. Tagelohn, für eine jeweilige Mehrleistung eine Bezahlung nach Tarif, ebenso für die Arbeit der Frau und der Kinder. Endlich liefert der Verpächter 12 Raummeter Hartholz. In einem Vertrage auf einem anderen Hofe wird außerdem festgelegt, der Heuerling habe auf Verlangen, also offenbar in den Erntezeiten, mindestens fünf Tage in der Woche Arbeit abzuleisten, die Frau drei Tage pro Woche und in der Hackfruchternte auf Verlangen mindestens vier Tage. Weiterhin ist ausgemacht, daß der Heuermann, seine Frau und die auf der Heuerlingsstelle wohnenden Kinder nur mit Erlaub-

nis des Verpächters zu anderen Betriebsführern auf Arbeit gehen dürfen.

Diese neuartige Übereinkunft hat sich bis jetzt im Osten gut bewährt. Es werden verschiedentlich zur Einrichtung einer derartigen Stelle erhebliche Kapitalien erforderlich sein, da für den Heuerling eigene Stall- und Scheunengebäude errichtet werden müssen. Nicht jedes Gut und nicht jedes Mitglied der Gefolgschaft wird sich für einen solchen Versuch eignen. Doch scheint sicher, daß auf diese Weise ein Anfang gemacht ist, um dem landlosen Arbeiter wieder zu einer Selbständigkeit zu verhelfen. Der lange Kontrakt über fünf Jahre hält ihn auf seiner Stelle fest. Er wird zufriedener und beständiger werden, als es der Deputant häufig ist, der seine Lage überdenkt und in dem ihm gegebenen Kreise keine Aufstiegsmöglichkeiten zu finden vermag. Jedenfalls geht aus den vorliegenden Berichten hervor, daß bei dem heutigen Stande der Landwirtschaftstechnik und der Produktion nicht eine Steigerung der Löhne den Landarbeiterstand heben kann, sondern daß eher ein Zurückkehren vom Barlohn zum Landlohn die notwendige Stabilisierung der Verhältnisse verspricht.

4. Der Landarbeiterwohnungsbau

Einen weiteren Schritt zur Verbesserung der ländlichen Lebensverhältnisse stellt der Bau von Landarbeiterwohnungen dar, der gerade in den letzten Jahren mit besonderer Intensität in Angriff genommen wurde. Mit der Planung und Durchführung dieser Aufgabe wurden die Arbeitsämter, der Reichsnährstand und die örtlichen Parteidienststellen betraut.[53]) Da in vielen Fällen die Betriebe zur Erstellung von Wohnungen, ausschließlich aus eigenen Kräften nicht in der Lage waren, stellte das Reich durch die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung verlorene Zuschüsse bis zu Rm. 1800.— zur Verfügung. Weiterhin wurden durch eine Verordnung vom 10. 3. 1937[54]) zunächst 44 Millionen Rm. als Dar-

[53]) Soweit der Bau von Wohnungen in einem für die sozialen Verhältnisse des Betriebes wünschenswerten Umfange nicht bereits in Angriff genommen ist, kann der Betriebsführer, sofern Aufklärung und Werbung keinen Erfolg zeigten, hierzu auf Grund gesetzlicher Bestimmungen gezwungen werden. Recht des Nährstandes, Jahrgang 5, Heft 14: Die Pflicht des Betriebsführers zum Bau von Landarbeiterwohnungen.

[54]) R.G.Bl. I vom 10. 3. 1937: Verordnung zur beschleunigten Förderung

lehen von der Preußischen Landesrentenbank bereitgestellt. Das Darlehen erfolgte in Form eines Dauerkredits bis zu 85 % des Neubauwertes mit 4 % Verzinsung durch den Bauherrn. Allerdings muß die Verzinsung von 4 % bei der augenblicklichen Lage der Landwirtschaft noch als recht hoch erscheinen.[55])

Zu jeder Werkwohnung gehört eine Fläche von etwa 1000 qm Gartenland. Auch hier soll wieder durch eine verstärkte Betonung des Landlohnes das Interesse des Arbeiters an der Eigenwirtschaft geweckt werden. Seit 1933 wurden etwa 12 000 neue Wohnungen erstellt. Es fehlen aber noch etwa 350 000 Wohnungen[56]), welche den Landarbeiter- und Heuerlingsfamilien ausreichenden Lebensraum gewähren sollen.

In Verbindung mit den Bestrebungen, dem Landarbeiter ausreichened und befriedigende Unterkunftsmöglichkeiten zu verschaffen, ist die vom Beauftragten für den Vierjahresplan am 8. 7. 38 erlassenen Verordnung zur Förderung der Landbevölkerung[57]) von besonderer Bedeutung. Die Verordnung sieht zunächst Ehestandsdarlehen mit besonderen Vergünstigungen für die Landbevölkerung vor. Wenn mindestens einer der beiden Ehegatten wenigstens fünf Jahre ununterbrochen in der Land- und Forstwirtschaft oder als ländlicher Handwerker tätig war und weiter in dieser Stellung zu bleiben beabsichtigt, kann das Darlehen zunächst zinslos gestundet werden. Solange einer der beiden Ehegatten in der folgenden Zeit in dem landwirtschaftlichen Beruf oder als Handwerker auf dem Lande verbleibt, kommt eine Tilgung des Darlehens nicht in Betracht; nach zehn Jahren wird bei Nachweis ununterbrochener Tätigkeit in dem ursprünglichen Beruf die Rückzahlung erlassen.

Auch die neben den Ehestandsdarlehen neu ausgegebenen unverzinslichen Einrichtungsdarlehen brauchen nicht zurückerstattet zu werden; wenn beide Ehegatten landwirtschaftlich tätig bleiben, wird der geschuldete Betrag nach dreizehn Jahren völlig erlassen, bleibt nur einer der Ehegatten in der Landwirtschaft, erlischt die Rück-

---

des Baues von Heuerlings- und Werkwohnungen sowie Eigenheimen für ländliche Arbeiter und Handwerker, sowie I. Durchführungsverordnung R.G.Bl. vom 7. 4. 37 und II. Durchführungsverordnung R.G.Bl. vom 27. 1. 38.

[55]) In Ostpreußen z. B. waren es 70% aller landw. Betriebe, die im letzten Wirtschaftsjahr noch nicht balancierten. Odal, 7. Jahrg., Heft 8, S. 603.

[56]) Recht des Reichsnährstandes, Jahrgang 5, Heft 10, zum Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft.

[57]) Vergl. Zeitschrift „Der Vierjahresplan."

zahlungspflicht erst nach einundzwanzig Jahren. Doch findet schon vorher für jedes Jahr, das die Darlehnsschuldner in ihrem Beruf als ländlicher Handwerker oder Landarbeiter verbleiben, proportional eine Tilgung statt. Daneben können für beide Kategorien noch besondere Einrichtungszuschüsse gewährt werden. Die Anträge für diese drei Vergünstigungen laufen über das zuständige Finanzamt. Erhält der Landarbeiter und Handwerker, dem sonst vermöge seines geringen Barlohnes nur zu häufig unzureichende Beträge zur Gründung eines Hausstandes zur Verfügung stehen, die Möglichkeit, über einen ausreichenden Betrag bei seiner Verheiratung zu verfügen, wird auch seine Neigung schwinden, in einen anderen Beruf abzuwandern: wir wissen, daß vor dem Kriege die mangelnde Bereitstellung von Wohnungen und die aus den Lohnverhältnissen erklärte unzureichende Einrichtung wesentlichen Einfluß auf die Landflucht hatte.

5. Landwirtschaftliche Berufserziehung und Facharbeiteraufstieg

Die im Jahre 1933 erlassenen Sperrgesetze, nach denen die einmal in der Landwirtschaft tätig Gewesenen die Plätze in der Industrie räumen und wieder in die Landarbeit zurückkehren sollten, hatten für die Versorgung des Landes mit Arbeitskräften eine ausschließlich negative Wirkung. Denn nun wollte niemand mehr Landarbeit annehmen in der Befürchtung, für die Dauer dabei bleiben zu müssen, und die auf dem Lande Befindlichen schickten ihre Kinder vielfach sofort nach der Schulentlassung in die Stadt, einerlei, ob Lehrstellen und Verdienstmöglichkeiten vorhanden waren oder nicht, ausschließlich um zu vermeiden, daß sie bei den Arbeitsämtern unter der Berufsgruppe Landwirtschaft geführt wurden. Die Bestimmungen wurden bald darauf suspendiert.

Es wird nun versucht, durch eine bessere Berufsausbildung des jugendlichen Nachwuchses nicht allein die fachlichen Leistungen zu steigern, sondern die Jugendlichen durch Einführung der Landarbeitslehre besser in ihren Arbeitsstellen festzuhalten. Es sind nicht ausschließlich wirtschaftliche Gesichtspunkte, welche dabei ins Gewicht fallen, sondern auch pädagogische Zielsetzungen, denen die Reichsregierung auf diesem Wege näher zu kommen hofft. Die zweijährige Landarbeitslehre mit anschließender zweijähriger Gehilfenzeit vermittelt eine gründlichere Ausbildung. Gleichzeitig nimmt sie

auch von der Landarbeit den Makel des ungelernten und damit zurückgesetzten Berufs, in welchen die Menschen, wie es häufig geschah, immer noch eintreten konnten, wenn alle anderen Berufshoffnungen sich nicht erfüllt hatten. Gleichzeitig soll durch diese Maßnahme eine frühere Berufsentscheidung der Eltern und Erzieher herbeigeführt werden, da niemand mehr in den Landarbeiterberuf eingehen kann, der nicht zuvor eine ordentliche Lehrzeit durchgemacht hat. Durch eine gewissenhafte Ausbildung, ohne daß der früher übliche häufige Stellenwechsel der Lehrlinge eintritt, hat gleichzeitig der Jugendliche Gelegenheit, sich bei den Abschlußprüfungen und beim Reichsberufswettkampf vor den anderen auszuzeichnen und sich so durch Leistung empor zu arbeiten. Lehrstellen für die Landarbeitslehre werden von den Kreisbauernschaften und den Arbeitsämtern nachgewiesen. Als Eintrittszeitpunkt in die Lehre ist der 1. April zu wählen. Ein Lehr- oder Kostgeld darf grundsätzlich nicht erhoben und nicht gezahlt werden. Der Landarbeitslehrling erhält den Tariflohn oder höheren Lohn nach Leistung. In der zweijährigen Landarbeitslehre lernt der Lehrling die Grundbegriffe der bäuerlichen Wirtschaft kennen. Die weiteren zwei Jahre sind einer Sonderausbildung in dem gewählten Fach gewidmet, also als Schäfer, Melker, Landarbeiter usw.

Daß zunächst allerdings bis zur Erreichung des Ziels noch Hindernisse zu überwinden sind, soll nach den Beobachtungen aus der Praxis nicht verschwiegen werden. Die Monatshefte für NS. Sozialpolitik berichten über die gemachten Erfahrungen: „Erschreckend ungünstig liegen die Zahlen des letzten Jahres der Besetzung der Landarbeitslehrstellen. Von 41 595 offenen Stellen im Reich konnten nur 6782 besetzt werden, so daß ein Bedarf von 34 813 Lehrlingen verbleibt . . . Dieser Nachwuchsmangel erfordert die wirksamsten Maßnahmen und die sofortige Schaffung von Ausbildungsbedingungen, die eine landwirtschaftliche Lehrstelle irgendwie begehrlich machen.“[58]) Die zunächst noch gegen die Einführung der Landarbeitslehre vielerorts gerichtete Stimmung innerhalb der ländlichen Bevölkerung gründet sich darauf, daß es einer langen Ausbildungszeit bedarf, deren Ende scheinbar kein anderes Ziel ergibt, als der Jugendliche früher scheinbar am ersten Tage eines Diensteintritts erreicht hatte, nämlich Landarbeiter zu sein. Die erworbenen Kenntnisse werden nicht genügend gewertet, doch steht zu hoffen, daß hier vielleicht die beiden abzulegenden Prü-

[58]) Monatshefte für NS. Sozialpolitik, 5. Jahrgang, Heft 3.

fungen, die zum Landarbeitsgehilfen nach Absolvierung der Landarbeitslehre und der ländlichen Berufsschule, sowie der Landarbeiterbrief nach Beendigung der Ausbildung, an Wert gewinnen, sobald sich in der Praxis ergibt, daß diesem Facharbeiter wirklich größere Möglichkeiten offenstehen, als dem ungelernten Tagelöhner früherer Perioden.

Allgemein gesehen handelt es sich darum, die öffentliche Meinung auf dem Lande in dem gewünschten Sinne zu beeinflussen. Die Landflucht geht bei den Jugendlichen erfahrungsgemäß in zwei Arten vor sich: entweder wandern sie schon mit 14 Jahren nach der Schulentlassung in die Stadt oder sie gehen der Landarbeit nach Ableistung der Wehrmachtsdienstzeit verloren. Da eine Beeinflussung im letzteren Stadium fast unmöglich erscheint, muß daher der Versuch gemacht werden, bereits während der Schulzeit auf die Jugend einzuwirken. Hierfür gibt es zwei Ansatzpunkte: die Schule selbst und das Elternhaus. Da in der gegenwärtigen Zeit die ältere Generation, wie bereits oben angeführt, durchschnittlich eine nur geringe Wertschätzung für die Landarbeit zeigt, kann hier erst eine allgemeine Propaganda im Rahmen des gesamten Dorflebens Wandlung schaffen. Aber auch die Aufklärung auf dem Wege über die Schule stößt auf Schwierigkeiten. Diese liegen in der geistigen Haltung der ländlichen Oberschicht, darunter auch der Lehrer begründet, welche sich in den letzten Jahrzehnten in bezug auf das Landleben grundlegend gewandelt hat. Der Typ des alten Dorfschullehrers, welcher seine Aufgabe in dem ihm anvertrauten ländlichen Wirkungskreis sah, ist verschwunden. Neben einer Überalterung des Lehrermaterials oder mangelndem Nachwuchs ist vielfach der Lehrer der erste, welcher das Dorf verläßt, sobald sein Dienst es ihm gestattet, um in die Stadt zurückzukehren und auch seine Kinder wieder etwas „Besseres" werden zu lassen. Es wird häufig übersehen, daß der Drang zur Abwanderung nicht allein beim Landarbeiter zu finden ist. Er umfaßt alle Berufsgruppen der ländlichen Bezirke, und gerade die veränderte Einstellung der Führenden in der Dorfgemeinschaft hat beispielgebend dem sozial niedriger Stehenden den Weg zum Abzug aus dem Dorfe freigemacht.

Weiterhin muß eine Wandlung der Berufsschule dazu mithelfen, die schwebenden Fragen zu lösen. Der bisherige Fortbildungsunterricht gibt den Jugendlichen wenig oder gar keine Förderung für die Aufgaben, welche sie innerhalb ihres Arbeitstages

zu bewältigen haben. Im Mittelpunkt des Unterrichts muß der Beruf selbst stehen; die vornehmste Aufgabe ist, zwischen dem Lernstoff und den Aufgaben, welche dem Menschen seine Arbeit in der Volksgemeinschaft stellt, eine organische Verbindung zu finden.

Ein Mittel, den Jugendlichen zu halten, wird die Technisierung werden. Es ist zu hoffen, daß mit fortschreitender Mechanisierung die heute auch auf dem Lande technisch eingestellte Jugend der so veränderten Landarbeit größeren Reiz abgewinnt. Auf diese Möglichkeiten wird im zweiten Teil dieser Untersuchung näher eingegangen werden.

6. Beschaffung zusätzlicher Arbeitskräfte

a) Einheimische Hilfskräfte

I. Einsatz von Wehrmacht, Arbeitsdienst und Freiwilligenformationen als Ausgleich der Arbeitsbedarfspitzen

Nach einer Ermittlung der Arbeitsämter wurden in Deutschland im Herbst 1937 374 000 Landarbeiterstellen mehr angeboten als die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte betrug.[59]) Die Abwanderungserscheinungen zeigten sich nicht allein weiter fortlaufend in den Großbetrieben, sondern auch in den Betrieben geringerer Größenklassen, dort sogar in größerem Umfange, denn die Landflucht hat nicht nur bei den familienfremden Arbeitskräften, sondern im gleichen Maße bei den Söhnen und Töchtern der Bauern und Landarbeiter eingesetzt. Um die Ernte bergen zu können, mußte neben anderen Hilfskräften auf den freiwilligen Arbeitsdienst, die Wehrmacht und Studentengruppen zurückgegriffen werden. Gelegentlich wurden auch aushilfsweise SA-Formationen eingesetzt.

Daß aber damit die Lücken nicht geschlossen werden können, ja daß man nicht einmal für die Dauer der folgenden Jahre mit diesen Hilfsmaßnahmen und ihrer Wirksamkeit wird rechnen können, liegt auf der Hand. Gerade die Bestrebungen, aus dem ungelernten Ackerknecht, der keinerlei Schulung erfahren hat, einen qualifizierten Facharbeiter mit Lehrzeit, Abschlußprüfung und Meisterbrief zu machen, zeigen, daß Landarbeit nicht von jedem aufgenommen und ausgeführt werden kann und daß es sich, abgesehen von den physi-

[59]) Zitiert nach der Schlesischen Zeitung vom 19. 12. 1937. Der Reichsbauernführer bezifferte auf dem Reichsbauerntag 1938 das Ausmaß der Landflucht in den letzten Jahren in Deutschland auf 7—800 000 Menschen.

schen Voraussetzungen bei dem Einsatz, auch um gelernte Arbeitskräfte handeln muß. Wer nicht auf dem Lande aufgewachsen und mit den einschlägigen Handgriffen vertraut ist, wird besonders in den arbeitsintensiven Erntezeiten keine vollwertige Kraft darstellen.

Die Soldaten, welche auf den Bauernhöfen halfen, die motorisierten Kolonnen des Arbeitsdienstes konnten trotz aller Bereitschaft nicht die Bresche auffüllen, welche durch die Unternehmen im Rahmen des Vierjahresplans und die Nachfrage nach Arbeitskräften in Handel und Gewerbe entstanden war.

Landhilfe, Landjahr und der weibliche Arbeitsdienst wurden eingesetzt. Ebenso sollte die Einführung des weiblichen Pflichtjahres dazu beitragen, die weiblichen Hilfskräfte auf dem Lande zu halten bezw. aus der Stadt in die ländlichen Berufe zu ziehen. Auf Grund dieser Verordnung[60]) wird von allen Mädchen, welche am 1. März 1938 noch nicht 25 Jahre alt waren, der Nachweis verlangt, daß sie vorher ein Jahr lang in der Landwirtschaft, Hauswirtschaft oder in pflegerischen Berufen (Krankenschwester, Wohlfahrtspflegerin, Hortnerin usw.) gearbeitet haben. Von diesem Nachweis wird die Arbeitsbewilligung für andere Berufe abhängig gemacht. So soll der Zustrom zu den gewerblichen Arbeiter- und Angestelltenberufen für den weiblichen Nachwuchs dadurch eingeschränkt werden, daß diese jungen Jahrgänge vorher ein Jahr typisch weibliche Berufe durchlaufen sollen, in denen ohnehin die Nachfrage nach Kräften nicht befriedigt wird.

Trotz dieses Rückgriffs auf die vorhandenen Reserven innerhalb der männlichen und der weiblichen Jugend für die Saisonspitzen standen nicht ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung, so daß gleichzeitig versucht werden mußte, das Problem der Dauerarbeitskräfte zu lösen.

II. Umschulung der städtischen Jugend zu Dauerarbeitskräften

In den Lagern des Landjahres werden volksschulentlassene Mädchen und Jungen aus den Großstädten im Anschluß an ihre Schulzeit etwa für drei Vierteljahre zusammengefaßt, wobei zunächst weniger der Einsatz landwirtschaftlicher Arbeitskräfte beabsichtigt ist, obwohl in den Tagesplänen eine bestimmte Zahl von Arbeitsstunden in bäuerlichen Betrieben vorgeschrieben wird, als vielmehr

[60]) 145. Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplans über den verstärkten Einsatz von weiblichen Arbeitskräften in Land- und Hauswirtschaft vom 15. Febr. 1938 (R.A.J. vom 23. 2. 38).

die Aufgabe, die Kinder körperlich zu kräftigen, zu schulen und eine gewisse Verbundenheit mit dem Lande herzustellen. Letzteres konnte allerdings nicht in dem ursprünglich angestrebten Maße erreicht werden: Die Kinder sahen ihre Lagerzeit als verlängerte große Ferien an, nach deren Ablauf sie in der überwiegenden Mehrzahl den Wunsch hatten, in die Stadt zurückzukehren. „Man kann sagen, daß etwa 7 % der Lagerbelegschaften in eine handwerkliche Lehre am Orte eintraten. In die landwirtschaftliche Arbeit selber treten allerdings die wenigsten über. Die Widerstände der Eltern sind hier zu groß."[61]) Der Erfolg für den Arbeitseinsatz ist also praktisch nur als gering anzusehen.

Der Einsatz vollwertiger männlicher Arbeitskräfte wird aus den Reihen der städtischen Jugend neben der studentischen Erntehilfe in Form der Landhilfe und des Landdienstes durchgeführt. Die Landhilfe dient dem Einzeleinsatz von Stadtjugend in der Landwirtschaft. Sie kommt nur bäuerlichen Betrieben zugute, deren Maximalgröße auf 80 Hektar begrenzt wurde. Alle Jugendlichen zwischen 14 und 25 Jahren sind in der Landhilfe förderungsfähig, d. h. der Betriebsführer, welcher die neue Arbeitskraft zugewiesen bekommt, erhält einen finanziellen Zuschuß durch die Reichsanstalt für die Entlohnung des Jugendlichen. Außerdem bekommt dieser die Fahrt zum Arbeitsort bezahlt und bei Bedarf einen Gutschein für den Einkauf seiner Arbeitsausrüstung. Der Zuschuß an den Bauern erfolgt als Entgelt für die ihm auferlegte Verpflichtung, den Jugendlichen anzulernen. Die Landhelfer werden durch die zuständigen Arbeitsämter, sowie die Parteiorganisationen betreut. Im ganzen ist die Entwicklung nicht ungünstig, in Schlesien sind rd. 10 000 Landhelfer beschäftigt, welche in den meisten Fällen ihre kontraktlich festgelegte Zeit durchhielten. Diese Zeit, nach deren Ablauf der sogenannte Landhelferbrief ausgestellt und dem Jugendlichen ausgehändigt wird, beträgt durchschnittlich 12 Monate. Doch ist es mit dem dauernden Verbleiben in der Landwirtschaft auch hier wenig günstig bestellt. Etwa 80 % der Jugendlichen hielten zwar das Jahr über durch, aber die Zahl derer, die über die gesetzte Zeit und damit dauernd in der Landarbeit blieben, konnte nur auf etwa 10—20 % veranschlagt werden.[62])

Eine andere Form des Arbeitseinsatzes städtischer Jugendlicher ist der Landdienst. Hier handelt es sich nicht um den Einzeleinsatz.

[61]) Griffion Stierling, Der Einsatz städtischer Jugend in der Landwirtschaft, Berlin 1937, S. 36.

[62]) Griffion Stierling, a.a.O., S. 74.

Vielmehr werden Gruppen von etwa 10—20 Mann unter einem Führer auf Versuchsgüter verteilt, auf welchen landwirtschaftliche Arbeit zu leisten ist. Wieder erhält der Betriebsführer einen Förderungsbeitrag. Mit diesen Gruppen, welche in Gemeinschaftsräumen wohnen und schlafen, auch gemeinschaftlich auf Arbeit ziehen, sind recht günstige Erfahrungen gemacht worden.[63]) Hier sind die Verbleibensziffern auch besser als bei den Landhelfern: Die Hälfte der Landdienstler verblieb 1935 nach Ablauf der Vertragszeit im Landdienst und arbeitete zum größten Teil im Sommer 1936 weiter mit.[64])

Auch das Fehlen weiblicher Arbeitskräfte machte sich in der Landwirtschaft bemerkbar. Neben dem weiblichen Arbeitsdienst, dessen Aufgabe in erster Linie darin besteht, in den Haushalten der Kleinbauern und Siedler zu helfen, sind es vor allem die Umschulungslager, mit deren Hilfe der Einsatz von Stadtmädeln in der Landwirtschaft vorbereitet und durchgeführt werden soll. Da mit denjenigen nämlich, welche sich ohne Übergang aus der Großstadt auf einen Bauernhof versetzt sahen, ungünstige Erfahrungen gemacht wurden, erschien es geraten, vor den Einsatz bei den Bauern das Umschulungslager einzuschalten. Es ist unter Leitung einer Führerin an einen bäuerlichen oder Gutsbetrieb angegliedert und im Zusammenhang damit lernen die Mädel die Mentalität der Menschen, den Sinn der Wirtschaft und den Umfang ihrer Aufgabe verstehen. Später werden sie dann zu besonders ausgesuchten Bauern vermittelt. Nach den vorliegenden Ergebnissen konnten zunächst etwa 90 % der Umgeschulten in die praktische Einzelarbeit auf den Höfen eingesetzt werden. Allerdings verblieben z. B. im Bezirk des Landesarbeitsamtes Brandenburg nur etwa 6—8 % der Umgeschulten länger als ein Jahr.[65])

Auf Seiten der Besitzer, bei welchen diese Gruppen eingesetzt wurden, einerlei ob es sich um Jungen oder Mädels, um Landdienst oder Landhilfe handelte, war stets viel guter Wille und nach einer Weile Zufriedenheit mit den gezeigten Leistungen festzustellen. Im ganzen genommen ist jedoch die Rückführung der städtischen Jugend auf das Land, so wertvoll sie vom bevölkerungs- und kulturpolitischen Standpunkt erscheinen mag, lediglich eine Sekundärmaßnahme und ein Umweg zur Erreichung eines ausgeglichenen Arbeitseinsatzes

[63]) Griffion Stierling, a.a.O., S. 64 ff.
[64]) Griffion Stierling, a.a.O., S. 76.
[65]) Griffion Stierling, a.a.O., S. 80.

in der Landwirtschaft. Denn es läßt sich beobachten, daß während in der städtischen Jugend durch diese Wege das Empfinden für das Land und das Landleben wieder geweckt werden soll, der Bauer und Landarbeiter, bei dem dieses Ethos als selbstverständlich vorauszusetzen wäre, mit allen Gründen wirtschaftlicher Vernunft der Landarbeit aus dem Wege zu gehen und eine Stelle in der Stadt zu finden sucht. Die Stadtjugend dagegen, welche ihrem Erbgut nach zu der in ihrem natürlichen Umkreis liegenden Arbeit geeignet erscheinen muß, wird in die zwar gesündere, aber doch viel primitivere Landarbeit zurückgeholt, während die Industrien die Lehrlinge aus der Landwirtschaft heranziehen.

Da sich in der Entwicklung der letzten Jahre in Deutschland für die Landarbeit aus den ländlichen Bezirken nicht genug Arbeitskräfte zur Verfügung stellten, auch eine Reagrarisierung der städtischen Jugend aus den oben dargelegten Gründen weder zum Ziele führen konnte, noch überhaupt als befriedigende Lösung angesehen werden kann, so mußte hier die Zuhilfenahme anderer Kräfte einsetzen.

b) Die ausländischen Wanderarbeiter

Die Zahl der ausländischen Wanderarbeiter, welche für das Wirtschaftsjahr 1938 in Deutschland eingesetzt wurden, betrug etwa 80 000.[66]) Ursprünglich war ein wesentlich höheres Kontingent, etwa 200 000 beabsichtigt,[67]) doch ließen Gründe der Devisenersparnis diese Zahl als zu hoch erscheinen, da die Notwendigkeit, die Ersparnisse der Ausländer in die betreffenden Währungen zu transferieren, ihrem Einsatz Grenzen setzen muß.

Nach der Beendigung des Weltkrieges wurde allmählich mit Rücksicht auf die ansteigende Arbeitslosigkeit der Zuzug unterbunden. Sind mit der jetzt vorhandenen Notwendigkeit wieder Polen, Tschechen, Ungarn und Italiener zu Hilfe zu nehmen, auch die Gefahren nicht zu übersehen, welche durch diese Maßnahme, in politischer und rassischer Beziehung entstehen könnten, das vordringlichste Problem ist die Sicherstellung der heimischen Ernährung.

Die Anwerbung der ausländischen Wanderarbeiter erfolgt in erster Linie nach rein fachlichen Gesichtspunkten; handelt es sich

[66]) Angaben des Arbeitsamts Breslau.

[67]) Dr. Syrup, Arbeitseinsatz als Aufgabe, zit. nach Frankf. Zeitung vom 16. 1. 38.

dabei nicht um geschulte Arbeitskräfte, so hat die deutsche Landwirtschaft keinen Vorteil davon. In erster Linie müssen bei der Verteilung der Leute auf die verschiedenen Gegenden klimatische Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Die Italiener z. B. sollen hauptsächlich in Südwestdeutschland sowie in den großen Rübenbaugebieten Mitteldeutschlands eingesetzt werden, während Mecklenburg Ungarn zugewiesen werden, mit denen im letzten Jahre gute Erfahrungen gemacht wurden. Daß bei den Anwerbungen in Polen und der Tschechei in erster Linie deutschstämmige Arbeiter berücksichtigt werden, liegt auf der Hand. Diese sollen Dauerstellungen in der deutschen Landwirtschaft erhalten, falls ein solches Arbeitsverhältnis von ihnen angestrebt wird.[68])

Jedoch wird es sich nicht vermeiden lassen, daß in die entvölkerten und wirtschaftlich schwachen Grenzgebiete des Ostens Arbeiter fremder Nationalität und fremder politischer Grundhaltung hereinfluten und neun Monate im Jahr lebenswichtige Posten der Volkswirtschaft besetzt halten. Die ausländischen Wanderarbeiter leisten mit ihrer Hände Arbeit der Volkswirtschaft einen großen Dienst, sie füllen Plätze aus, welche deutsche Arbeiter nicht mehr einnehmen mögen, weil ein anderes Leben sie anzieht, sie sind im Augenblick unentbehrlich. Aber es kann sich dabei nur um eine Lösung für den Augenblick handeln. Denn durch diese Fremdkörper im Organismus der Dorfgemeinschaft wird der Zusammenhalt der Dorfbewohner nicht verbessert und die Rückkehr des deutschen Menschen zur Landarbeit nicht wahrscheinlicher gemacht. Ziel kann nur sein, die Zuhilfenahme ausländischer Wanderarbeiter als vorübergehende Aushilfe zu betrachten und dieses Zeichen unserer Notlage als Anlaß zu einer durchgreifenden Umgestaltung der Verhältnisse zu nehmen. Gelingt es, einen Facharbeiterstamm mit durch höhere Leistung gerechtfertigten höheren Löhnen zu schaffen, gelingt die Nutzbarmachung der technischen Energien für die Nahrungsfreiheit, gelingt es endlich ganz allgemein, das Leben auf dem Lande besser zu gestalten, so geht diese Gefahr vorüber. Niemand ist sich darüber im unklaren, und dieser Umstand bildet vielleicht den ersichtlichsten Gegensatz des Dritten Reiches zu der Haltung der maßgebenden Stellen in der Vorkriegszeit, die den billigen Wanderarbeiter als erwünschten Ausgleich für den niedrigen Preisstand der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ansahen, daß „alle Maßnahmen der Lösung des

[68]) Dr. Syrup: Arbeitseinsatz als Aufgabe, zit. nach Frankf. Zeitung vom 16. 3. 1938.

Problems der landwirtschaftlichen Dauerarbeiter zugewandt" bleiben müssen.[69])

7. Ausgestaltung des Dorflebens als Aufgabe der ländlichen Bevölkerungspolitik

Zum Abschluß handelt es sich darum, das Wort in die Tat umzusetzen, das Leben auf dem Lande müsse „wieder lebenswert werden". In den vorhergehenden Abschnitten sind rein materielle Dinge behandelt worden, wie Wohnungsbauten, Facharbeiteraufstieg und Leistungslöhne. Ein wichtiges Gebiet dagegen steht noch aus, und gerade dieses ist geeignet, die gefühlsmäßig bestimmte Einstellung des Menschen zum Lande zu formen. In der Gestaltung des Dorflebens und des Feierabends lassen sich manchmal mit kleinen Mitteln beachtliche Wirkungen erreichen.

Die Abwanderung vom Lande in die Städte wird weniger durch das Bestreben, sozial aufzusteigen veranlaßt, vielmehr besteht die Anziehungskraft dieser Zentren zu einem guten Teil darin, daß Möglichkeiten der Zerstreuung nach Verlassen der Arbeitsstätte vorhanden sind, während sich noch in vielen Dörfern an den langen Abenden nichts weiter bietet, als eine verräucherte Kneipe. — Während früher durch das Fehlen künstlichen Lichts die Arbeit auf die Dauer des Tageslichts beschränkt blieb und in den Spinnstuben ein reges Beisammensein bei leichter Arbeit, Musik und Erzählungen herrschte, ist durch die Wandlung der Arbeiterverhältnisse, die Auflockerung der früher den größten Teil des Jahres über abgeschlossenen Güter und Höfe und das Eindringen fremder Einflüsse die Dorfgemeinschaft auseinandergesprengt.[70]) An Stelle dieser verlorengegangenen Brauchtümer muß jedoch Anderes und Gleichwertiges gesetzt werden.

„Das ermüdende Gleichmaß der Tage kann nicht ertragen werden ohne ein stetes Schöpfen aus dem unendlichen Reichtum, den unsere Kultur angehäuft hat, wobei die Zerstreuung für die Aufrechterhaltung des psychologischen Gleichgewichts bei dem Durchschnittssterblichen nun einmal keine geringere Rolle spielt, als die Sammlung und Vertiefung."[71]) Deshalb muß neben der politischen

---

[69]) Dr. Syrup, a.a.O.

[70]) Seiler, Die Gesindefrage in Franken, Raumforschung und Raumordnung, 2. Jahrg. Heft 6.

[71]) Wygodczynski, Die Landarbeiterfrage, Tübingen 1917, S. 85.

und fachlichen Schulung eine reichere Gestaltung des Landlebens in kultureller Hinsicht statthaben. Ansätze hierzu sind zwar vorhanden, aber noch keineswegs überall durchgeführt. Der Nationalsozialismus hat durch seine Formationen die dörfliche Feierabendgestaltung in die Hand genommen. Die Dorfabende, deren Träger HJ, BDM oder auch das Landjahr sind, finden dort, wo sie einmal eingeführt wurden, außerordentlichen Zuspruch. Die Bauern und Landarbeiter sind dankbar für jede Abwechselung in ihrem sonst eintönigen Leben.[72]) Daneben wird versucht, den Gedanken des Sports stärker in die Landjugend hineinzutragen. In jedem Dorf sollen Schwimmbäder errichtet werden und Leibesübungen den Ausgleich für die einseitige Landarbeit[73]) bieten. Neben den NS-Formationen will auch der Reichsnährstand den Sport überall in Aufnahme bringen, um den Landmenschen elastischer und seine Freizeit sinnvoller werden zu lassen. Nach einer Vereinbarung zwischen dem Reichssportführer und dem Reichsbauernführer sind jeder Landesbauernschaft einige Landessportlehrer zugeteilt. Neben der Arbeit an den bäuerlichen Werkschulen gibt es besondere Wanderlehrer, die in kurzen Kursen auf Jugendherbergen die Führer der untersten Einheiten aus den verschiedenen Formationen der Umgebung schulen.[74]) Aus allen diesen Bestrebungen soll eine Auflockerung der Menschen folgen. Diesen Maßnahmen steht zunächst gerade im Osten eine gewisse Schwerfälligkeit entgegen, und es erscheint nicht leicht, die Menschen zur Aktivität zu bringen. Doch sind gerade bei der jungen Generation vielversprechende Ansätze in dieser Richtung vorhanden. Die Gemeinschaftsräume, in erster Linie für die Unverheirateten der Gutsbetriebe gedacht, sind gleichfalls ein Mittel der Feierabendgestaltung, denn nun ist der Jugendliche nicht mehr auf den Aufenthalt im Gasthause angewiesen und ein Rundfunkgerät, sowie eine kleine Bibliothek können die Zeit vertreiben helfen.

Überhaupt trägt im Rahmen der Technik, die das Landleben erleichtern soll, der Rundfunk wesentlich dazu bei, die Abende zu verkürzen. Vielleicht könnten gerade auf diesem Gebiet Werbeaktionen der Industrie, ähnlich wie in der Frage der Elektrifizierung und des vermehrten Absatzes von Elektrogeräten, Fortschritte erzielen. Die häufigere Aufführung von Filmen aller Art wäre zu wünschen, eine Gelegenheit, bei welcher das ganze Dorf zusammenkommt. Hier ist

---

72) Völkischer Beobachter vom 23. 12. 1934.

73) Jugend am Pflug, 1935, Heft 2.

74) Griffion Stierling, a.a.O., S. 93.

auch durch Unterhaltung oder Schulung am leichtesten auf den Einzelnen einzuwirken. Weiterhin wird vielleicht der Volkswagen in dieser Richtung von Einfluß auf den Anschluß der Landbewohner an das allgemeine kulturelle Leben der Volksgemeinschaft sein. Das Eisenbahnzeitalter hatte die Tendenz, die Menschen in den Städten zu akkumulieren, während in unserer Zeit das Auto und die Autobahnen eine dezentralisierende Wirkung haben sollten. Wird auch nicht jeder Landarbeiter im Besitz eines Volkswagens sein können, so trägt doch die Vermehrung des Verkehrs und die Verbesserung der Möglichkeiten, aus dem Dorfe in die Stadt zu kommen, dazu bei, den Landmenschen weniger vereinsamt und ausgeschlossen als früher erscheinen zu lassen.

Interessant sind gleichlaufende Versuche, das Landleben in England anziehender zu gestalten.[75]) Dazu gehört die Schaffung der von Dorf zu Dorf fahrenden Automobilkinos, der modernen Form des Wanderzirkus und endlich auch das Liebhabertheater, das in Form des Laienspiels auch in den deutschen Dörfern wieder eine Belebung erfuhr. Freilich hängt dies davon ab, wie der Verfasser schreibt, einen regsamen Lehrer, Geistlichen oder Gutsbesitzer zu finden, welcher solche Gemeinschaftsunternehmungen zustande zu bringen vermag.

Auch in Deutschland wird neben den notwendigen Anregungen und Hilfen von außen her die Führerfrage innerhalb der ländlichen Gemeinschaft für das Gelingen oder Mißlingen dieser Bestrebungen den Ausschlag geben. Es ist notwendig, den Tag sowohl wie den Feierabend des Landmenschen leichter und sinnvoller werden zu lassen, andererseits gilt es, Bauern und Landarbeiter durch die Mittel der Aufklärung erkennen zu lassen, daß das Verbleiben jedes Einzelnen an seinem Arbeitsplatz notwendig ist, auch wenn sich im Augenblick scheinbar günstigere Möglichkeiten in anderen Berufen bieten. Vorerst muß die Ernährung Deutschlands durch die notwendige Anzahl von gelernten Arbeitern in der Landwirtschaft gesichert werden, denn: „ohne Landarbeit hungert das Volk".[76])

---

[75]) v. Stutterheim, England, Berlin 1937, S. 124 ff.

[76]) Rundfunkrede des Reichsministers Darré vom 17. 12. 1937.

II. Hauptteil

Die Umgestaltung der landwirtschaftlichen Arbeit

als Voraussetzung dauerhafter Sicherung des Arbeitseinsatzes in der Landwirtschaft

A. Die Mechanisierung der Landarbeit

1. Die Entwicklung des Maschineneinsatzes

Aus den vorliegenden Ausführungen über die Gründe der Landflucht und den Umfang des Landarbeitermangels in der Gegenwart geht hervor, daß auch die Maßnahmen zur Lenkung des Arbeitseinsatzes in der ostdeutschen Landwirtschaft, wie sie in den letzten Jahren versucht wurden, trotz mancher Teilerfolge nicht ausreichen, um das Problem einer dauernden Sicherung des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes zu lösen. Daher bleibt zu prüfen, wie und in welchem Umfange neben diesen Sofortmaßnahmen durch eine grundlegende Umgestaltung der Arbeitsmethoden in Hof und Feld die Voraussetzungen für eine Änderung der auf die Dauer unhaltbaren gegenwärtigen Verhältnisse geschaffen werden können. Einen Weg hierzu hat die landwirtschaftliche Erzeugungsschlacht durch die vermehrte Anwendung von Maschinen an Stelle der fehlenden menschlichen Arbeitskräfte gewiesen. Handelt es sich dabei zunächst scheinbar nur um eine Art von Notmaßnahme, so ergibt sich, daß, auf längere Sicht betrachtet, erhebliche Veränderungen eintreten müssen, wenn dieser Weg weiterhin mit Erfolg beschritten werden kann. Stets hat allein die Not die Menschen zur Einführung rationellerer Arbeitsmethoden gezwungen, und so wenig bereits heute die gleichfalls infolge eines augenblicklichen Mangels in der Industrie verwendeten Rohstoffe wie z. B. Zellwolle, noch als

„Ersatzstoffe" bezeichnet werden können, ebensowenig werden wir den landwirtschaftlichen Maschineneinsatz nur als Aushilfsmaßnahme zur Behebung des augenblicklichen Arbeitermangels ansehen dürfen. Vielmehr scheint hier die Landarbeit in stärkerem Maße, als es bisher der Fall war, Anschluß zu finden an die technischen Kräfte, welche in der Industrie für die Entwicklung des neunzehnten Jahrhunderts bestimmend geworden sind.

Das vorige Jahrhundert zeigte eine Wechselwirkung zwischen Technik und Kapitaleinsatz mit entsprechenden Rückwirkungen auf die Menschen und ihre Beziehungen zur Arbeit. Hatten die Maschinen zu Anfang vorwiegend dazu gedient, den Boden besser zu bearbeiten, so kamen sie mit den Fortschritten der Maschinenindustrie, den gesteigerten Löhnen und Soziallasten für landwirtschaftliche Hilfskräfte und dem Mangel an Landarbeitern auch in Anwendung, um Arbeitstage einzusparen. Die Maschine trat ihren Siegeszug an, als Handarbeit zur Deckung des Gesamtbedarfs nicht mehr in ausreichendem Umfange zur Verfügung gestellt werden konnte.

Ihren Ursprung haben die Landmaschinen zu einem Teil in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Vereinigten Staaten. Der Farmer in USA und in Kanada sah sich vor die Aufgabe gestellt, riesige Flächen in Bearbeitung zu nehmen, ohne daß sich dazu, wie in den dicht besiedelten europäischen Ländern, selbst bei hohen Löhnen „farmhands" finden ließen. Die menschliche und tierische Kraft allein reichte nicht mehr aus. Mit den arbeitsparenden Einrichtungen und dem Einsatz technischer Kräfte ging die amerikanische Landwirtschaft gemäß ihrer soziologischen Struktur allen anderen Ländern voraus.[77]) Hier entstanden Maschinen, welche die menschliche Energie durch Dampf, Elektrizität oder Verbrennungsmotoren ersetzten. Gleichzeitig erwies sich, daß die auf diese Weise geleistete Arbeit nicht allein vollen Ersatz für die bisherigen Methoden des Landbaus bot, sondern daß gleichzeitig in vielen Fällen billiger, schneller und besser gearbeitet wurde. „Um einen ha Getreide mit der Hand abzuernten braucht man 4,5 Personen, während mit Mähmaschine und Selbstbinder die gleiche Arbeit von 1,5 Personen bewältigt wird. Die Drillmaschine bringt zuwege, was die Arbeit von drei Männern mit Handsaat zu leisten vermag. Die große Ausdehnung des so arbeitsintensiven Hackfruchtbaus in Deutschland wäre ohne die Ver-

[77]) Durch den Einsatz des Mähdreschers sollen in U.S.A. 250 000 Erntearbeiter aus der Landwirtschaft ausgeschieden sein. Odal, 7. Jahrg., Heft 8, S. 632.

wendung von Arbeitsmaschinen der verschiedensten Art nicht denkbar gewesen."[78]) Wie stark sich die Maschine gerade in der letzten Zeit innerhalb der Landwirtschaft durchgesetzt hat, zeigt folgende Aufstellung:

Für Maschinen und Geräte wurden ausgegeben:

32/33	33/34	34/35	35/36	36/37	37/38
138	177	234	327	395	460 Mill. RM.[79])

Die Gründe dieser Entwicklung sind folgende: Die hohen Löhne, Sozialabgaben und evtl. Kapitalaufwendungen für Wohnungsbauten veranlaßten den Bauern und Landwirt ebenso wie der gesteigerte Arbeitsaufwand im Rahmen der Erzeugungsschlacht, sich nach Hilfskräften im Bereiche der Technik umzusehen. Denn obgleich die deutsche Landwirtschaft bereits am Ende des Jahres 1933 345 000 Arbeitskräfte mehr beschäftigte als im Februar des gleichen Jahres, blieb in der folgenden Zeit der Menschenmangel in der Landwirtschaft konstant. Die Löhne waren im Vergleich zu den technischen Einrichtungen angesichts des allgemeinen Bedarfs der Volkswirtschaft an Menschen zu hoch.

Es ergibt sich hier jedoch eine wirtschaftlich durchaus gesunde Entwicklung dergestalt, daß die Maschine dem Menschen helfen, ihm die schwerste und primitivste Arbeit abnehmen und dadurch Arbeitskräfte freimachen soll, welche in der Volkswirtschaft an einer anderen Stelle notwendiger gebraucht und besser verwertet werden können. „Starker Zwang, mit Arbeitskräften zu sparen, ist in der ganzen Welt stets der alleinige Hebel gewesen, der den Übergang zu rationelleren Löhnungsmethoden und die Beschaffung arbeitssparender Einrichtungen herbeigeführt hat."[80]) Obwohl sich in den letzten Jahren eine wesentliche Steigerung der Löhne ergeben hat, war eine vermehrte Einstellung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte nicht zu beobachten. 1932/33 betrugen die Barlöhne 1332 Millionen, 1936/37 1572 Millionen,[81]) ohne daß sich mehr Jugendliche, an

[78]) Skalweit, Agrarpolitik, Berlin u. Leipzig 1924, S. 269

[79]) H. Backe, Die agrarpolitische Lage. zit. nach: Die deutsche Volkswirtschaft. 7. Jahrg. Nr. 1. Die Landmaschinenhandelsumsätze 1937 lagen um 20% über denen des Jahrs 1936. wobei noch berücksichtigt werden muß, daß infolge der Eisen- und Stahlknappheit viele Bestellungen nicht erledigt werden konnten. Das 1. Halbjahr 1938 liegt um rund 15% über den gleichen Zeitraum des Vorjahres, das 3. Vierteljahr um rund 35%.

[80]) Aereboe, a.a.O., S. 166.

[81]) Staatssekretär H. Backe in: „Die Deutsche Volkswirtschaft", Heft 1, 1938.

denen ein besonderer Mangel besteht und deren Bezüge auch in erster Linie eine Erhöhung erfuhren, zur Landarbeit bereit gefunden hätten. Es ergibt sich also bei einem Überblick über die augenblickliche Lage und die zu erwartende Entwicklung des Arbeitsmarktes, daß für einen vermehrten Einsatz von Arbeitskräften, wie ihn die Intensivierung der Betriebe verlangt, nicht genügend Menschen zur Verfügung stehen. Außerdem wäre die stärkere Heranziehung menschlicher Energien auch ökonomisch nicht zu rechtfertigen, da die Mannstunden gegenüber den Maschinenarbeitsstunden teurer sein müssen.

Angesichts also des bestehenden und zukünftigen Arbeitermangels setzte eine starke Propaganda insbesondere seitens des Reichsnährstandes ein, um die Einführung von Maschinen für die Landarbeit zu fördern, und mit Hilfe von Aufklärung und Wirtschaftsberatung waren in den letzten vier Jahren Erfolge durchaus zu verzeichnen, nicht zuletzt auch in den bäuerlichen Wirtschaften.

Wenn hier, wie auch in den Untersuchungen des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft, vorwiegend die bäuerliche Wirtschaft Gegenstand der Betrachtung ist, so geschieht dies, weil hier die meisten Lücken zu füllen sind. Dem Menschenmangel der letzten beiden Jahrzehnte vermochte der Großgrundbesitz nur durch den Einsatz von Maschinen zu begegnen, während der Bauer zunächst noch durch vermehrte Heranziehung der Familienmitglieder einen Ausgleich fand. Angesichts des Abströmens der herangewachsenen Kinder aus den Bauern- und Landarbeiterfamilien in andere Berufe als den landwirtschaftlichen, wie es heute häufig der Fall ist, befindet sich der Kleinbetrieb dagegen in größeren Schwierigkeiten als die Betriebe anderer Größenklassen. Quante[82]) bemerkt, daß in vielen Kleinbetrieben für landwirtschaftliche Maschinen, deren Wirkungsweise naturgemäß auf eine größere Fläche abgestellt ist, kein Raum sei, und erklärt mit der hierdurch hervorgerufenen Notwendigkeit des fast ausschließlichen Einsatzes menschlicher Arbeitskraft die vielerwähnte Tatsache, daß der Kleinbetrieb auf gleicher Fläche mehr Menschen beschäftige als der Großbetrieb. „Es besteht der begründete Verdacht, daß diese vielen Menschen bei weitem nicht in allen Fällen voll ausgenutzt sind."[83])

Der ostdeutsche Bauer konnte in den Nachkriegsjahren nichts an Kapital zurücklegen, obwohl Hof und Inventar der Instand-

[82]) Quante, a.a.O., S. 359 ff.

[83]) Quante, a.a.O., S. 360.

setzung dringend bedürftig waren. Die Zeiten zwangen ihn, jede Ausgabe nicht allein für sich, sondern auch für seine Wirtschaft zu drosseln, da die Schuldenzinsen in jedem Falle höher waren als der zu erwartende Ertrag aus einer durch Kreditaufnahme angekurbelten Wirtschaft.

Heute muß der Bauer langsam dazu erzogen werden, daß Wirtschaftsausgaben in der Erzeugungsschlacht volkswirtschaftlich notwendig sind, wenn ihnen ein entsprechender Erfolg auf der Seite der Gütervermehrung gegenüber steht. Seine Sparsamkeit macht gerade den ostdeutschen Kleinbetrieb krisenfester als andere Besitzgrößen der Landwirtschaft, ebenso sein Mißtrauen gegen Überfremdung und Neuerungen. Wir kommen jedoch zu der Feststellung, daß diese Faktoren des Konservativismus in den Jahren der Erzeugungsschlacht die Betriebsmethoden nicht ausschließlich bestimmen dürfen, denn vielfach werden die Möglichkeiten des Bodens nicht genügend ausgenutzt. Neben diesem rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt zeigt sich, daß, wenn nicht die mechanische Kraft in höherem Grade auch durch den Bauern in Anspruch genommen wird, sich die Menschen auf dem Lande frühzeitiger verbrauchen, als es bei rationellerer Arbeitsweise der Fall sein würde. Und sehen die Kinder, daß ihre Eltern vielleicht schon mit 40 Jahren annähernd verbraucht sind, dann verstärkt sich bei ihnen die Abneigung gegen das Landleben; die Bauerntochter vor allem heiratet lieber einen Beamten, um diesem Schicksal der Mutter zu entgehen. Die Muskelkraft ist die Energie, welche in Deutschland am geringsten vorhanden und am teuersten ist, sie wird aber gerade in den bäuerlichen Wirtschaften am unzweckmäßigsten eingesetzt.

Doch darf eine Mechanisierung nur langsam und unter sorgfältigster Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Verhältnisse erfolgen. Mit einer theoretischen Zielsetzung wie in den Jahren 1920 bis 1930, daß unter allen Umständen rationalisiert und mechanisiert werden müsse, ist der Landwirtschaft nicht gedient. Der richtige Maßstab für die Wirtschaftlichkeit muß die Rentabilitätsberechnung bleiben. Es ist erforderlich, daß die Maschinen unter allen Umständen aus dem erzielten oder mit Sicherheit zu erzielenden Überschüssen des Betriebes bezahlt und abgeschrieben werden. Daher bestimmt unter anderem auch das Erbhofrecht, daß nicht wieder à fonds perdu Kredite in die Wirtschaften hineingepumpt werden, sondern daß nur Schulden aufgenommen werden, welche aus den Erträgnissen des Hofes abgezahlt werden können. Weiterhin ist zu untersuchen, in

welchem Umfange jeweils die Maschine ausgenutzt werden kann und ob die Anschaffung bei vorsichtiger Schätzung der jährlichen Betriebsstunden noch rentabel bleibt. So stehen z. B. die Erntemaschinen von 52 Wochen im Jahr etwa 50 ungenützt herum, sie amortisieren sich also entsprechend langsam.

Trotzdem können auch Maschinen, welche nur wenige Tage im Jahre gebraucht werden, sich bezahlt machen, wenn ihre Hilfe nur an richtiger Stelle und im richtigen Moment zur Geltung gelangt. Am deutlichsten wird das aus dem Vergleich mit Sicherheitseinrichtungen wie etwa einer Feuerspritze. Obwohl die Maschinen nur in den Arbeitsspitzen zu verwenden sein werden, ist dennoch der gesamte Jahreskreislauf und das Ineinandergreifen des Einsatzes in den verschiedenen Ernten in Betracht zu ziehen. „. . . Denn es würde wohl wenig helfen, z. B. nur die Heuwerbung und -ernte zu mechanisieren und trotzdem im Hinblick auf die Getreideernte oder Hackfruchternte einen großen Stamm von Gespann- und Handarbeitskräften zu behalten. In der feinen Abstimmung aller Arbeitsmittel für die verschiedenen Bestellungs- und Ernteperioden liegt der Schlüssel für Erzielung größtmöglicher Wirtschaftlichkeit."[84])

Wegweisend für diese Lösung der Frage des landwirtschaftlichen Maschineneinsatzes sind die Berichte des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft. Das R.K.T.L. hat das Verdienst, seit einer Reihe von Jahren durch gründliche Forschungen und praktische Versuche das Problem der Maschine als eines Gehilfen für den Bauern und Landwirt der Verwirklichung näher gebracht zu haben.

Der Schlepper

Zunächst wurden in Versuchsdörfern durch das R.K.T.L. während mehrerer Jahre die Verwendungsmöglichkeiten der verschiedensten Maschinenarten untersucht. Insbesondere hat der Kleinschlepper für den bäuerlichen Betrieb die mit der Untersuchung betrauten Stellen beschäftigt; handelt es sich dabei doch um die Frage, eine wendige, zugkräftige und vor allem strapazierfähige Maschine auf den Markt zu bringen, die gleichzeitig vielseitige Verwendungsmöglichkeiten sowohl auf dem Acker wie auf der Straße besitzen muß, ohne dabei in Anschaffung und Benutzung unrentabel zu sein. Daneben soll eine verringerte Pferdehaltung erreicht werden. In erster Linie spricht dafür neben der teueren Arbeitsweise von tierischen Kräften die Tatsache, daß ein Pferd zu seiner jährlichen Er-

[84]) Holldack, Maschinenlehre, Berlin 1934, S. 435.

nährung für die Futtermenge eine Ackerfläche beansprucht, welche ausreichen würde, um Nahrungsmittel für zwei Menschen zu erzeugen.[85]) Von einer Studienreise aus Süd- und Westdeutschland wird berichtet, daß dieser Kleinschlepper sich schon in Betrieben von 3 ha Größe an gefunden habe, also schon für eine solche Fläche wirtschaftlich tragbar war. Allerdings finden sich hier wesentliche Abweichungen von den Verhältnissen des in der vorliegenden Untersuchung vorwiegend berücksichtigten deutschen Ostens. Denn die meisten Besitzer der Kleinbetriebe hatten einen Nebenberuf oder führten mit dem Schlepper Lohnarbeit aus. Dennoch war trotz des geringen Umfanges der Betriebe der Einsatz der Schlepper in wirtschaftlichem Sinne gerechtfertigt. Ein Mangel an Wirtschaftlichkeit wurde nur aus drei Ursachen heraus festgestellt: entweder war eine zu starke oder zu schwache Maschine beschafft worden; die bisher vorhandene Anspannung war nicht genügend verringert worden; oder die Besitzer zeigten mangelndes technisches Verständnis.[86])

Diese Bedenken würden sich bei einer Inbetriebnahme des Kleinschleppers in den ostdeutschen Bauernwirtschaften in erhöhtem Maße geltend machen. Dazu tritt noch die größere Kapitalarmut dieser Gebiete. Andrerseits zeigten die Beobachtungen, daß die Konstruktionen der Maschinenfabriken genug ausgereift sind, um in der Praxis mit Erfolg arbeiten zu können. Vor allem ergibt sich, unter Berücksichtigung des Mangels an menschlichen und tierischen Kräften für die vermehrten Anforderungen der Erzeugungsschlacht, folgendes Bild, wenn wir den Einsatz des Schleppers von der Seite der Kraftversorgung aus betrachten: Ein Pferdegespann vermag durchschnittlich 12—16 PS/h an die Wirtschaft pro Tag abzugeben. Der Einscharschlepper dagegen, der zwischen 11 und 20 PS Motorenstärke hat, ist imstande mit Wechselbedienung innerhalb 24 Stunden 144—240 PS/h zu leisten. (Der deutsche Volkswirt, 12. Jahrg. Nr. 44, S. 2146.)

Demnach handelt es sich m. E. darum, dem Bauern, evtl. mit Hilfe des Reichsnährstandes, durch vorsichtige Kreditgewährung auf der einen Seite die Anschaffung zu ermöglichen, sofern der Arbeitsbedarf auf diesem Wege am besten gedeckt werden kann und die zu

[85]) Die Gummi- und Rohölkosten für einen Schlepper, der 2—4 Pferde ersetzt, machen nur etwa 1/20 des Devisenbetrages aus, der durch das Freiwerden der bisher zu Pferdefutter erforderlichen Fläche für die Erzeugung menschlicher Nahrungsmittel erspart wird. Die neue Wirtschaft, August 1938, S. 12.

[86]) Berichte der R.K.T.L. Berlin 1936, S. 24.

erwartenden Betriebserträge eine Amortisation gewährleisten. Auf der anderen Seite muß gleichzeitig die Wirtschaftsberatung einsetzen, damit nicht die Maschine am falschen Platz, sondern in Übereinstimmung mit der gesamten Betriebsstruktur zur Anwendung gelangt. Daneben ist eine technische Erziehung notwendig, für welche sich praktische Hinweise und Erfahrungen in dem Bericht über den Maschinenring finden. (Siehe unten.) Zusammenfassend läßt sich sagen, daß nach den gemachten Erfahrungen, vorbehaltlich der Eigenarten jeder einzelnen Wirtschaft, sich der Kleinschlepper an Stelle des Pferdes als vielseitige und brauchbare Hilfe erweist. Dazu kommt, daß hier weniger körperliche Anstrengung vom Bauern und Arbeiter verlangt wird. Statt hinter Pflug oder Egge über den Acker zu gehen, sitzt er auf dem Fahrersitz seines Schleppers. Dieser braucht nicht einmal soviel Wartung wie die Pferde, sofern als Grundlage einmal ein Mindestmaß technischer Kenntnisse vorhanden ist. Denn die Maschine ist nicht komplizierter als das Pferd: wer früher z. B. einen eigenen Kutscher brauchte, fährt heute sein Auto selbst, häufig ohne sich um viel mehr als um Benzinuhr und Ölstand vor Antritt der Fahrt zu kümmern. An Geländegängigkeit steht der Schlepper dem Pferd nur wenig nach, an Zugkraft übertrifft er es. Dazu kommt ein geringeres Risiko: ein gefallenes Pferd bedeutet für die Kleinwirtschaft den schwersten Verlust, zumal Versicherungen ihrer Höhe wegen in den seltensten Fällen abgeschlossen zu werden pflegen. Beim Kleinschlepper wird die notwendige Reparatur bei ausreichender Pflege und gutem Material kaum einen tragbaren Umfang übersteigen.

Darum erscheint die Einführung des Schleppers durch eine entsprechende Werbungsaktion auch für die Betriebe geringerer Größenklassen als ein Schritt zur Sicherung des Arbeitseinsatzes. „Von fachkundiger Seite wird geschätzt," schreibt v. Waechter, „daß die Zahl der gummibereiften Ackerschlepper in den nächsten 10 Jahren um einige 100 000 Stück ansteigen wird und daß damit allmählich eine völlige Umgestaltung der bäuerlichen Betriebsweise eintritt."[87])

Drillmaschinen

Was durch entsprechende Werbung und Aufklärung erreicht zu werden vermag, zeigt auch der Bericht über die Vermehrung der Drillmaschinen. Es sind im Herbst 1936 im Rheinland mehr Drillmaschinen angeschafft worden, als in den letzten vier Jahren zu-

[87]) Die neue Wirtschaft, a.a.O. S. 12.

sammen, und zwar gerade in den Höhengebieten, in denen geworben worden war und in welchen bisher besonders wenig Drillmaschinen Verwendung gefunden hatten. In zahlreichen Gemeinden wurden auf genossenschaftlichem Wege bis zu 17 Maschinen auf einmal gekauft, die von zwei bis vier Bauern gemeinsam benutzt werden und zwar in Gemeinden, in denen bisher nicht eine einzige Drillmaschine zur Verwendung kam. Die Vorteile der Drillmaschine liegen darin, daß 40 kg Saatgut je ha gegenüber der Handsaat erspart werden. Außerdem kann die gedrillte Saat besser gepflegt werden. „Würden Drillmaschinen in allen dafür geeigneten Betrieben benutzt, so könnte ohne Vergrößerung der Anbaufläche noch Brot für 600 000 Menschen und Fleisch für 300 000 Menschen mehr erzeugt werden."[88])

Kartoffelroder und Melkmaschinen

Auf anderen Gebieten dagegen, wo Maschinen zur Anwendung kommen könnten, sind bisher weniger befriedigende Resultate zu verzeichnen. Insbesondre war dies bei der Einführung von Kartoffelmaschinen der Fall, welche die Hackfruchternte erleichtern sollen. Trotz aller Propaganda sind hier die Versuche offenbar noch nicht abgeschlossen und die bisher eingesetzten Maschinen nicht ausreichend durchkonstriert. Die Urteile praktischer Landwirte sind außerordentlich verschieden. Im allgemeinen wird eingewendet, daß besonders bei hochwertigen Kartoffeln durch die Schwungräder zuviel angeschlagen oder auch gleichzeitig wieder zugeschüttet wurden. Andererseits zwang in vielen Fällen der Menschenmangel dennoch zum Einsatz dieser Kartoffelroder. Nach Versuchen des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft mit fünf verschiedenen Bauarten konnten bis jetzt die Ergebnisse „vom Standpunkt des praktischen Landwirts aus betrachtet, dahingehend zusammengefaßt werden, daß diese fünf Maschinen ebensowenig als brauchbar bezeichnet werden können, wie die vielen Konstruktionen, auf die man in früheren Jahren Hoffnungen gesetzt hatte."[89]) Auch bei den Melkmaschinen sind in Deutschland noch keine abgeschlossenen Ergebnisse vorhanden, obwohl diese Frage infolge wachsender Abneigung gegen den Beruf des Stallschweizers sowie die Schwierigkeiten für den Betriebsführer größerer Betriebe, genügend Frauen zum Melken zu bekommen, dringend wird.

[88]) Und sie ernährt uns doch, Berlin 1937, S. 35.

[89]) Berichte des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft, 1936, S. 31.

Luftbereifte Ackerwagen

Einen weiteren Versuch, die Pferdehaltung in der Landwirtschaft zu verringern oder die vorhandenen Kräfte besser auszunützen, bildet die Einführung der sogenannten Gummiwagen, d. h. Ackerwagen, welche auf niedrige eiserne Fahrgestelle gesetzt sind und in Kugellagern laufende luftbereifte Räder besitzen. Dadurch wird sowohl auf der Straße als auch auf dem Acker oder Feldwegen der Zugwiderstand etwa auf die Hälfte herabgesetzt, so daß, wie aus einer Zusammenstellung von 30 größeren Betrieben des Ostens hervorgeht, auf jeden eingeführten luftbereiften Wagen ein Pferd erspart werden konnte. Außerdem gestattet diese Konstruktion wegen ihres Tiefrahmens eine verkürzte Aufladezeit.

Die Wirkungen einer bahnfernen Verkehrslage vermindern sich, auch wird der Transport auf schlechten Straßen erleichtert und eine ungünstige Verteilung der Ackerfläche um den Hof fällt weniger als früher ins Gewicht. Die Steigerung des Arbeitsaufwandes, wie vermehrte Düngung und ausgedehnterer Hackfruchtanbau, nicht zuletzt die Einbringung der großen Massen wasserhaltigen Grünfutters beim Zwischenfruchtbau, die mit den gewöhnlichen schwerlaufenden Holzwagen kaum bewältigt werden konnte, wird durch die luftbereiften Wagen erleichtert. Berücksichtigt man weiterhin, daß die Beförderungskosten mit den bisher üblichen Ackerwagen je Tonne Nutzlast und Kilometerstrecke etwa 5—10 mal soviel betragen wie mit anderen Beförderungsmitteln, wie dem Schiff, der Eisenbahn und dem Lastkraftwagen, so ergibt sich, daß die Verwendung wirtschaftlicherer Fahrzeuge für landwirtschaftliche Beförderungsaufgaben mit allen Mitteln anzustreben ist. Bis jetzt werden noch durchschnittlich 40—50 % der Gespannarbeitstage für Beförderungsaufgaben aufgewendet; durchschnittlich sind im Jahr je Hektar 10—12,5 Tonnen zu befördern, wodurch rund 25 % der Jahreseinnahmen verschlungen werden.[90])

Allerdings bestehen zunächst in der Praxis noch gewisse Hindernisse in der Verwendung dieser Wagen, die hauptsächlich in der Preisfrage zu finden sind. Die Gummiwagen wurden in der deutschen und amerikanischen Landwirtschaft zu einer Zeit eingeführt, als die Weltmarktpreise für Gummi sehr niedrig lagen, vor allem aber die Beschaffung des Materials noch nicht, wie augenblicklich in Deutschland aus Gründen der Devisenbewirtschaftung, mit

[90]) Zit. nach Berl. Börsenzeitung vom 21. 6. 38, Nr. 283.

Schwierigkeiten verknüpft war. Zunächst ist die Erzeugung des heimischen Buna, dem deutschen Kautschuk, dessen Grundlage Kalk und Kohle bildet, noch nicht weit genug fortgeschritten.

Auch die Eisenteile für den Bau des Fahrgestells werden in der allernächsten Zeit schwer zu beschaffen sein. Größere Betriebe wären z. B. bei einer Verwendung dieser Wagen in der Hackfrucht- oder Getreideernte gezwungen, einen ganzen Satz Wagen anzuschaffen, eine erhebliche Ausgabe, da die Wagen pro Stück heute noch etwa RM. 3000 kosten.

Doch sind in jedem Falle, trotz dieser augenblicklichen Hindernisse die Ergebnisse in der Praxis so günstig, daß bei einer durch Ausweitung unserer heimischen Eisenerzförderung und Herstellung wirtschaftseigenen Kautschuks verbilligten Herstellung die luftbereiften Ackerwagen sich von selbst in der Landwirtschaft einführen werden.

Der genossenschaftliche Zusammenschluß

Den wirtschaftlichen Vorteil auszugleichen, den in bezug auf die Mechanisierung der Großgrundbesitz infolge größerer Betriebsfläche und damit besserer Ausnutzung der Maschinen vor den niedrigeren Größenklassen hat, wurde nicht allein durch die Konstruktion von Kleinmaschinen für den Einzelbetrieb, also z. B. den Kleinschlepper versucht. Vor allem sollte hier der genossenschaftliche Zusammenschluß helfen.

Als vordringlichste Aufgabe wurde auch hier wieder ein Einsatz von Motorkräften an Stelle der Pferdegespanne versucht. Das Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft unternahm es, in Versuchsdörfern auf genossenschaftlicher Basis Traktoren einzusetzen und die Verwendungsmöglichkeiten dieser Traktoren während mehrerer Jahre zu beobachten. Gerade das R.K.T.L. ist in der Auswertung der Ergebnisse als richtunggebend zu bezeichnen, da hier weder die Interessen der Maschinenfabriken mitsprechen, noch das Mißtrauen des Bauern gegen kostspielige Neuerungen.[91])

Die Ergebnisse der genossenschaftlichen Traktorenverwendung sind jedoch als kaum befriedigend zu bezeichnen.[92]) Da hier ganz neue Wege gefunden werden mußten, wurde zunächst keine Rücksicht auf

[91]) Typisch für diese gerade in der Nachkriegszeit in dem Verhältnis zwischen Landwirt und Maschinenindustrie zutagetretende Gegensätzlichkeit ist das bekannte Wort: „Der Landwirt kauft keine Maschinen, die Maschinen werden ihm verkauft."

[92]) Heft 54 der R.K.T.L.-Schriften, Berlin 1934, S. 23 ff.

die Wirtschaftlichkeit des Versuchs genommen. Die Leitung des Versuchs wurde einem Ingenieur des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft übertragen. Außerdem wurden für die Bedienung ausgebildete Traktorenführer eingesetzt, also den Bauern die Maschinen nicht selbst in die Hand gegeben. Die Rentabilität wurde, wie es in dem Bericht heißt, nicht berechnet, teils weil die Gemarkung zu klein war, teils, weil die Bauern die Pferde nicht abschafften und infolgedessen diese in erster Linie beschäftigt werden mußten. Gerade in der Frage der Pferdehaltung, heißt es, sei das R.K.T.L. auch bei anderen Versuchen auf unvorhergesehene Hindernisse gestoßen.

Überhaupt hat der Landmann gegenüber seinen Pferden, die er zumeist selbst aufgezogen hat, eine Einstellung, welche nicht mit den Gesetzen der Wirtschaftlichkeit messen will. Die jungen Pferde seien, so lautete ein häufiger Einwand, für die Wirtschaft noch gut tauglich, für die älteren aber seien doch keine Preise zu erzielen, so daß also der Bestand unvermindert bleibt, wenn ein Zwang nicht angewendet werden soll. Die Pferde wurden vielfach auf Grund des in der Umgegend des Versuchsdorfes herrschenden Mangels an Frachtfuhren schon vor Beginn des Versuches nicht genügend ausgenützt. Die Arbeitstage standen in keinem Verhältnis zu den Futtertagen. Der Traktor war auch hier nur als Einsatz für den Spitzenbedarf der Arbeitsmenge gedacht, nicht als völliger Ersatz für die bestehende Anspannung, da schon die Notwendigkeit der Lastenbeförderung von und zum Felde und die Pflege der Saaten die alleinige Traktorenverwendung ausschlossen. Je weniger nun der Pferdebestand verringert wurde, um so geringer war der Nutzen, den der Einsatz des Traktors brachte, so daß er also während der Versuchsperiode kostenlos arbeitete. „Die genossenschaftliche Verwendung des Traktors", so heißt es abschließend, „wird es niemals zu einer vollständigen Ausnutzung der Maschine kommen lassen. Dies ist nur im Einzelbetrieb möglich, der den Traktor zu den verschiedensten Arbeiten benutzen kann und nicht in erster Linie besorgt sein muß, alle Mitglieder der Genossenschaft unter allen Umständen rechtzeitig zu bedienen und darum an eine begrenztere Verwendungsart der Maschine gebunden ist. . . . In dieser Beziehung ist alles in erster Linie Sache des Genossenschaftsführers und seiner Dispositionsgabe, in zweiter Linie Sache der Einsicht der einzelnen Mitglieder und namentlich der Einstellung zur Pferdehaltung."[93])

[93]) Heft 54 der Schriften des R.K.T.L. a.a.O. S. 41.

Dazu kommt die Frage der Führung. Wer aus der Gemeinschaft der Bauern hat nicht allein die Unparteilichkeit, sondern auch die wirtschaftliche Übersicht und die Dispositionsfähigkeit wie der mit der Durchführung des Versuchs beauftragte Ingenieur des R.K.T.L.?

Ebenso wie beim Genossenschafts-Traktor liegen die Dinge beim Lohnschlepper. Auch hier wird es notwendig sein, die Ausführung der Rentabilität halber einem Kleinunternehmer zu übertragen. Dieser wird, um dabei auf seine Rechnung zu kommen, den Kundenkreis eher zu groß als zu klein ziehen, und dadurch in manchen Fällen nicht rechtzeitig bedienen können. Denn in der Landwirtschaft sind in bezug auf genossenschaftliche Maschinen die Lohnschlepper und Traktoren gewissermaßen Fixgeschäfte, die abgeschlossen werden. Kann eine Erfüllung seitens des Vertragspartners nicht rechtzeitig bewirkt werden, dann geht der Sinn des Geschäftes verloren. Die Bestellungs- und Erntearbeiten drängen sich auf einen kurzen Zeitraum zusammen. Daher ist bei einer bestimmten Kategorie landwirtschaftlicher Maschinen, welche innerhalb gewisser Zeiträume und unter bestimmten Witterungsverhältnissen eingesetzt werden müssen, der genossenschaftlichen Arbeit eine Grenze gesetzt. Gerade bei den Erntemaschinen handelt es sich um schwierigste Gemeinschaftsarbeit. Niemand vermag die Tage vorauszusehen, an welchen geerntet werden kann, und damit einen Schlüssel zu finden, nach welchem gerechterweise die Benutzung der Bindemaschinen, Mähdrescher, Heuwender usw. auf die Genossen verteilt werden konnte. Immer wird ein Teil sich zu Gunsten der anderen benachteiligt fühlen, und wird die Ernte nicht innerhalb einer kurzen Zeitspanne unter Dach und Fach gebracht, so kann der Verlust weit größer sein, als die Kosten für eine eigne Erntemaschine. Ist die Zahl der Genossen aber klein, dann wird häufig die Kapazität der Maschine nicht genug ausgenützt werden, so daß die Nachteile, unter denen der Großgrundbesitzer in bezug auf jährliche Maschinenarbeitstage und Abschreibung leidet, sich in den ohnedies kapitalschwächeren Betrieben vervielfachen.

Dagegen haben andere Versuche auf genossenschaftlicher Basis gezeigt, daß sich durch den gemeinschaftlichen Betrieb maschineller Anlagen für die Gesamtheit beträchtliche Vorteile ergeben können. Sieht man von den weiterverarbeitenden Betrieben ab, wie z. B. Genossenschaftsmolkereien oder -brennereien, die ja keinen rein landwirtschaftlichen Charakter mehr tragen, so wurden in den Bauerndörfern vor allem bei der gemeinschaftlichen Benutzung von

Dresch- und Saatreinigungsmaschinen gute Ergebnisse erzielt. Diese Maschinen sind für den einzelnen Kleinbetrieb unrentabel, da sie nur wenige Stunden im Jahr gebraucht werden, andrerseits sind Arbeiten wie Dreschen und Saatreinigen unabhängig von Wetter und Jahreszeit, so daß derartige Anlagen für den genossenschaftlichen Betrieb geeignet erscheinen. Denn es ist für den Landwirt gleichgültig, ob er z. B. das Getreide im September drischt oder erst im nächsten Frühjahr. Mußte bei den Traktoren oder Erntemaschinen die Zahl der Benutzer niedrig gehalten werden, weil bei günstigem Wetter viele zugleich Ansprüche darauf erhoben, so kann die Zahl der Genossenschaftsmitglieder in den eben angeführten Fällen stark ausgeweitet werden; damit verteilen sich auch die Anschaffungs- und Betriebskosten entsprechend.

Die Berichte über die genossenschaftlichen Dresch- und Reinigungsmaschinen lauten fast durchweg günstig. Viele Landwirte, die ihre eigene kleine Dreschmaschine haben, lassen trotzdem ihr Getreide der doppelten Reinigung und des geringeren Körnerverlustes wegen in der großen Genossenschaftsmaschine ausdreschen. Bei veralteten Maschinen nämlich von zu geringer Größe oder mit ungenügendem Antrieb kann der Körnerverlust statt normalerweise ½—1 % etwa 8—10 % betragen, so daß der ganze Reingewinn über das Stroh auf den Misthaufen wandert.

So erscheint dieser Zweig der landwirtschaftlichen Maschinenverwendung, d. h. die genossenschaftliche Inbetriebnahme bestimmter Maschinenarten, deren Gebrauch unabhängig von den Ernteperioden ist, zumal dann als durchaus erfolgversprechend, wenn die einzelnen Gehöfte der Benutzer sich nicht in einem zu weiten Umkreis verstreut befinden und dadurch wesentliche Transportkosten vermieden werden.

Über andere Projekte, wie z. B. die Feldberegnung, die für die Kleinbetriebe gleichfalls nur auf genossenschaftlicher Grundlage betrieben werden könnte, sind die Versuche z. Zt. noch nicht abgeschlossen.[94]) Grundsätzlich erscheinen demnach der genossenschaftlichen Maschinenverwendung gerade in den Erntezeiten, d. h. dann, wenn sich das Fehlen der Arbeitskräfte am meisten bemerkbar macht, bisher Grenzen gesetzt.

Mechanisierung und Kapitalbedarf

Bei einem Überblick über die Maschinenanschaffungen der gesamten deutschen Landwirtschaft zeigte sich auf dem Wege zur

[94]) Die Anlagekosten stellen sich heute noch je Hektar auf RM. 200—1200!!

Mechanisierung ein gesteigerter Absatz der Maschinen-Industrie. Erfolgte diese Bewegung zunächst 1933 infolge eines in den Krisenzeiten aufgestauten Inventarbedarfs im Zusammenhang mit der Wiedergewinnung wirtschaftlicher Sicherheit und zum Teil veranlaßt durch steuerliche Erleichterungen, so setzte sich auch in den folgenden Jahren ein vermehrter Maschineneinsatz fort. Im Wirtschaftsjahr 1936 wurde der Aufwand an Betriebsmitteln zur Erzeugungsschlacht weiter erhöht. Der Aufwand an gewerblich erzeugten Betriebsmitteln lag der Menge nach für dieses Jahr um 22 % über dem Durchschnitt von 1927—1929 und um 11 % über dem Vorjahrsstande; der Aufwand an Betriebsmitteln zum Ankauf der Maschinen lag um 21 % höher als im Vorjahr und um 63 % höher als 1927/28. Dabei sind neben Landmaschinen auch die Investitionen an Elektromotoren, Verbrennungsmotoren, Lastkraftwagen, Lokomobilen und Lokomotiven aufgeführt.[95]) Von entscheidender Bedeutung ist die Gegenüberstellung der Betriebsausgaben und der im gleichen Wirtschaftsjahr erzielten Verkaufserlöse. Bei der Intensivierung in der Nachkriegszeit wurde nicht genügend beachtet, daß ein Kapitalaufwand privatwirtschaftlich auf die Dauer nur möglich ist, wenn er mit vermehrter Erzeugung und gesunden Preisen zusammenfällt. In nachfolgender Aufstellung[96]) scheint zwischen diesen beiden Faktoren das Gleichgewicht wieder hergestellt.

	Verk. Erlöse	Veränderg. u. Schulden	Betr. Ausg.	Verfügbare Barmittel insges.	Selbstkosten	Lohn- u. Gehaltempf.
32/33	6405	— 200	4573	1632	300	1332
33/34	7409	— 200	4580	2629	1300	1329
34/35	8302	— 300	4563	3439	2020	1419
35/36	8698	— 100	4916	3682	2190	1492
36/37	8861	+ —0	5195	3666	2094	1572

Zusammenfassend läßt sich auf Grund praktischer Beobachtungen folgendes aussagen: Die Mechanisierung der Landwirtschaft ist allem Anschein nach in den Großbetrieben vermöge der natürlichen Voraussetzungen und der Schulung der Besitzer und Beamten soweit fortgeschritten, wie Kapital und praktische Verwendbarkeit der Geräte es irgend gestatten. Im Zuge der Umschuldung ist in den zurückgebliebenen Betrieben so wie es notwendig war, rationa-

[95]) Zeitschrift f. Landmaschinen, Berlin, 33. Jahrg. Nr. 91. 13. November 1937.

[96]) Zeitschrift f. Landmaschinen, a.a.O.

lisiert worden; die weitere Entwicklung liegt im wesentlichen in den Händen der Maschinenindustrie, ihrer Konstrukteure und der landwirtschaftlichen Versuchsanstalten. Infolge eines fortdauernden Mangels an Arbeitskräften ist eine über den heutigen Stand hinausgehende Mechanisierung sowohl für den Einzelbetrieb als auch im Sinne der gesamten Volkswirtschaft anzustreben.

Der Großbetrieb setzte Maschinen ein und zog Wanderarbeiter heran, als gegen Ende des vorigen Jahrhunderts bei steigendem Arbeitsaufwand die Landflucht einsetzte. Dagegen versuchte der Bauer zur gleichen Zeit durch stärkere Heranziehung der Familienmitglieder die Mehrarbeit zu bewältigen und auf der anderen Seite durch bescheidenste Lebensansprüche konkurrenzfähig zu bleiben. Heute sind es die Kinder vielfach überdrüssig, im elterlichen Betrieb mitzuarbeiten und diese Einstellung muß auch verständlich erscheinen. Denn gerade in den kleinbäuerlichen Betrieben bleiben die heranwachsenden und erwachsenen Kinder häufig jahrelang ohne Lohn; sie müssen sich bei schwerster und schmutzigster Arbeit den Eltern unterordnen, ohne daß sich die Möglichkeit bietet, Ersparnisse zu machen und selbst eine Familie zu gründen. Da sich heute aber auch in den bäuerlichen Wirtschaften durch Geburteneinschränkung und allgemeine Abneigung gegen die Landarbeit Lücken aufgetan haben, der Bauer außerdem mit seiner vielfach noch vorhandenen konservativen Wirtschaftsweise in einer freien Wirtschaft nicht mehr rentabel produzieren würde, ist es erforderlich, daß durch Schulung, praktische Versuche und anschließende Wirtschaftsberatung Wege hier zu einem stärkeren Einsatz mechanischer Arbeitskräfte gefunden werden.

Maschinenringe

Vielfach bietet freilich ein vermehrter Maschineneinsatz im Anfang gewisse Schwierigkeiten, da bei den Bauern noch seltener als bei den Arbeitern der Mittel- und Großbetriebe ausreichende technische Kenntnisse vorhanden sind. Gerade an dem kostspieligen Maschineninventar aber kann durch eine unsachgemäße Handhabung und Pflege, ungenügende Aufbewahrung, schlechtes Schmieren der empfindlichen Teile usw. viel verdorben werden, und schon geringe Schäden können bei der allgemeinen vorhandenen weiten Entfernung zur Reparaturwerkstatt bedeutende Ausfälle ergeben, zumal die Maschine in der Landwirtschaft als „Spitzenbrecher" gedacht ist, und in dem Augenblick eingesetzt zu werden pflegt, in welchem un-

mittelbar und ohne Zeitverlust die Arbeit fertiggestellt werden muß. Ist aber erst einmal das Vertrauen des Betriebsführers in die Zuverlässigkeit der Maschine durch solche Schäden geschwunden, dann wird zugleich ihr Wirkungskreis und ihr Absatz sich wesentlich verringern. Diese angeführten Bedenken für einen größeren Umfang der Mechanisierung werden ihre Berechtigung weiter behalten, sofern man den heutigen Stand der technischen Schulung bei der ostdeutschen Landbevölkerung als konstant voraussetzt, welche die Bedienung und Wartung der Maschinen zu übernehmen hat.

Doch zeigen die Fälle, in denen eine sachgemäße Schulung des Bedienungspersonals vorgenommen wurde, daß auch bei den häufig als technisch nur schwach begabt bezeichneten Landbewohnern gute Erfolge erzielt wurden. Ebenso wie das Auto nicht zuletzt durch eine zweckmäßigere Bauweise und Vereinfachung der Konstruktion sich überall einführte, so werden auch in einigen Jahren die Schlepper, Motorpflüge, Binder und Dreschmaschinen sachgemäßer als heute noch an manchen Stellen in Betrieb genommen werden.

Neben den Kursen in Berlin hat z. B. die „Deulakraft"[97]) sogenannte Karawanenkurse eingerichtet, die mit Schleppern und Lastwagen, der alle notwendigen Maschinen und das notwendige Handwerkszeug enthält, die Provinz bereisen und besonders in den landwirtschaftlichen Schulen 14tägige praktische Kurse abhalten, um auf diese Weise die technischen Kenntnisse der dafür interessierten jungen Bauern und Landarbeiter zu verbessern.[98])

Die vom R.K.T.L. mitgeteilten Ergebnisse[99]) eines Maschinenringes in Ostpreußen bieten interessante Aufschlüsse über praktische Wege und Erfahrungen auf dem Gebiete des Maschinenwesens in Ostdeutschland, während sonst die meisten Versuche in Süd- und Westdeutschland durchgeführt wurden und daher auf Grund der verschiedenen Beschaffenheit von Boden und Klima für unsere Untersuchung nur mittelbares Anschauungsmaterial zu liefern imstande sind. Etwa sechs Güter in der Gesamtgröße von 5000 ha hatten sich zu einem Maschinenring zusammengeschlossen. Es handelte sich dabei um intensive Betriebe. Die Anspannung betrug 72 Gespanne und 12 Schlepper. Leiter des Ringes war ein Maschineningenieur. Dessen Aufgaben bestanden vor allem in der Anleitung und Kon-

[97]) Eine dem R.K.T.L. angeschlossene Lehranstalt in Wartenberg bei Berlin, welche Kurse zur Erlernung der Bedienung von Kraftfahrzeugen u. landw. Maschinen abhält. Bisher wurden 20 000 Mann geschult.

[98]) Berichte des R.K.T.L.: 1933, S. 64 ff.

[99]) Heft 27 der Schriften des R.K.T.L., Berlin 1931, S. 11 ff.

trolle des Maschinenbedienungspersonals auf dem Hof und auf dem Felde, in der Beschaffung und Beaufsichtigung der Betriebsmittel und in der sogenannten Werkstattbuchhaltung, in der Arbeitsstunden und Materialverbrauch der Gutshandwerker registriert wurden, denn dem Gutsherrn oder den leitenden Beamten fehlen naturgemäß häufig die Fachkenntnisse, um die Arbeitsleistung der unterstellten Handwerker beurteilen zu können. Der Ingenieur sollte weiterhin Lieferungen neuer Maschinen und Instandsetzungen älterer Maschinen abnehmen, er hatte Untersuchungen über das wirtschaftliche Arbeiten der Maschinen laufend anzustellen und darüber zu berichten. Nicht zuletzt aber konnten manche der kleineren Reparaturen von ihm ausgeführt werden, ohne daß deshalb ein Monteur aus einer größeren Werkstatt angefordert oder gar die Maschine dorthin transportiert werden mußte.

Wesentlich ist außerdem die Anleitung der Gutsschmiede und Schlosser. Diese pflegen nicht hochqualifiziert zu sein, denn die Intelligentesten aus dem landwirtschaftlichen Nachwuchs gehen nach Beendigung ihrer Lehrzeit bald in die größeren Werkstätten oder in die Fabriken, weil dort mehr verdient wird. Trotzdem müssen auch auf dem Lande eine Schmiede oder eine Schlosserei unterhalten werden, weil sonst insbesondere in der Erntezeit durch Reparaturen in einer fremden Werkstatt zuviel Zeit verloren gehen würde. Es wird durch Beratung des Ringingenieurs für die angeschlossenen Güter auch ein günstigerer Maschinenankauf zu erzielen sein, da er besser als die Besitzer die einzelnen Systeme und auch die Erfordernisse kennt, welche seitens des Betriebes nach den vorhandenen Boden- und Wegeverhältnissen an Größe und Stabilität der Konstruktion gestellt werden müssen. Die Monteurarbeiten, welche er nebenbei verrichten konnte, würden, wie es in dem Bericht heißt, den Mitgliedern längst ihre Beitragsgelder eingebracht haben, wenn man die Monteurlöhne dafür eingesetzt hätte. Die Anstellung des Ingenieurs brachte den angeschlossenen Betrieben eine Belastung von etwa 0,60 RM pro Jahr und ha. Die Unkosten wurden jedoch durch die vermiedenen oder frühzeitig beseitigten Schäden am Maschinenmaterial im vollen Umfange aufgewogen.

Dieser Weg der Beratung und Ausbildung, der Anleitung und Überwachung technisch wenig vorgebildeten Personals eröffnet gute Aussichten für die Zukunft. Nicht allein für die Großbetriebe, sondern auch vor allem für bäuerliche Genossenschaften würde sich ein solcher Zusammenschluß empfehlen, zumal dadurch nicht allein ein

technischer Leiter zur Beaufsichtigung der Maschinen, sondern auch eine unparteiische Persönlichkeit gegeben sein würde, die jeweils die Verteilung der Maschinenarbeitsstunden vornehmen, die Rechnungen führen und nicht zuletzt aufkommende Streitfragen schlichten könnte. Dabei hängt natürlich alles von der Persönlichkeit des betreffenden Ingenieurs ab. Er muß neben einer gründlichen technischen Ausbildung, auch die Fähigkeit besitzen, mit allen Betriebsleitern und ihm zugewiesenen Angestellten reibungslos zu arbeiten.

Als weitere Verbesserungsvorschläge für die Mechanisierung der Landwirtschaft können weiterhin angeführt werden: Normung der Maschinen und einheitliche Ersatzteillager, angemessene Preise und Zahlungsbedingungen, sowie verbilligter Bezug der Treibstoffe und Schmiermittel. Außerdem wird eine Verbesserung der dörflichen Reparaturwerkstätten erforderlich sein. Den meisten der technischen Probleme wird man durch den Zusammenschluß geeigneter Betriebe zu einem Maschinenring wesentlich näher kommen. Ein Schritt zur Mechanisierung der Landarbeit durch Verbilligung der Maschinen war bereits die im Februar 1938 durch den Preiskommissar erfolgte Senkung der Landmaschinenpreise um 5 %, welche je zur Hälfte vom Erzeuger und vom Händler zu tragen sind. Damit ist gleichzeitig der Ansporn gegeben, diese Differenz durch vermehrte Erzeugung bzw. erhöhten Verkauf von Maschinen auszugleichen.

B. Elektrifizierung des Haushalts und der Wirtschaft

1. Die vorhandenen technischen und natürlichen Energiemengen

Um die im Boden schlummernden Kräfte für die Volkswirtschaft dienstbar zu machen und dem Acker menschliche und tierische Nahrung abzugewinnen, ist ein Aufwand an Energie erforderlich. Mit der wechselnden Kulturstufe der Völker und der Dringlichkeit des Bedarfs zu verschiedenen Zeiten verringerte oder vermehrte sich auch dieser Aufwand. Nachdem es sich angesichts des Zusammenbruchs eines allgemeinen, zwischenstaatlichen Handelsverkehrs als vordringlich erwies, auf die im deutschen Raum befindliche wirtschaftseigne Ernährungsbasis zurückzugreifen, können heute, um Deutschland in der Ernährung weitgehend unabhängig zu machen,

Energiemengen eingesetzt werden, deren Inanspruchnahme bislang als nicht rentabel angesehen werden mußte.

Abgesehen davon, daß die menschliche Arbeitskraft im technischen Zeitalter zu teuer wird, wird sie vor allem in den ostdeutschen Mittel- und Kleinbetrieben auf eine Weise genutzt, die als unwirtschaftlich bezeichnet werden muß. Die landwirtschaftlichen Erträge des Bodens sind in den letzten Jahren in geringerem Maße gestiegen als die Ansprüche des Landbewohners an die Lebenshaltung und sein Wille zum persönlichen Arbeitseinsatz. Das Land kann nicht mehr Menschen beschäftigen, als sich im Augenblick darauf befinden, will man nicht Entlohnung und Lebensstandard slawischer Wanderarbeiter zugrunde legen.

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist die Frage: Wie kann die planvoll geleitete Gesamtwirtschaft Energien zur Verfügung stellen, welche zur Erhaltung der Nahrungsfreiheit erforderlich sind? Denn durch den gesteigerten Arbeitsaufwand auf der einen und den durch die Abwanderungserscheinungen der Vergangenheit veranlaßten Menschenmangel auf der anderen Seite stehen wir vor der Tatsache, daß die benötigten Energiemengen nicht auf dem bisher bevorzugten Wege, nämlich durch zusätzliche Einstellung menschlicher Arbeitskräfte beschafft werden können. Die Kräfte des Menschen sind im Vergleich zu den Hilfsquellen, welche die Natur zur Verfügung stellt, begrenzt und gering, ihre Reproduktion ist teurer. Menschen sind das wertvollste Gut des deutschen Raumes, er birgt nur ein begrenztes Maß menschlicher Arbeitskraft. Es erscheint demnach sinnvoll, an ihre Stelle andere in reicherem Maße vorhandene Energiearten zu setzen. Die wichtigste Rolle fällt hierbei der Elektrizität zu.

Wasser und Sonnenkraft, Kohle und Öl können verwandelt neue ungeheure Kräftemengen bereitstellen, wie ganze Völker auf primitiver Stufe es mit ihren Zugtieren und den eigenen Muskeln nicht vermöchten. Nach einer Berechnung der Technokraten[100]) war der Mensch bis gegen das Ende des 18. Jahrhunderts mit seiner Leistung von etwa $^1/_{10}$ PS neben den Zugtieren die einzige Arbeitskraft. Die zur Produktion verwendbaren Energiemengen waren demnach durch die Höhe der Bevölkerung bestimmt. Deshalb würde ein Bevölkerungsmangel innerhalb dieser Kulturstufe auf dem Lande unter Umständen eine Hungersnot für das gesamte Volk bedeuten, da eine Rückführung der Menschen zur Landarbeit bisher als nicht

[100]) „Technokratie" v. Wayne Parrish, München o. J., S. 60.

gelungen bezeichnet werden kann. Nicht allein aus psychologischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen zeigt die bisherige Entwicklung ständig schwindende Bevölkerungsziffern in den Agrargebieten, ohne daß selbst schwere Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit den Menschen wieder in die sichere Existenz hinter dem Pfluge hätten zurückführen können. Auch die wirtschaftliche Entwicklung im Zeichen des Vierjahresplanes, die Errichtung von riesigen Anlagen zur Verwandlung von Rohstoffen in hochwertige Erzeugnisse, hat eine Zusammenballung von Menschenmassen und eine neue Welle der Verstädterung hervorgerufen, wie sie Deutschland seit den 70er Jahren nicht mehr erlebte. Geht also die wirtschaftliche Entwicklung in dieser Richtung, so müssen andere Energien an die Stelle der menschlichen Kräfte treten, Energien, die durch die technische Entwicklung zur Verfügung gestellt werden könnten.

Was das Zeitalter der Maschinen der landwirtschaftlichen Erzeugung auf der einen Seite nahm, kann durch den Rückgriff auf bestehende Möglichkeiten wenigstens wirtschaftlich wieder ersetzt werden. Kräfte sind ausreichend vorhanden. Eine Turbine mit 100 000 PS entspricht der Leistung von 3 Millionen Menschen bei einer 24stündigen Arbeitszeit.[101]) Die Kraft also, welche den Dampfer „Europa" bewegt, übersteigt um das Zehnfache die Kräfte der etwa 300 000 Menschen, welche die deutsche Landwirtschaft zum Arbeitseinsatz braucht, sofern wir die Energien der Arbeiter im Sinne der Technokraten in PS umrechnen. Ein geringer Teil der für die Gesamtwirtschaft aufgewendeten Energie-Einheiten müßte ausreichen, um die Frage der Ernährung für Deutschland zu lösen, soweit es sich dabei um den augenblicklich im Vordergrund der Betrachtungen stehenden Menschenmangel handelt und sich statt dessen mechanische Energien zum Einsatz bringen lassen. Die Verlagerung der Energie-Mengen innerhalb der gesamten Volkswirtschaft von der ursprünglich alles beherrschenden Landarbeit auf alle anderen Zweige geben die Technokraten folgendermaßen an: Im alten Griechenland wurden 97 % des gesamten auf den Kopf entfallenden Energieverbrauchs zur Herstellung von Nahrungsmitteln verwendet. Im modernen Amerika werden fast 93 % der Gesamt-Energie für unseren Wirtschaftsmechanismus verbraucht, ausschließlich der Nahrungserzeugung.[102])

Nun können sowohl diese Zahlen als ihre praktische Durch-

[101]) Technokratie, a.a.O. S. 64.

[102]) Technokratie, a.a.O. S. 69.

führbarkeit angezweifelt werden. Beweise sind sowohl in positiver, wie in negativer Richtung zunächst kaum anzutreten. Aber selbst wenn hier eine Kluft besteht zwischen technischem Planen und der Wirklichkeit: Es ist nicht notwendig, diese Zahlen als absolute Größen zu werten. Sie geben eine Richtung an, zeigen einen Weg und es kann versucht werden, eine Synthese zwischen diesen abstrakten Gedanken und bereits praktisch durchgeführten Versuchen zu finden, wie sie in den Berichten des R.K.T.L. für die deutsche Landwirtschaft vorliegen.

2. Die Tarifpolitik der Elektrizitätswerke

Wenn innerhalb der Landwirtschaft von den Kräften, welche die Technik zur Gütererzeugung freimachte, ein im Verhältnis zur übrigen Wirtschaft geringer Gebrauch gemacht wurde, wenn von den beiden Komponenten der Produktion, der menschlichen Arbeit und den natürlichen Energiequellen, das Schwergewicht bei der Landarbeit immer noch zum größten Teil auf der ersten beruht, dann ist das nicht ausschließlich auf die Grundbedingungen landwirtschaftlicher Produktion zurückzuführen. Die Gründe vor allem, weshalb die Elektrizität in ihrer Verwendung auf dem Lande in Haus und Wirtschaft heute nicht den Raum einnimmt, wie es in der Stadt der Fall ist, sind nicht durch Naturgesetze hervorgerufen und deshalb unabänderlich. Ein äußerlicher Anlaß zeigt sich in der Tarifpolitik der Elektrizitätswirtschaft, welche bis heute im wesentlichen noch ihre monopolistische Stellung behauptet hat. Ein Zeichen dafür sind die Verträge mit der Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe, vor allem der Kleinabnehmer, und die Höhe der Stromtarife. Ziel war nicht eine auf Bedarfsdeckung, sondern auf Gewinnerzielung hinstrebende Stromerzeugung, in Verfolg deren weder die Abnahmemöglichkeiten der Verbraucher, noch die Kapazität der Werke voll ausgenutzt wurden. Gegenüber der Landwirtschaft wurde erklärt, daß der Strompreis nicht verbilligt werden könne, sofern nicht von vornherein ein stark vermehrter Absatz von Kilowattstunden zugesichert würde. Die Landwirtschaft, in Einzelbetriebe zersplittert und im Gegensatz zur Industrie auch durch ihre Organisation in der Nachkriegszeit nicht zu einem schlagkräftigen Handeln zusammengefaßt, sah sich der geschlossenen Phalanx der zum überwiegenden Teil im Besitz der öffentlichen Hand befindlichen Elektrizitätswerke machtlos gegenüber, so daß trotz vermehrten

Bedarfs an Strom die Abnahme auf gleicher Höhe blieb und sogar versucht wurde, sie in den Krisenjahren wie alle Betriebsausgaben zu drosseln.

Heute im Zeichen des Landarbeitermangels ist oft genug darauf hingewiesen worden, daß bei einer Ersetzung der menschlichen Arbeitskraft durch technische Energien der Elektrizität eine führende Rolle zukommt. Als praktischer Weg zu einer vermehrten Verwendung wurde zunächst von verschiedenen Gruppen eine allgemeine Herabsetzung der Strompreise vorgeschlagen. Dagegen wird eingewendet, daß eine autoritäre Strompreissenkung nicht zu dem erstrebten Ziele führen würde, vielmehr aus allgemeinen Gründen an der Gleichheit der Tarife festgehalten werden müsse. „Würde nun der Grundsatz der Versorgung von Abnehmergruppen mit gleichen Abnahmeverhältnissen zu gleichen Bedingungen und Tarifen durch eine Preisregelung zugunsten der Landwirtschaft durchbrochen, so würde dieser Vorgang nur den Anfang einer späteren zwangsläufigen Reihe von Berufungen bedeuten. Schon jetzt sind derartige Ansprüche in vielen Presseveröffentlichungen angemeldet worden, so insbesondere vom Bund der Kinderreichen, zugunsten der Kriegsbeschädigten, der Arbeitslosen, der Wohlfahrtsempfänger usw. Schon diese kurze Aufzählung zeigt, daß es bei der Frage der Aufrechterhaltung des Grundsatzes der Versorgung von Abnehmern mit gleichen Abnahmebedingungen zu gleichen Tarifen unmittelbar um die Existenz der öffentlichen Stromversorgung geht.[103]) Gegen diese Gründe kann allerdings eingewandt werden, daß z. B. Berufungen in der Presse in einem autoritären Staat wenig Bedeutung besitzen können und daß die Existenz der Landwirtschaft als Grundlage der Ernährung des Volkes den Versuch einer Strompreissenkung gerechtfertigt erscheinen lassen würde, ohne daß damit die Existenz der öffentlichen Stromversorgung, welche sich in den gesamten Wirtschaftskrisen immer behaupten konnte, entscheidend gefährdet werden

---

[103]) Der deutsche Volkswirt, 12. Jahrgang, Nr. 21, Elektrizität als Helfer der Landwirtschaft. Vergl. auch Gauleiter J. Wagner in „Die deutsche Volkswirtschaft" v. 1. 1. 1939: „Eine Preispolitik dieser Art würde bedeuten, daß die Rentabilität der Landwirtschaft ohne Rücksicht auf die Rentabilität anderer Wirtschaftszweige herzustellen wäre. Sie würde bedeuten, daß andere Wirtschaftszweige ohne Gegenleistung einen großen Teil des landwirtschaftlichen Aufwandes zu tragen hätten . . ." Andrerseits waren die Abschlüsse 1937 der Gesellschaften Beweis, daß die Strompreissenkungen „kein Hindernis für eine fühlbare Vermögensvermehrung gewesen sind." (Nach: die neue Wirtschaft, Heft 24, Jahrg. 1938).

würde. Die Tatsache, daß bis jetzt ein großer Teil der Elektrizitätswerke ihren Strom zu Preisen abgibt, die wesentlich über den Gestehungskosten liegen, kann nicht angezweifelt werden. Es bleibt dagegen die Frage, in wieweit eine Strompreissenkung die Abnahme seitens der Landwirtschaft steigern und damit den Werken gleiche oder erhöhte Einnahmen zufließen lassen würde. Die Staffelung der Tarife kann jedenfalls dazu dienen, die Verbraucher in der Benutzung der elektrischen Geräte auf diejenigen Stunden hinzudrängen, in denen die Kapazität der in Verbundwirtschaften zusammengefaßten Werke nicht durch Industrieunternehmungen voll ausgenutzt ist. Ein Schritt zur vermehrten Ausnutzung der elektrischen Energie wurde durch die Verordnung vom 25. Juli 1938 über die Bildung allgemeiner Tarifpreise (RGBl. I Nr. 115) vollzogen. Nunmehr ist kein fester Preis mehr pro Kilowattstunde zu zahlen, vielmehr teilt sich der Grundpreis von dem Arbeitspreis, es wird also die Höhe des Verbrauches berücksichtigt und damit der Anreiz zu vermehrter Abnahme gegeben. Bei höherer Grundgebühr darf der Arbeitspreis 8 Rpf. je kWh, bei niedriger Grundgebühr 15 Rpf. je kWh nicht überschreiten. Daneben besteht die Verpflichtung, zu bestimmten Zeiten, also vor allem während der Nachtstunden, Strom für 4 Rpf. je kWh anzubieten. Endlich ist für Kleinstabnehmer ein dritter Grundpreistarif mit einem noch höheren Arbeitspreis und einem noch niedrigeren Grundpreis zur Wahl zu stellen. In den Versorgungsgebieten der mittleren und großen Unternehmungen werden sich die Auswirkungen spätestens am 1. Januar 1939 bemerkbar machen, so daß sich besonders die Landwirtschaft in Zukunft der Elektrizität wird in verstärktem Maße bedienen können.

3. Erfahrungen in den Versuchsdörfern des R.K.T.L.

Unterlagen für die Frage der Elektrifizierung landwirtschaftlicher Betriebe finden sich in den Untersuchungen des R.K.T.L.[104]) Im Mittelpunkt dieser Frage steht also die Höhe der Stromtarife. Ein wesentlicher Teil der Aufgabe lag darin, zu beweisen, daß für die Landwirtschaft eine Senkung der Tarife notwendig sei, ohne daß andererseits für die Elektrizitätswerke Verluste entstehen müßten.

So wurden seitens des R.K.T.L. Versuchsdörfer mit kostenlos zur Verfügung gestellten Elektrogeräten ausgerüstet und die Be-

[104]) Berichte des R.K.T.L. 1935 S. 71 ff.

triebskosten in den einzelnen Haushalten und Wirtschaften beobachtet. Nach einem Jahr wurde abschließend festgestellt, daß die von der Landwirtschaft seit langem angestrebte Tarifsenkung nicht allein notwendig, sondern auch wirtschaftlich für den Erzeuger möglich sein würde.

Wenn sich in den Versuchsdörfern die Stromkosten so erheblich senkten, so geschah dies, weil unter Beibehaltung des Tagestarifs von den Werken der billige Nachtstrom-Tarif eingeführt worden war. Dieses hatte eine Ermäßigung des durchschnittlichen Strompreises in einem der Versuchsdörfer von 22,8 auf 6,7 Pfg. pro kWh zur Folge. Daraus ergibt sich, daß durch eine Tarifsenkung und ein Hindrängen der Verbraucher auf die belastungsschwachen Zeiten nicht allein den Überlandzentralen eine gleichmäßigere Abnahme gesichert würde, sondern auf diesem Wege auch der Landwirtschaft geholfen werden könnte. Eine Strompreissenkung ist deshalb erforderlich, weil die vermehrte Verwendung von Elektrizität in den verschiedenen Geräten in Haus und Hof zwar eine Arbeitsersparnis, jedoch gleichzeitig auch erhöhte Ausgaben bedeuten. Aus diesem Grunde wurden auch bei den Versuchen des R.K.T.L. verschuldete Betriebe und Neusiedlungen nicht berücksichtigt.[105]) Ist kein Geld vorhanden, um z. B. den Futterspeicher zu beschaffen oder die Stromkosten für den Elektroherd zu bezahlen, so wird die Bauersfrau weiterhin, ohne Rücksicht auf Kräfte und Gesundheit, ihre Arbeit versehen wie bisher. Daran würden auch Werbeaktionen nichts ändern, solange es sich dem Bauern nicht schon vor der Aufstellung der Geräte vorrechnen läßt, daß der Mehrverbrauch an elektrischer Energie im Vergleich zu der ersparten Arbeit nicht teurer, sondern billiger wird. Also muß als Anreiz eine gestaffelte Senkung aller Tarife erfolgen und in dem Augenblick wirksam werden, wo der zu berechnende Durchschnitt der letzten Jahre durch den Abnehmer überschritten wird.

Ähnlich wie in der Frage der Kollektivbenutzung von Maschinen wurden vom R.K.T.L. gemeinsam mit der Wirtschaftsgruppe Elektrizitätsversorgung, der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Elektrowirtschaft und der Gesellschaft für elektrische Unternehungen Versuchsdörfer eingerichtet, in welchen die Verwendbarkeit von elektrischen Geräten und ihr wirtschaftlicher Nutzen nachzuprüfen war. Weiterhin sollte untersucht werden, wie weit sich durch den vermehrten Gebrauch von Elektroartikeln und Elektromotoren bei

105) Berichte des R.K.T.L. 1934, S. 64.

gesenkten Strompreisen eine Steigerung der Abnahme ergab. Hier war also zunächst der „gerechte Strompreis" zu ermitteln, d. h. ein Strompreis, der sich nicht aus dem Gesetz von Angebot und Nachfrage ergab, sondern den tatsächlich für die Stromversorgung der Landwirtschaft aufzubringenden Gestehungskosten der Stromlieferanten und den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Abnehmer entsprach. Dem früher von seiten der Werke vielfach vertretenen Standpunkt, daß sich der Strompreis nur nach den Kosten des nächst teureren Konkurrenten, also z. B. des Dieselmotors, der Gasbeleuchtung usw. zu richten hätte, konnte nicht beigepflichtet werden. Denn bei einer solchen Einstellung mußte der Betrieb des Bauern, der von allen anderen Versorgungsmöglichkeiten abgeschnitten ist, völlig ins Hintertreffen geraten, da hier gar keine Konkurrenz für die Elektrizitätswerke besteht, eine derartige Einstellung auch bei dem gemeinnützigen Charakter der Stromversorgung nicht zu vertreten ist. Nach Ansicht des R.K.T.L.[106]) muß vielmehr der Strompreis nach den Unkosten bemessen werden, die dem Werke tatsächlich durch die Strombelieferung des Dorfes entstehen, wobei auch die von den Abnehmern geleisteten Baukostenzuschüsse berücksichtigt werden müssen. Unter Umständen wäre hier je nach der Entfernung von den Überlandwerken an einen Ausgleich der regional gestaffelten Tarife zu denken, um die abgelegensten und bis jetzt noch nicht mit einem Ortsnetz versehenen Dörfer gleichfalls unter wirtschaftlich tragbaren Bedingungen anzuschließen.

In den Versuchsdörfern wurden den Bauern unentgeltlich für ein Jahr Elektroherde, Futterdämpfer und Heißwasserspeicher zur Verfügung gestellt, der verbrauchte Strom war nach dem ortsüblichen Tarif zu bezahlen. Die Ergebnisse, welche nach einem Jahr bekannt gegeben wurden, erwiesen sich als für alle Teile befriedigend. Von den 39 zur Verfügung gestellten Elektroherden wurden alle übernommen, von den in 33 Betrieben aufgestellten 45 Heißwasserspeichern 23 von 23 Betrieben, und von den 42 Futterdämpfern, die in 35 Betriebe gegeben worden waren, wurden 36 Stück von 31 Betrieben übernommen. Bei den Heißwasserspeichern wurde trotz der allgemein anerkannten Annehmlichkeiten keine so starke Abnahme verzeichnet, weil sich die Anschaffungskosten bis jetzt ziemlich hoch stellen.

Die Erleichterungen durch Herde und Warmwasserversorgung im ländlichen Haushalt können nicht hoch genug eingeschätzt werden.

[106]) Berichte des R.K.T.L. 1934, S. 63.

Die Futterdämpfer und kleinen Hofelektromotoren helfen den überlasteten Landmenschen Zeit für andere Aufgaben gewinnen. Dies gilt in erster Linie für die Landfrau. Zeigt sich in den Jahren seit der Beendigung des Krieges auch in den bäuerlichen und den Landarbeiterfamilien ein Geburtenrückgang, wie er vorher nicht bekannt war, so ist das zu einem Teil auch auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse und eine sich daraus ergebende Überlastung der Frauen zurückzuführen. Hausgesinde fehlt besonders in den bäuerlichen Betrieben, da unter der unmittelbaren Aufsicht und Mitarbeit der Bauernfrau wesentlich größere Arbeitsleistungen verlangt werden und die Mägde nicht mehr auf einsamen Höfen Dienste annehmen wollen, wo sie nur geringe Zerstreuungsmöglichkeiten haben. Häufig sind sie ungenügend vorgebildet und leisten keine vollwertige Arbeit, denn die schulentlassenen Mädchen wechseln später in besser bezahlte Stellungen mit leichterer Arbeit, nachdem sie ihre erste Ausbildung in einem Landhaushalt erhalten haben. Die Möglichkeit, in den arbeitsreichen Zeiten Aushilfe aus dem Dorfe zu erhalten, verringert sich mit dem Menschenmangel in den ländlichen Gebieten. So ergibt sich eine Überlastung der Bauernfrau, denn auf ihren Schultern liegen neben der Sorge um den Haushalt die Pflichten der Mutter, und außerdem hilft sie in der Erntezeit noch in der Feldarbeit mit. So erklärt es sich, daß die Landfrau häufiger als früher vor einem vermehrten Kindersegen zurückschrecken wird, der die Arbeit anwachsen läßt, während jede Geburt sie um ein paar Jahre älter macht und das Leben sie schon verbraucht hat, wenn ihre Schwester in der Stadt noch im Vollbesitz ihrer Kräfte ist.[106a])

Hier hilft die Elektrizität. Schon der Futterdämpfer erspart ihr eine Stunde Schlaf. Denn am Abend wird das Futter hineingeschüttet, der elektrische Strom dämpft es und am anderen Morgen kann es den Tieren gegeben werden, ohne daß der Tag mit einem besonders im Winter bei nassem Holz und schlechtziehenden Schornsteinen mühsamem Anheizen von Futterkesseln beginnt. Die Herde liefern schnell und mühelos die in der Landwirtschaft im Gegensatz zu städtischen Haushaltungen benötigten großen Heißwassermengen, ihre Wärmetemperatur ist gut regulierbar und unabhängig von den Zugverhältnissen des Schornsteins. Gerade, wenn die Männer auf

[106a]) Während man in der gewerblichen Wirtschaft einschl. Überstunden mit 2500 Arbeitsstunden je Jahr rechnet, muß nach Münzinger die Arbeitszeit des Bauern mit 3600, der Bauersfrau mit 3800 Stunden je Jahr angenommen werden.

Arbeit gehen, ruht die größte Last bei den Frauen; bei den Elektroherden dagegen, deren Bedienung so einfach ist, daß auch ältere Personen sich ohne Schwierigkeit damit abzufinden vermögen, können die Speisen morgens eingesetzt und bis zum Mittag ohne Aufsicht gelassen werden, so daß die Frau ohne Gefahr ihrer Arbeit nachgehen kann.

Von der Seite der Praktiker wird allerdings ein Herd vorgeschlagen, der nicht ausschließlich durch Elektrizität gespeist wird, sondern auch mit festen Brennstoffen geheizt werden kann. Auf diese Weise wird zugleich die Küche, welche in den meisten Fällen auch den Wohnraum bildet, erwärmt, und die nassen Kleider können besser getrocknet werden. Außerdem ist bei nicht regelmäßig auftretenden Arbeiten wie Schlachten, Großreinemachen und Einkochen das Vorhandensein eines großen Herdes mit Feuerung vorteilhafter. dadurch können wirtschaftseigene Brennstoffe, wie Holzabfall usw. mit verwendet werden. Der Übergang von Holz- zur Kohlenfeuerung bedeutet auch deshalb Ersparnis und Arbeitserleichterung, weil bei reinem Holzbrand das Feuer dauernd kontrolliert und häufig nachgelegt werden muß.

Bei einem anderen von der Universität Jena durchgeführten Versuch handelte es sich um den Umbau eines Heizungsherdes in Verbindung mit einem Dampferzeuger mit selbsttätiger Wasserspeisung. Die Feuerung bestand in Holz oder Briketts, und obwohl vermittels des Dampferzeugers gleichzeitig das ganze Haus erwärmt wurde, war der Verbrauch geringer als vorher bei dem alten Küchenherd und den Einzelöfen, die nun in Fortfall gekommen waren. „Durch die Zusammenfassung sämtlicher Feuerstätten in der Küche ist der Bäuerin eine beträchtliche Erleichterung geschaffen. Durch das Fortfallen der Öfen ist in den engen Stuben Platz gewonnen, dabei ist der Platzbedarf des Heizungsherdes in der Küche nicht größer als der eines entsprechenden normalen Sparherdes. Die für sich betriebene Kochfeuerung ermöglicht die Anpassung des Wärmebedarfs an Koch- und Backzwecke. Der Dampferzeuger ist gleichzeitig Heißwasserbereiter, z. B. für Bad, neben dem üblichen Wasserschiff. An dem Dampferzeuger wird im Hofe der Kartoffeldämpfer (hölzernes Faß mit dampfdichtem Deckel) angeschlossen oder aber ein einfacher Sprudelwäscher, ebenfalls im Holzfaß oder schließlich eine Dampfdurchlaufkupferschlange zum Wurstkochen. Hiermit erschöpft sich der gesamte Wärmbedarf des Bauernhofes bis auf

das Brotbacken."[107]) Unberücksichtigt blieb allerdings bei dieser Untersuchung die wirtschaftliche Seite, die Kosten des Umbaus und der Anlage. Immerhin ist zu ersehen, in welchem Maße bei einer durchdachten Anlage der Arbeitstag der Landfrau verkürzt und erleichtert werden kann.

4. Genossenschaftliche Einrichtungen

Weiter wurden zugunsten der Landfrauen Versuche mit der Benutzung genossenschaftlich betriebener Waschmaschinen und elektrischen Backöfen gemacht. Die Ergebnisse des letzteren Experiments konnten nicht als zufriedenstellend bezeichnet werden. Für die Ausnutzung einer solchen Anlage, deren Anschaffungspreis mit etwa RM. 6000,— veranschlagt wurde, ist eine größere Gemeinde nötig. Das Backen im Hause, zumal in mit Steinkohle betriebenen Dampfbacköfen, stellt sich wesentlich billiger. Pro 100 kg Brot betragen die Heizkosten beim Dampfbackofen 0,42 RM., beim elektrischen Ofen dagegen 2,25 RM.

Dagegen erwies sich der Betrieb einer elektrischen Waschanlage als günstig. Voraussetzung war die Beteiligung von 25—50 Familien. Die Waschkosten von der Anlieferung einer Normalfamilie, die mit 35 kg eingesetzt wurde, betrugen RM. 1,—. Dabei ist zu bedenken, daß als Gegenwert der Hausfrau ein ganzer Arbeitstag erspart bleibt, welchen sie sonst bei der Wäsche hinbrachte.

Im Zuge der Elektrifizierung der Kleinwirtschaften kamen auf dem Hofe neben den Futterdämpfern in erster Linie die kleinen Elektromotoren zur Geltung. Es handelt sich dabei um Konstruktionen, deren Leistung 1—2 PS beträgt. Sie dienen zum Antrieb von Häckselmaschinen, Schrotmühlen und Zentrifugen; ihr augenscheinlicher Vorteil besteht darin, daß sie wegen ihres geringen Kraftverbrauchs aus dem Lichtnetz gespeist werden können, so daß von einer besonderen Leitung abgesehen werden kann. Damit gewinnen diese von der Industrie entwickelten Hilfsphasenmotoren mit Betriebskondensator eine besondere Bedeutung für die Siedlungsbetriebe. Dort nämlich hatte sich eine besondere Elektrizitätsfeindlichkeit entwickelt, derzufolge sogar in früheren Jahren versucht worden war, Glühlichtlampen für Petroleum und Spiritus zu konstruieren und zu verwenden, um damit der hohen Belastung durch Installation und Stromabnahme von den Elektrizitätswerken aus dem Wege zu gehen. Dagegen wurde nun durch eine Studienreise des R.K.T.L.

[107]) Berichte des R.K.T.L., 1935, S. 79.

festgestellt, daß die Elektrifizierung von neu ausgelegten Siedlungen wirtschaftlich möglich sei, wenn von der Verlegung einer besonderen Kraftleitung auf die einzelnen Gehöfte Abstand genommen werde. Durch diese Form der Installation, bei der Starkstromanschlüsse nur noch an einem gemeinsamen Dreschplatz notwendig werden, können die Kosten der gesamten Installation etwa um die Hälfte gesenkt werden.[108])

Bei den Vorschlägen zur Elektrifizierung wurde vielfach eingewendet, daß sich bei einer vermehrten Abnahme das Leitungsnetz als nicht für die Strommenge ausreichend erweisen und damit Neuanlagen und eine erhebliche Belastung der Betriebe die Folge sein würde. Dieser Einwand stellte sich aber in der Praxis als nicht stichhaltig heraus. Für die Versuche lag ein Anreiz gerade in der Tatsache, daß mit Rücksicht auf die großen Dreschmotoren die landwirtschaftlichen Ortsnetze im allgemeinen verhältnismäßig stark dimensioniert und daher in der meisten Zeit des Jahres schlecht ausgenutzt sind.[109]) Es wurde daher geprüft, wieweit sich diese mangelnde Ausnutzung von Elektrizität verbessern ließe. Bei einem schlesischen Versuchsdorf mit rübenfähigem Boden, guter Marktlage und starker Schweinehaltung ergab sich durch die Verwendung von Futterdämpfern eine Nachtstromabnahme, welche den Tagesbedarf erheblich überstieg. Trotzdem zeigte sich, daß der alte Ortsnetztransformator und das vorhandene Niederspannungsnetz auch für die jetzt auftretende Belastung ausreichend bemessen waren. Allgemein konnte festgestellt werden: Das Ansteigen der Jahreshöchstbelastung steht im allgemeinen in keinem Verhältnis zur Erhöhung der Anschlußwerte. So wurde z. B. in dem Dorfe Saulwitz bei Breslau nur ein Anwachsen der Höchstbelastung von etwa 31 kVA auf kVA gemessen, während der Stromverbrauch von etwa 8000 kWh vor dem Versuch auf 81 000 kWh im Versuchsjahr gestiegen war.[110])

5. Steigerung der Stromabnahme in Verbindung mit einer Tarifsenkung als Voraussetzung der Elektrifizierung

Es wird also durch die vermehrte Verwendung von Elektrogeräten eine bessere und gleichmäßigere Ausnutzung der Netze er-

[108]) Berichte des R.K.T.L., 1932, S. 56.
[109]) Berichte des R.K.T.L., 1936, S. 68 ff.
[110]) Berichte des R.K.T.L., 1936, S. 68 ff.

reicht. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Nachtstrom. (Futterdämpfer, Waschkessel). Am Tage steigt die Kurve an abgenommenen Kilowattstunden durch Dreschsätze und Motoren in der Landwirtschaft, durch Industrieunternehmungen in den städtischen Bezirken bis gegen Abend an, und sinkt dann während der Nacht völlig ab. Während dieser Stunden bleibt die Kapazität der Werke ungenutzt, da kaum Strom beansprucht wird, andererseits die in den Nachtstunden erzeugte Energie nicht aufgespeichert und zum Ausgleich der am Tage auftretenden Leistungsspitzen verwendet werden kann. Bei den Versuchen handelte es sich teilweise um weit auseinandergezogene Netze mit wenigen Stromabnehmern je Transformator. Der Ausbau der Netze wurde daher erst durch die Abnahme von Wärmestrom in den Nachtstunden rentabel.

Noch wichtiger als die Feststellung, daß der Landbewohner gerne die modernen Geräte der Elektroindustrie zu Hilfe nimmt, wenn ihm deren Gebrauch nahegelegt wird, war die gesteigerte Stromabnahme in ihrer Beziehung zu einer Tarifsenkung. „Die Versuche — schreibt Dr. Clauß in der NS-Landpost 1937, Folge 44 — haben aber auch bewiesen, daß Strompreise von 8—10 Rpfg./kWh für Tagwärmestrom und von höchstens 4 Rpfg./kWh für Nachtwärmestrom als die obere Grenze des wirtschaftlich Tragbaren für die Landwirtschaft anzusehen sind. Durch den Einsatz der genannten Geräte stieg der Stromverbrauch in den drei Versuchsdörfern auf das 6—10fache der früheren Abnahme. Dies veranlaßte die Elektrizitätswerke, die Durchschnittspreise, die in den Versuchsbetrieben für die elektrische Energie, d. h. für Licht, Kraft und Wärme einschl. der Nebenkosten bezahlt wurden, in den Versuchsdörfern in einem Fall von 22,8 auf 6,7, im zweiten von 24,5 auf 9 Rpfg. und im dritten von 34,9 auf 9 Rpfg./kWh zu senken. Auf Grund dieser günstigen Ergebnisse führte das Reichskuratorium in 23 weiteren Dörfern ähnliche Versuche durch. Auch in diesen Dörfern konnte der Stromverbrauch durchweg auf das 4—10fache des früheren gesteigert und der Durchschnittsstrompreis in dem oben angegebenen Maße gesenkt werden."

Danach halten es die Elektrizitätswerke für wirtschaftlich möglich, bei einem verstärkten Stromverbrauch die Preise erheblich zu senken. Damit ist aber noch wenig gewonnen, denn zunächst bleiben die Werke auf dem gleichen Standpunkt wie schon seit Jahren, nämlich daß einer Preissenkung erst eine verstärkte Stromabnahme vorangehen müsse.

Der Landmann dagegen wird elektrische Energie erst in dem Augenblick durch Anschaffung von Geräten vermehrt verwenden, wo ihm deren Betrieb auf Grund des Tarifs rentabel erscheint. „Hält man diesen Versuchsergebnissen die volkswirtschaftliche Aufgabe gegenüber, dem Mangel von Arbeitskräften auf dem Lande durch stärkeren Einsatz der Technik und insbesondere elektrischer Energie soweit als möglich zu mildern, so ergibt sich folgerichtig, daß man bei den Preisen für den elektrischen Strom und für die Elektrogeräte grundsätzlich den gleichen Weg beschreiten sollte, wie ihn der Beauftragte für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring, im Frühjahr d. J. bei den künstlichen Düngemitteln gegangen ist. Im Interesse der Volksernährung hielt die Staatsführung damals eine Steigerung des Verbrauchs an künstlichem Dünger seitens der Landwirtschaft für erforderlich. Um dies zu erreichen, wurden die Preise erheblich gesenkt. Dabei ging man von der Erkenntnis aus, daß ein erhöhter Düngerabsatz der Düngerindustrie auch die Preissenkung wirtschaftlich erträglich machen würden. Der Erfolg blieb nicht aus. Der Stickstoffabsatz war in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1937 um 25 % höher als in der gleichen Zeit des Jahres 1936. Ebenso wie beim künstlichen Dünger wird auch beim elektrischen Strom eine wesentliche Preissenkung zu einer erheblichen Erhöhung des Verbrauchs führen. Aus den dargelegten volkswirtschaftlichen Gründen muß demnach auf dem Gebiet der Elektrowirtschaft im großen der umgekehrte Weg gegangen werden, wie er bei den geschilderten Versuchen gegangen wurde. Bei den Versuchen senkten die Werke die Preise, nachdem der verstärkte Verbrauch an Strom eingetreten war. Im großen müssen aber die Werke die Preise für den elektrischen Strom und die erforderlichen Geräte so gestalten, daß sie ebenso wie die Düngerpreissenkung einen Anreiz für einen verstärkten Einsatz der Elektrizität in der Landwirtschaft bieten."[111])

Um einen Ausgleich der Energieabnahme in den verschiedenen Bezirken und damit eine bessere Ausnutzung der Leistungen der Überlandzentrale zu erreichen, ist eine Zusammenlegung mit Industrieunternehmen im Rahmen der Verbundwirtschaft anzustreben. Denn die verschiedenen Arbeitszeiten der ländlichen und Fabrikbetriebe schaffen eine optimale Konstanz der Abnahmeverhältnisse. Weiterhin könnte eine Vereinheitlichung und Vereinfachung der der Tarifformen zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen dem

[111]) Dr. Clauß in der N.S. Landpost a.a.O.

Elektrizitätswerk und den Verbrauchern dienen. Eine großzügige Werbung seitens der interessierten Stellen, ähnlich wie es von seiten des R.K.T.L. in den Versuchsdörfern durchgeführt wurde, wird diesen Weg zur Arbeitserleichterung für den Landmenschen durch Elektrizität der Verwirklichung ein weiteres Stück näher bringen. Die billige Stromversorgung bedeutet nicht allein eine Annehmlichkeit für Haushalt und Wirtschaft, sondern vor allem Senkung der Betriebsausgaben, Besserung der Löhne und damit Erhöhung des Lebensstandes. Die Elektrizität hilft so Kräfte freimachen, welche an anderer Stelle in den landwirtschaftlichen Betrieben notwendig gebraucht werden.

C. Die Mechanisierung der Landarbeit und das Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs

In den Aufrufen an das Landvolk zur Erzeugungsschlacht finden sich Hinweise darauf, daß zu einer Steigerung der Erträge eine Intensivierung der Betriebe notwendig sei, d. h. eine vermehrte Anwendung von Maschinen, eine gründlichere Bearbeitung der Böden und ein weit über den bisherigen Aufwand hinausgehender Verbrauch von Kunstdung. Daß der Leistungswille der Landwirtschaft bereits wesentliche Fortschritte in dieser Richtung erzielte, geht aus den von Staatssekretär H. Backe veröffentlichten Zahlen hervor. „Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts hat die deutsche Landwirtschaft seit Beginn der Erzeugunsschlacht fast 1,4 Milliarden RM. mehr für Betriebsmittel ausgegeben, als es der Fall gewesen wäre, wenn sich der Aufwand an Betriebsmitteln in den letzten Jahren auf der Höhe des Jahres 1932 gehalten hätte. Von diesem großen Mehraufwand entfallen allein 800 Millionen auf das Wirtschaftsjahr 1936/37."[112]) Dagegen haben sich trotz einer beachtlichen Steigerung der Erträge die Verkaufserlöse nicht im gleichen Maße gehoben. Im Wirtschaftsjahr 1936/37 stiegen die Betriebsausgaben der deutschen Landwirtschaft nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts um 335 Millionen RM., während die Verkaufserlöse der Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1936/37 nur um

[112]) H. Backe, Die agrarpolitische Lage / Die deutsche Volkswirtschaft, 7. Jahrg. Nr. 1.

163 Millionen RM. höher lagen als im Jahre 1935/36. Die Betriebsausgaben der Landwirtschaft, d. h. im wesentlichen der Aufwand zur Steigerung der Erzeugung ist also im Wirtschaftsjahr 1936/37 rd. doppelt so stark gestiegen, wie die Verkaufserlöse infolge Erhöhung der Ernten. Diese Entwicklung wird insofern nicht mit Unrecht mit dem bekannten „Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs" in Zusammenhang gebracht, als die Erhöhung der Erntemengen hinter dem vermehrten Sachaufwand verhältnismäßig zurückblieb; dazu kam, daß die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf Grund der Marktordnung im wesentlichen konstant blieben, während insbesondere die Ausgaben für Löhne und Soziallasten, also ein wesentlicher Teil der Betriebsaufwendungen, sich vielfach erhöhten. Insofern öffnete sich die sogenannte landwirtschaftliche „Preisschere" von neuem.

In seiner wirtschaftlichen Auswirkung scheint demnach das „Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs" jeden Hinweis auf die Vorteile vermehrter Maschinenanwendung in der Landwirtschaft zu widerlegen. Dennoch durchbricht der Aufwand an technischen Energien zwar nicht das Grundprinzip, daß von einem bestimmten Punkte an die Sacherträge verhältnismäßig hinter den gemachten Sachaufwendungen zurückbleiben müssen, wohl aber die betriebswirtschaftliche Auswirkung dieses Naturgesetzes. Es läßt sich zwar niemals gänzlich ausschalten, da ein wesentlicher Teil der Erzeugungsbedingungen wie Licht, Luft, Wärme, Feuchtigkeit und Bodenbestandteile konstant bleiben, so daß die einseitige Vermehrung der übrigen Faktoren der Erzeugung unmöglich volle, dieser Vermehrung ganz entsprechende Erträge liefern kann. Andererseits hat das Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs eine gleichbleibende Technik der Arbeit zur Voraussetzung. Erst bei Erreichung der optimalen Grenze tritt es vollständig in Kraft, während diese Grenze sich bei Verschiebung der Produktionsbeidngungen gleichfalls verschiebt. Gerade bei einer sich entwickelnden Technik der landwirtschaftlichen Arbeit aber kann nicht von einer Erreichung der optimalen Grenze gesprochen werden. Sowohl beim Einsatz von Maschinen wie in der besseren Ausnutzung des Bodens, z. B. durch bessere Düngung oder die Züchtung neuer ertragreicherer Sorten, zeigt sich auch in der Gegenwart, daß das Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs von der jeweiligen Betriebstechnik abhängig ist. „Daraus ergibt sich zugleich, daß der Mensch zwar das Gesetz vom sinkenden Ertragszuwachs nicht zu beseitigen vermag, aber wohl in der Lage ist, seine

Auswirkungen durch technische und wirtschaftliche Maßnahmen abzuschwächen. Sobald es ihm gelingt, das Verhältnis von Aufwendungen und Ertrag zu verbessern, schiebt er die Grenze hinaus".[113])

Was bis jetzt im Rahmen der Erzeugungsschlacht erreicht wurde, war mehr die Anspannung der menschlichen Energie und der Einsatz der vorhandenen tierischen Kräfte als eine Umstellung auf die Arbeit der Maschine. Wenn Staatssekretär Backe feststellt, daß die bäuerlichen Betriebe eine besonders gespannte Lage aufweisen, so wird dies sicherlich auf die „innerlandwirtschaftliche Preisschere" zurückzuführen sein. Doch trifft dieser Hinweis gleichzeitig diejenigen Betriebsformen, welche die Familienarbeit zur Grundlage ihrer Wirtschaft haben, bei denen also wahrscheinlich eine Intensivierung auf Kosten dieser Kräfte durchgeführt worden sein wird.

Ein Beispiel hierfür geben die im vorigen Abschnitt angeführten Schwierigkeiten, auf welche die Versuche des R.K.T.L. stießen. Die Bauern Süd- und Westdeutschlands, nach den Angaben H. Backes[114]) die im Zuge der Erzeugungsschlacht am stärksten angespannten Betriebe, waren in den Versuchsdörfern besonders inbezug auf Motorschlepper und Traktoren usw. häufig nicht zu bewegen, ihren Bestand an Pferden entsprechend einzuschränken, versagten sich also weitgehend der mechanischen Hilfe. Der ostdeutsche Bauer dagegen intensivierte weniger, er machte weder bedeutende rentable, noch unrentable Mehraufwendungen, so daß hier das Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs nicht in der Schärfe wie im Süden und Westen in die Erscheinung treten konnte.

Wie aber sehen die vermehrten Aufwendungen aus, die von der Landwirtschaft gefordert werden? Backe gibt an, daß infolge der vorwiegend auf Viehhaltung abgestellten Struktur der bäuerlichen Wirtschaft und der im Verhältnis zu den Ackererzeugnissen für Veredlungsprodukte geringeren Preise die Kurve der Verschuldung wieder angestiegen sei. Andererseits sind die auf Viehzucht eingestellten Betriebe diejenigen, in welchen aller Wahrscheinlichkeit zugleich die Mechanisierung bisher die geringste Anwendung gefunden hat.

Wird dagegen der organische Wachstumsprozeß des Ackers beschleunigt, vermehrt und ergänzt durch technische Energien, dann erfährt das Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs in seiner Auswirkung auf die Rentabilitätslage der Betriebe eine Einschränkung.

---

[113]) Hesse, Deutsches Wirtschaftsleben, Jena 1935 S. 82.

[114]) H. Backe a.a.O.

Denn die Anwendung der technischen Energien erfolgt bis zu einem gewissen Grade unter den gleichen Voraussetzungen wie die industrielle Produktion.

Als mögliche Ertragssteigerungen durch eine gründlichere Bodenbearbeitung werden von dem R.K.T.L. folgende Zahlen angegeben:[115])

Das Unterlassen des Schälens bedeutet eine Ertragsminderung von über 10 %.

Rechtzeitiges Schälen und Frühjahrsfurche bedeutet gegenüber rechtzeitigem Schälen und Herbstfurche einen Ertragsausfall von über 6 %.

Richtige Anwendung des Wühlgrubbers bedeutet eine Ertragssteigerung von über 10 %.

Untergrundlockerungen auf Böden, die als verdichtet festgestellt wurden, ergaben von einer großen Anzahl von Versuchen in verschiedensten Gegenden eine Ertragssteigerung von über 10, 16 und 17 %.

Anwendung der Maulwurfsdränage auf nassem tonigem Boden ergab eine Mehrernte von über 20 %, die Nachwirkung dieser Maulwurfsdränage im zweiten Jahr ergab einen Mehrertrag von fast 40 %.

Alle diese zusätzlichen Arbeiten zur gründlichen Auflockerung der verdichteten Böden werden durch Maschinen und Motorkräfte geleistet. Die Leistung der Pflüge z. B. kann durch Elektrizität erheblich verbessert werden, wenn durch eine aufmontierte Autolichtmaschine kleine elektrische Ströme durch die Pflugscharen geleitet werden, denn dadurch vermindert sich aus bisher noch nicht erforschten Gründen der Reibungswiderstand der Ackerschollen um 15 bis 20 %.[116]) Das Reinigen und Beizen der Saat fordert mehr Arbeit. Wenn dagegen in Deutschland alle Saat so behandelt würde, dann würde ohne Vergrößerung der Anbaufläche Brot für 2,5 Millionen Menschen und Fleisch für 1,25 Millionen Menschen mehr gewonnen werden[117]), also auch die Rentabilität des Einzelbetriebes eine Steigerung erfahren. Ebenso ist es auch mit den Drillmaschinen (vergl. S. 37). Eine Einbringung der Ernte mit mechanisierten Kräften geht nicht allein schneller vonstatten und vermindert dadurch das Risiko des Betriebes, sie spart auch Arbeitskräfte und schützt vor

---

[115]) Und sie ernährt uns doch, Flugschrift des R.K.T.L. Berlin 1937, S. 9.
[116]) A. Zischka, Wissenschaft bricht Monopole, Leipzig 1937, S. 48.
[117]) Und sie ernährt uns doch, a.a.O., S. 15.

Verlusten, welche bei der Handarbeit entstehen. Zum Mähen und Binden und Aufstellen des Getreides werden pro Hektar ohne Maschinen 30—35 Arbeitsstunden gebraucht; wird der Bindemäher angewendet, so genügen 6—7 Arbeitsstunden und 7 Pferdestunden, um die gleiche Fläche zu ernten. Außerdem muß beim Mähen mit der Sense das Getreide so oft angefaßt werden, daß ein erheblicher Körnerausfall entsteht; wie genaue Feststellungen ergeben haben, betragen die Verluste an Körnern bei der Handernte im Durchschnitt 5—6 %, bei der Ernte mit dem Bindemäher nur 2—3 %.[118])

Diese Ergebnisse sind in den Versuchsanstalten des R.K.T.L. ermittelt worden. Ist auch eine kritische Nachprüfung dieser Zahlen ohne den umfangreichen Apparat der erweiterten Versuche nur in Einzelheiten möglich, so besteht doch kein Grund, die Ergebnisse dieser gründlichen Forschungsarbeiten anzuzweifeln. Zwar ist vielfach noch ein großer Schritt von den Versuchen wissenschaftlicher Anstalten zu einer allgemeinen Anwendung in der praktischen Landwirtschaft. Immerhin werden hier Wege aufgezeigt, wie die Erträge mit Hilfe von innerhalb des deutschen Raumes ausreichend vorhandenen Energiemengen an Stelle der bisher in großem Umfange verwendeten menschlichen und tierischen Arbeitskraft erfolgen können. Die Richtung, in welcher eine Lösung der schwebenden Probleme erfolgversprechend zu sein scheint, ist damit angegeben.

Die gesteigerte Anwendung von Kunstdung wird deshalb gefordert, weil bei den bisherigen Gaben dem Acker mehr Stoffe entzogen werden als durch die Salze und Phosphate wieder zurückkommen. Die Erzeugung des Kunstdungs unterliegt nicht den Gesetzen der landwirtschaftlichen, sondern den Bedingungen der industriellen Produktion, d. h. der vermehrte Absatz verbilligt die Herstellungskosten, der Zentner Stickstoff wird mit steigender Produktion nicht teurer, sondern billiger. Gelingt es, diese Verbilligung in vollem Umfange dem landwirtschaftlichen Betrieb durch entsprechende Preisherabsetzung zugute kommen zu lassen, so werden zwar die Sacherträge nach wie vor proportional geringer, die über das jetzige Optimum hinausgehend dem Boden abgefordert werden, aber gleichzeitig auch die Kosten des zusätzlichen Aufwandes. Wenn wir uns vergegenwärtigen, was die vom Reichsnährstand angestrebten Mehraufwendungen eigentlich darstellen, ergibt sich, daß dieser Mehraufwand sich zum größten Teil in Kilowattstunden und Motor-PS berechnen läßt. „Tieferes und

[118]) Und sie ernährt uns doch, a.a.O., S. 20.

rechtzeitigeres Pflügen erfordert mehr mechanische Energie; stärkere künstliche oder natürliche Düngung erfordert mehr Energie; bessere Saatenpflege erfordert höhere Aufwendungen an Energie. Selbst die Saatgutreinigung ist letzten Endes eine Energiefrage. Wie wir die ansteigende Kurve der Aufwendungen auch betrachten, immer stellen wir fest, daß sie eigentlich nichts anderes darstellt als den Verlauf des zunehmenden Energieaufwandes."[119])

Mit der vermehrten Aufwendung aber von Maschinen und Energie gilt für die landwirtschaftliche Produktion, soweit es sich um die Bearbeitung des Ackers handelt, welche der Mechanisierung mehr zugänglich ist als die Viehzucht, der Kostenverlauf der Industrie. Je mehr Energie, je mehr Maschinen wir anwenden, um so billiger muß die Einheit der geleisteten Arbeit werden. Die Steigerung der verbrauchten Motor-PS und die vermehrten Kilowattstunden lassen die zusätzliche Arbeit nicht teurer, sondern billiger werden. Bei richtig geleiteter Mechanisierung wird die Einheit der Aufwendungen mit jeder verbrauchten Einheit billiger. „Hier liegt der letzte und tiefste Sinn der Landwirtschaftstechnik. Sie ist in Verbindung mit der Verbesserung der Betriebsorganisation und der Züchtung das letzte und wichtigste Mittel, die Wirkung des Gesetzes vom abnehmenden Bodenmehrertrag in weite Fernen zu verschieben."[120])

Die Folgerung hieraus ist also, daß mit zunehmender Auswirkung der Mechanisierung der Landarbeit sich nicht allein der Landarbeitermangel ausgleichen läßt, indem man an Stelle der Handarbeit die Maschine setzt, sondern auch eine Steigerung der Erzeugung erreicht werden kann.

Einschränkend muß allerdings hinzugefügt werden: Zunächst kann nicht die Landwirtschaft, nicht der einzelne Betrieb aus eigenen Mitteln zu einem so umfangreichen Einsatz mechanischer Energien übergehen. Abgesehen davon, daß eine Umstellung, soll nicht mehr Schaden als Nutzen gestiftet werden, nur langsam und organisch erfolgen kann, werden gerade diejenigen Bezirke, welche durch eine Wechselwirkung zwischen geringen Bodenerträgen und Kapitalmangel in der Vergangenheit und Gegenwart infolge niedriger Löhne und Lebensbedingungen eine starke Abwanderung erfuhren und deshalb augenblicklich unter dem Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften leiden, nicht in der Lage sein, umfangreiche In-

[119]) Und sie ernährt uns doch, a.a.O., S. 42.

[120]) ebenda S. 43.

vestitionen für Maschinen und Elektrogeräte zu machen. Ebenso wie bei der Senkung der Preise künstlicher Düngemittel muß der Staat durch entsprechende Einwirkung auf die vorgelagerten Wirtschaftszweige, wie Elektrizitätswirtschaft und Maschinenindustrie, die ersten Voraussetzungen für eine solche Umstellung der Betriebe schaffen. Weiterhin wird auch die Frage der Finanzierung von einer maßgebenden Stelle der planvoll gelenkten Volkswirtschaft geklärt werden müssen. So mannigfach die Anregungen zu vermehrtem Einsatz mechanischer Kräfte sind, so wenig ist bisher die Frage der Kapitalbeschaffung, die für die Landwirtschaft des deutschen Ostens von größter Bedeutung sein muß, hinreichend erörtert worden. Mit staatlicher Hilfe jedoch werden auch hier Wege gefunden werden. Ist es gelungen, den Volkswagen, der einem reinen Konsumbedürfnis genügt, zu einem so geringen Preise und unter Zahlungsbedingungen zu erstellen, die auch den wenig Bemittelten die Anschaffung ermöglichen, wird es auch möglich sein, mit Hilfe staatlicher Maßnahmen dem Bauern und Landwirt die durch die Entwicklung der Technik rationellen Arbeitsgeräte zur Verfügung zu stellen.

Aufgabe dieser Arbeit sollte nur sein, an Hand des von technischer Seite gegebenen Forschungsmaterials einen gangbaren Weg für den landwirtschaftlichen Arbeitseinsatz der Zukunft aufzuzeigen.

Schluß

Welche Voraussetzungen bietet eine mechanisierte Landwirtschaft für Wirtschaft und Bevölkerungspolitik?

Wurden in der vorliegenden Untersuchung Wege gewiesen, um dem Arbeitermangel über die bisher unternommenen Versuche hinaus durch vermehrten Maschineneinsatz und gesteigerten Aufwand mechanischer Energien zu begegnen und durch planvolle Lenkung der Kräfte einen gesunden Ausgleich zu schaffen, so bleibt nun die Frage zu beantworten, wie sich die so mechanisierte Landwirtschaft in den Gesamtrahmen der Volkswirtschaft einfügt, ob insbesondere sich die z. B. auf dem Wege der Siedlung angestrebte Auffüllung des deutschen Ostens mit einer bodenständigen Bevölkerung auf diesem Wege verwirklichen läßt.

Die Umstellung der Erzeugung von der vorwiegenden Handarbeit auf überwiegende Maschinenarbeit kann dem technisch hochqualifizierten Landarbeiter einen Standard gewährleisten, der dem eines Industriearbeiters im Reallohn nahekommen würde. Einen Hinweis darauf geben die Lohnsätze der Monteure und der Führer von Treckern und Lastwagen im Vergleich zur allgemeinen Lohnhöhe. Praktische Untersuchungen liegen als Ergebnis nicht vor, zumal durch die gegenwärtige Preisgestaltung dem landwirtschaftlichen Erzeuger zunächst Opfer zugunsten der anderen Volksteile auferlegt werden, doch darf der Standard des amerikanischen Farmarbeiters vor Einbruch der Krise in den Vereinigten Staaten als Beispiel angeführt werden. Dieses hohe Niveau vermag den Menschen, parallel mit der Erleichterung der Arbeit durch Hilfe von Maschinen, an seinem Arbeitsplatz festzuhalten. Die Abgeschlossenheit früherer Jahre ist heute schon vielerorts durch den Rundfunk, durch ein ausgedehntes Straßennetz und das Auto (Volkswagen) weitgehend überwunden. Sozialer Aufstieg und das Bedürfnis nach den Erzeugnissen der Zivilisation, sowie der Wunsch nach den Gütern der Kultur liegen in einer technisierten Landwirtschaft mit entsprechend höherer Ergiebigkeit menschlichen Arbeitsaufwands kaum

weniger im Bereich des Möglichen als für den Menschen, welcher in den Industriezentren seinen Arbeitsplatz hat. Mit diesem Ausgleich zwischen städtischen und ländlichen Arbeitsbedingungen kann, sofern der erforderliche Kapitalaufwand und entsprechende Preise für landwirtschaftliche Produkte im Rahmen der Gesamtwirtschaft einzusetzen sind, die Landflucht als überwindbar angesehen werden. Der Martinitag des Jahres 1810 brachte eine neue Wirtschaftsepoche, in der sich bei vermehrtem Kapitaleinsatz im Verhältnis zur Menge der Erzeugnisse der Einsatz von Menschen je landwirtschaftlicher Morgen verminderte. Heute scheint sich eine ähnliche Entwicklung zu ergeben. Mit dem Stande der Technik des Landbaues vermindert sich auch die Tragfähigkeit des landwirtschaftlich genutzten Bodens, d. h. die Fähigkeit, Arbeitskräfte rationell zu beschäftigen und festzuhalten. Mit Recht bemerkte Quante[121]), daß eine an der Bevölkerungsentwicklung gemessene relative Zunahme der landwirtschaftlichen Produktivität die Zahl der Landwirte zurückgehen ließe. „Die Möglichkeit, Landwirt zu werden, ist absolut begrenzt durch den Stand der Technik in Verbindung mit der gesamten Bevölkerungszunahme." Das Bestreben der letzten fünfzig Jahre, dem andrängenden Slawentum einen deutschen Grenzraum entgegenzustellen, der eine hohe Bevölkerungsziffer aufwies, mußte im wesentlichen an den höheren Lebensansprüchen des Deutschen scheitern, denn die Kulturstufe bedingt zugleich die Tragfähigkeit des landwirtschaftlich bearbeiteten Bodens; besitzt doch der Deutsche weit höhere Lebensgewohnheiten als der polnische Landarbeiter, der wiederum weniger anspruchslos als der Ukrainer ist.

Der Lebensstandard des deutschen Landmenschen aber darf nicht gegen die Primitivität niedrigstehenderer Völker eingetauscht werden, um auf diesem Wege im ostdeutschen Grenzraum mehr Menschen in der Landarbeit zu beschäftigen. Durch die Technisierung der Landarbeit erfahren die beiden Ziele, die bislang zugleich verwirklicht werden sollten, eine Trennung: Löst auch der Einsatz mechanischer Kräfte nicht allein den augenblicklichen Landarbeitermangel, sondern auch das Problem der Landflucht, so kann unserer Meinung nach für die Zukunft mit einer Erhöhung der rationell Beschäftigten in der Landwirtschaft nicht gerechnet werden.

Entscheidend für die Staatsführung aber ist nicht die Zahl der Landbevölkerung im rein quantitativen Sinne, sondern die Zahl

121) Quante, a.a.O., S. 311.

122) a.a.O., S. 337.

gesunder Menschen in gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen, die am Boden und der Heimat festhalten.

Dagegen werden die Bestrebungen, unsere Grenzprovinzen weitgehend zu industrialisieren, auch das Bevölkerungsproblem im Sinne einer erhöhten Tragfähigkeit des Raumes durch ein ausgeglichenes Verhältnis von Landwirtschaft aller Betriebsgrößenklassen mit Industrie und Gewerbebetrieben zu lösen vermögen.

Literatur

F. Aereboe: Agrarpolitik, Berlin 1928.
—, Allgemeine landwirtschaftliche Betriebslehre, Berlin 1923.
—, Agrarkrisis und landwirtschaftliche Betriebsorganisation, Berlin 1926.
—, Die Bevölkerungskapazität der Landwirtschaft, Berlin 1927.
—, Die Umgestaltung der deutschen Viehzucht nach dem Kriege, Berlin 1918.
—, Die ländliche Arbeiterfrage nach dem Kriege, Berlin 1918.
—, Vergangenheit und Zukunft der Löhnungsmethoden in der deutschen Landwirtschaft, Berlin 1920.
—, Zur Frage der Agrarzölle, Berlin 1925.
G. Albrecht: Vom Klassenkampf zum sozialen Frieden, Jena 1932.
v. Batocki-Schack: Bevölkerung und Wirtschaft in Ostpreußen, Jena 1929.
C. Beckmann: Zur Frage der optimalen Betriebsgröße, Handbuch der Landwirtschaft, Berlin 1928.
H. Bernhardi: Versuch einer Kritik der Gründe, die für großes und kleines Grundeigentum angeführt werden, St. Petersburg 1849.
v. Bülow-Cummerow: Über die Mittel zur Erhaltung des Grundbesitzes, Berlin 1814.
F. Burgdörfer: Der Geburtenrückgang und seine Bekämpfung, Berlin 1929.
Böker-v. Bülow: Die Landflucht in Deutschland, Genf 1933.
Broesike: Die Binnenwanderungen im preußischen Staat, 1907.
Conrad-Hesse: Berufs- und Agrarstatistik, Jena 1924.
A. Damaschke: Geschichte der Nationalökonomie, 2 Bd. Jena 1929.
R. W. Darré: Das Bauerntum als Lebensquelle der nordischen Rasse, München 1937.
Grf. Degenfeld: Lohnbildung für Landarbeit und Industriearbeit, Berichte über Landwirtschaft Bd. XV, Berlin 1931.
L. Drescher: Landwirtschaftliche Planung als Merkmal neuer Agrarpolitik; Schmollers Jahrb., 60. Jahrg.
Eccardus: Geschichte des niederen Volkes in Deutschland, Berlin-Stuttgart o. J.
F. Fried: Das Ende des Kapitalismus, Jena 1931.
H. Gerdes: Geschichte des deutschen Bauernstandes, Leipzig-Berlin 1928.
Griffion-Stierling: Die Landflucht und der Einsatz von Stadtjugend in der Landwirtschaft, Berlin 1937.
Frh. v. d. Goltz: Geschichte der deutschen Landwirtschaft, 2. Bd., Stuttgart-Berlin 1903.
—, Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung, Danzig 1874.
—, Die Landarbeiterfrage im nordöstlichen Deutschland, Göttingen 1896.
—, Die ländliche Arbeiterklasse und der preußische Staat, Jena 1893.

J. Grothe: Was wird aus der Landjugend? Berlin 1936.
M. Hainisch: Die Landflucht, ihr Wesen und ihre Bekämpfung im Rahmen einer Agrarreform, Jena 1924.
H. Heinrich: Die Stellung des Sozialismus zur Agrarfrage unter besonderer Berücksichtigung des Betriebsgrößenproblems, Münster 1930.
A. Held: Die Möglichkeit der Reagrarisierung Deutschlands, Diss. Breslau 1936.
H. Herkner: Die Arbeiterfrage, 2 Bd., Berlin 1921.
L. Hermann: „So sieht es in der Landwirtschaft aus." Berlin 1938.
A. Hesse: Politische Ökonomie: Deutsches Wirtschaftsleben, Jena 1935.
—, Volkswirtschaftslehre, Jena 1936.
—, Volkswirtschaftspolitik, Jena 1937.
—, Die Bevölkerung von Ostpreußen, Jena 1916.
M. Hofer: Die Lebenshaltung des Landarbeiters, Berlin 1930.
H. Holldack: Maschinenlehre, Berlin 1934.
P. Hövel: Grundfragen deutscher Wirtschaftspolitik, Berlin 1935.
J. Jessen: Volk und Wirtschaft, Hamburg 1936.
G. F. Knapp: Bauernbefreiung und Ursprung der Landarbeiter, 2 Bd., München 1927.
—, Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit, Leipzig 1891.
—, Grundherrschaft und Rittergut, Leipzig 1897.
R. Ley: Durchbruch der sozialen Ehre, Berlin 1936.
F. List-Gesellschaft: Deutsche Agrarpolitik, Berlin 1932.
W. Parrish: Technokratie, München o. J.
Pohle-Muß: Das deutsche Wirtschaftsleben seit Beginn des neunzehnten Jahrhunderts, Leipzig-Berlin 1930.
Preußisches Landwirtschaftsministerium: Die deutsche ländliche Siedlung, Berlin 1930.
G. Proß: Untersuchungen über die Interessierung des Landarbeiters am Betrieb des Arbeitgebers, Berlin 1927.
P. Quante: Die Flucht aus der Landwirtschaft, Berlin 1933.
W. Radetzki: Die inländischen landwirtschaftlichen Wanderarbeiter Deutschlands, Breslau 1935.
F. Rehbein: Aus dem Leben eines Landarbeiters, Jena 1911.
Reichsarbeitsministerium: Deutsche Sozialpolitik 1918—1928, Berlin 1929.
Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft, Berichte der Jahrg. 1932—1936.
—, Schriften des R.K.T.L., Hefte 27 und 54.
H. Reinke: Der deutsche Landarbeiter, Berlin o. J.
Reischle-Saure: Der Reichsnährstand, Berlin 1936.
A. Rieger: Die Landflucht und ihre Bekämpfung, Berlin 1914.
H. Rogmann: Die Bevölkerungsentwicklung im preuß. Osten, Breslau 1930.
F. Rothkegel: Die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe, Jahrb. f. Nat. Ök. u. Stat., 3 F. Bd. 67.
C. Russel: Die Marktordnung im Reichsnährstandsgewerbe, Zeitschr. f. d. ges. Staatsw.schaft Bd. 96.
H. Schacht: Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik, Oldenburg 1932.

M. Sering: Die Grundbesitzverteilung und die Abwanderung vom Lande, Landw. Jahrb 39; Berlin 1910.
—, Die deutsche Landwirtschaft, Berlin 1932.
—, Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland, Leipzig 1893.
A. Skalweit: Agrarpolitik, Berlin und Leipzig 1924.
H. Stieger: Der Mensch in der Landwirtschaft, Berlin 1922.
v. Stutterheim: England, Berlin 1937.
E. Sydow: Der Arbeitermangel auf dem Lande, Berlin 1907.
v. Thünen: Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, Jena 1910.
H. Weigmann: Siedlung und sozialer Aufstieg des Landarbeiters, Berlin 1934.
A. Wygodzinski: Die Landarbeiterfrage in Deutschland, Tübingen 1917.
H. Ziemßen: Der Landarbeitermangel in der deutschen Landwirtschaft, Berlin 1900.
A. Zischka: Wissenschaft bricht Monopole, Leipzig 1936.
v. Zitzewitz-Kottow: Wirtschaftliche Betrachtungen zur Osthilfe, Berlin 1932.
H. Zörner: Betriebsprobleme der ostdeutschen Siedlung, Landw. Jahrb. Bd. 73, Heft 6.

Zeitschriften

Arbeitseinsatzberichte des Landesarbeitsamts Schlesien.
Arbeitseinsatzberichte des Arbeitsamts Breslau.
Berliner Börsen-Zeitung.
Das Schwarze Korps.
Der deutsche Volkswirt.
Der Vierjahresplan.
Die deutsche Volkswirtschaft.
Die Betriebswirtschaft.
Die neue Wirtschaft.
Frankfurter Zeitung.
Jugend am Pflug.
Monatshefte für NS.-Sozialpolitik.
NS.-Landpost.
Neues Bauerntum.
Odal.
Raumforschung und Raumordnung.
Reichsarbeitsblatt.
Reichsgesetzblatt.
Recht des Reichsnährstandes.
Völkischer Beobachter.
Schlesische Zeitung.
Zeitschrift für Landmaschinen.

Lebenslauf

Am 22. Juli 1913 wurde ich in Berlin als Sohn des nachmaligen Oberstleutnants Edgar v. Hellermann geboren. Nach dem Besuch der Ritterakademie in Brandenburg a. H. bestand ich dort Ostern 1932 die Reifeprüfung. Zum Studium der Rechts- und und Staatswissenschaften besuchte ich die Universitäten Freiburg i. B., Königsberg, Berlin, Jena und Breslau und bestand im Herbst 1936 vor dem Oberlandesgericht zu Jena das Referendarexamen. Anschließend wandte ich mich zur Erweiterung meiner wissenschaftlichen Ausbildung den Fragen der Raumforschung und Raumordnung zu; aus dieser Tätigkeit entstand die vorliegende Arbeit.

Die mündliche Prüfung bestand ich am 26. Juni 1938.